

INHALT DES DEZEMBERHEFTES / 1931

Leitungsatz

AUS WERNER	
land gegen Frankreich	849

politische Berichterstattungen

CH OBST	
terstattung aus Europa und Afrika..	856

RL HAUSHOFER	
t über den indopazifischen Raum...	863
(einer Zeichnung)	

TO MAULL	
terstattung aus der amerikanischen	
lt.....	871

politische Untersuchungen

WITTSCHELL	
stsee als Lebensraum	876

E. RÜDENBERG	
Die Wirtschaftsprövinzen Chinas II	880

P. FREYE	
Die Sungari-Linie	886

H. FREIHERR VON LAMEZAN	
Die Macht des Weltkapitalismus am Ende?	888

Aus der Weltwirtschaft

(Mit einer Karte)

G. HERRMANN	
Kapitalismus in der Krise.....	893

Literaturberichte

OTTO MAULL	
Systematisch-erdumspannender Literatur-	
bericht	899

GERHARD HERRMANN	
Weltwirtschaftlicher Literaturbericht....	908

ERICH OBST UND HANS-JOACHIM RUST	
Literaturbericht aus Europa und Afrika ..	911

KLAUS WERNER:

Deutschland gegen Frankreich

Daß dieser Aufsatz uns von militärisch-sachverständiger Seite zur Verfügung gestellt wurde, erhöht seinen Wert. Man mag diese Folgerungen eines Soldaten werten wie man will. — daß die im Krieg liegende Verzweiflungschance von uns genutzt werden muß, leuchtet ein.

Es darf heute — stellt sich heraus, daß die Zeit noch nicht reif ist — nicht eine einzige Möglichkeit auf dem Altar der „Verständigung“ geopfert werden, die in der Hand entschlossener Führer später für Deutschland bedeutungsvoll werden kann.

*Der Herausgeber für den Leitungsatz
Kurt Vowinkel*

Vor der großen Entscheidung

Die Frage der deutsch-französischen Beziehungen steht vor einer grundlegenden Entscheidung. Frankreich sieht die Früchte seines Versailles reifen und — da Deutschland mit einem Millionenheer von Arbeitslosen einem gefahrenschweren Entgegengeht und die Weltwirtschaftskrise immer weitere Kreise zieht —, den Weg frei, diesem Versailles ein zweites, schwereres folgen zu lassen. Es als Grundlage für eine deutsch-französische Verständigung die restlose, wenn in konziliante Formen gekleidete Unterwerfung Deutschlands unter die französische Macht fordern. Deutschland steht vor einem schwerwiegenden Entsch. Es muß sich entscheiden, ob es dem Wohl seiner Industriewirtschaft, der

Erhaltung gewisser staatlicher Einrichtungen zuliebe sich beugen, oder ob es die Lockung widerstehen und die sich hieraus ergebenden Konsequenzen auf sich nehmen soll. Ersteres hieße — — mag es uns zunächst auch wirtschaftliche Stärkung verheißen — —, auf jede Wiederherstellung deutscher Freiheit, und mehr auf jedes Streben danach verzichten. Letzteres aber kann den Krieg bedeuten; nicht daß Deutschland ihn will! Aber die herrschende Schicht Frankreichs, der französische Generalstab und das französische Rüstungskapital wollen ihn, heute noch in Schach gehalten von der Politik und der Aussicht auf das deutsche Geschäft. Von dieser Schicht wird er Deutschland aufgezwungen werden.

Krieg mit Frankreich?

Was ein solcher Krieg für Deutschland bedeutet, wie er voraussichtlich verlaufen würde, hat in geradezu meisterhafter Weise General Ludendorff in seiner Schrift „Weltkrieg droht auf deutschem Boden“*) gezeigt. Frankreichs militärische Überlegenheit ist zu groß, Deutschland militärisch zu ohnmächtig, als daß es allein einen Krieg gegen Frankreich erfolgversprechend wagen könnte. Es hätte es zu gleich mit Belgien, Polen, der Tschechoslowakei und wahrscheinlich auch mit Rumänien und Südslawien, den Bundesgenossen Frankreichs in West-, Ost- und Südosteuropa, zu tun. Sie würden auf den ersten Wink von Paris hin, nach dem Frieden bereits bis in alle Einzelheiten genau festgelegten Plänen, gegen Deutschland marschieren. Schon nach wenigen Tagen wären große Teile Deutschlands vom Feinde besetzt, wären die wichtigsten Bevölkerungs- und Wirtschaftszentren Deutschlands von feindlichen Flugzeuggeschwadern bombardiert, wären zum mindesten Teile von ihnen durch Gas-, Spreng- und Brandbomben zerstört. Der Krieg würde sich fast ausschließlich auf deutschem Boden abspielen. Er würde ganz unermessliche Werte vernichten, ja vielleicht sogar, wenn man ganz schwarz sieht, die vollständige Zerstörung und Verwüstung Deutschlands, sein Ende als Volk und Staat bedeuten. Spätestens in der sechsten Mobilmachungswoche sieht General Ludendorff ganz Deutschland in Feindes Hand. Soll deshalb Deutschland sich jetzt erneut wieder dem französischen Machtwillen unterwerfen? Soll es deshalb wiederum auf die Stimmen derjenigen hören — und dieser Stimmen sind nicht wenige — die ihm zum Nachgeben gegenüber Frankreich raten und es in seinem Streben nach Wiedererlangung seiner Freiheit auf eine spätere Zeit vertrösten? Muß eine andere Haltung Deutschlands unbedingt zum Kriege mit Frankreich führen und würde ein solcher Krieg wirklich eine Schicksalsfrage allein für Deutschland bedeuten? Wäre nicht in jeder Beziehung zum mindesten eine große Gefahr auch für Frankreich

*) Ludendorff, General: Weltkrieg droht auf deutschem Boden. 151.—200. Tausend. München 1931, gr. 8°, 93 S. Br. —, 90 M.

Hat Frankreich Chancen?

In alle diese Fragen zu beantworten, muß man sich zunächst einmal im klaren sein, daß es heute in Europa kaum noch ein Land gibt, das nicht mit seinen Nachbarn durch territoriale Gegensätze — und diese Gegensätze sind die schwerwiegendsten im Völkerleben — mehr oder weniger stark verfeindet ist. Alle diese Gegensätze werden und müssen sich — darüber kann kein Zweifel sein — in verstärktem Maße bemerkbar machen, werden sich gewaltsam entladen, wenn es an irgendeiner Stelle in Europa zu kriegerischen Verwicklungen kommt, besonders aber, wenn diese Stelle geopolitisch so gelagert ist wie Deutschland.

Ein Krieg, der Deutschland heute vom französischen Generalstab und vom französischen Rüstungskapital aufgezwungen wird, würde mit ziemlicher Bestimmtheit auch auf Österreich, Ungarn und Bulgarien, schon im Hinblick auf die strategische Lage dieser Länder, übergreifen, würde vor allen Dingen Rußland und Italien auf den Plan rufen. Rußland predigt zwar nach außen hin den Frieden, will ihn im Augenblick vielleicht auch, weil es ihn braucht, um seine wirtschaftlichen Pläne in Ruhe durchführen zu können. Es würde aber mit Sicherheit die Lage nicht unausgenutzt lassen, die ihm die Möglichkeit bietet, seine weltumspannenden Ideen der Verwirklichung näherzubringen. Italien wiederum kann um seiner Interessen in Südosteuropa willen einer Zerschlagung Österreichs, Ungarns und Bulgariens durch die drei Länder der Kleinen Entente nicht ruhig zusehen. Noch weniger aber kann es um seines Gegensatzes zu Frankreich willen die Vernichtung Deutschlands durch Frankreich und dessen Bundesgenossen zulassen, wenn es nicht auf eine Verwirklichung seiner machtpolitischen Bestrebungen im Mittelmeer ein für allemal verzichten und damit als Volk und Staat Selbstverleugung begehen will.

Der Gegensatz zu Frankreich und Südslawien macht Italien eine neutrale Haltung auch dann unmöglich, wenn beide versuchen sollten, sich eine solche Haltung gegen Entgegenkommen zu erkaufen. Die Lage Italiens ist hier eine ähnliche wie die über dem alten Österreich-Ungarn während des Weltkrieges. Italien lehnte damals alle österreichischen Anerbietungen ab und trat auf die Seite der Entente, weil es befürchtete, daß ein im Weltkriege siegreiches und dann in seiner Unabhängigkeitsfreiheit nicht mehr gehemmtes Österreich ihm alles wieder abnehmen würde, was es ihm unter dem Zwang der Verhältnisse gegeben. Es wird und kann deshalb auch heute nicht auf derartige Zusicherungen einlassen, es muß sich, ob es will oder nicht, an die Partei halten, die ihm allein eine Gewähr für eine Entwicklung in seinem Lebensraum bietet. In dieser Partei aber bildet das Übergewicht Deutschland.

In diesem Krieg würden es also Frankreich und seine Bundesgenossen keineswegs mit Deutschland alleine zu tun haben. Wie sich dieser von den Franzosen aufgezwungene Krieg abspielen würde, wie er es zum mindesten könnte, auch das

hat General Ludendorff in meisterhafter Weise gezeigt. Er weist nach, daß durch das Eingreifen anderer Länder und Mächte an Deutschlands Seite an das wahrscheinlichen Schicksal Deutschlands kaum etwas ändern wird; aber anderseits muß ein französischer Sieg über Deutschland auch für Frankreich nur ein Pyrrhussieg sein. Frankreich kann nicht fest damit rechnen, seine Verbindungen mit den nordafrikanischen Besitzungen über das Mittelmeer aufrechtzuerhalten und auch diesmal wieder das ungeheure afrikanische Menschenmaterial militärisch nutzbar zu machen. Auch die im Frieden bereits in Frankreich stehenden fünf farbigen Divisionen werden ihm kein unbedingt sicherer Faktor sein. Vor allen Dingen aber wird Frankreich kaum in der Lage sein, seinen Bundesgenossen in Ost- und Südosteuropa die von diesen, allein schon auf Grund der zahlenmäßigen Überlegenheit der Sowjethere, benötigte Unterstützung und Hilfe so rechtzeitig zu bringen, um ein Vordringen der Russen bis zur Weichsel und den Karpathen und damit eine Besetzung großer Teile Polens und Rumäniens zu verhindern. Bereits am vierundzwanzigsten Mobilmachungstage würde Rußland nach Ansicht des Generals Ludendorff in der Lage sein, mit mindestens 5 000 000 Mann den Angriff gegen Polen und Rumänien zu beginnen, denen diese beiden Länder zusammen im Höchstenfall nur 3 700 000 Mann entgegensetzen könnten, da Teile ihrer Armeen in Deutschland, Ungarn und Bulgarien gebunden sein würden. Die Stärke der militärischen Macht Rußlands aber würde mit jedem Tage wachsen. Schon in der neunten Mobilmachungswoche sieht General Ludendorff die polnische und rumänische Armee bis zur Weichsel, zum San, zum Kamm der Karpathen und Bukarest zurückgeworfen. Erst hier aber würde sich zum erstenmal eine wirksame Hilfestützung Polens und Rumäniens durch französische und vielleicht auch tschechische und südslawische Kräfte bemerkbar machen. Diese Unterstützung würde andererseits aber darunter leiden, daß sie nur mit einem Bruchteil der französischen, tschechischen und südslawischen Armee erfolgen kann, da große Teile dieser Armeen zur Besetzung Deutschlands, Österreichs und Ungarns und zur Sicherung der außerordentlich langen rückwärtigen Verbindungen benötigt werden würden. Sie würden nach Ansicht des Generals Ludendorff bestenfalls den Kampf in der obengenannten Linie zum Stehen bringen; damit müßte das Ringen hier im Osten in einen Stellungskrieg mit ungeheuren Frontausdehnungen auslaufen. Dieser Stellungskrieg aber würde bei außerordentlich großem Kräfteverbrauch unter Verpflegungs- und Munitionsmangel zu leiden haben und sehr schnell zu einer Zermürbung beider Seiten führen. Nicht minder wie das deutsche, österreichische und ungarische Volk würde auch das polnische, rumänische, tschechische und südslawische Volk die Schrecken des Krieges zu fühlen bekommen.

Kein sicheres Geschäft für Frankreich!

Der Krieg würde also mindestens ein großes Risiko auch für Frankreich

Bundesgenossen bedeuten. Er würde es auch dann, ja vielleicht sogar noch wenn er sich anders abspielen sollte, als es General Ludendorff annimmt: sich England, was wir für wahrscheinlicher halten, an ihm zunächst wenig nicht unmittelbar beteiligen, sich nur auf eine mittelbare Unterstützung Deutschlands und Italiens beschränken sollte, um dann im entscheidenden Augenblick — vielleicht zusammen mit den Vereinigten Staaten, — seine Macht in die Waagschale zu werfen; wenn sich ferner die militärische Widerstandskraft Deutschlands doch als stärker erweisen, dementsprechend die Besetzung Deutschlands durch feindlichen Heere sich nicht so schnell vollziehen sollte, und wenn schließlich die militärische Kraft Italiens zu Lande, zur See und in der Luft doch größer sein sollte, als sie General Ludendorff einschätzt, wenn es mithin auch an der deutsch-französischen Grenze und in der oberitalienischen Tiefebene zu größeren Kampfhandlungen zu Lande wie in der Luft kommen sollte.

Die Kampfhandlungen könnten sich schon allein aus der Bedeutung der oberitalienischen Tiefebene für den Aufmarsch der italienischen Armeen in Süddeutschland und gegen Südslawien und die Tschechoslowakei sowie aus der Bedeutung der italienischen Industriegebiete für die Versorgung der italienischen Wehrmacht und ihrer Verbündeten mit Kriegsmaterial ergeben. Sie brauchen nach Lage der Dinge nicht unbedingt zugunsten Frankreichs auszulaufen, würden aber zum mindesten weitere erhebliche Teile der französischen Land- und Luftmacht von der Entscheidung in Deutschland bzw. in Osteuropa abhalten. Das gleiche würde bis zu einem gewissen Grade auch für Italien zutreffen. Italien kämpft, gestützt auf ein gut ausgebautes Eisenbahn- und Straßennetz, Frankreich aber wäre gezwungen, sich zunächst erst den Ausgang aus dem Gebirge zu erzwingen, den ihm zu wehren selbst schwächeren, aber gut geführten, stark beweglichen italienischen Truppen zum mindesten nicht unmöglich sein dürfte. In der Luft aber würde Frankreich in gleicher Weise Luftangriffen auf Lyon, Marseille, St. Etienne, Le Havre, Kreuzot und Zerstörungen dieser Städte und der bei ihnen liegenden kriegsindustriellen Betriebe ausgesetzt sein wie Italien. Die italienische Luftmacht ist, was die Zahl der vorhandenen Flugzeuge anbelangt, der französischen heute zwar unterlegen, was die Güte des Flugzeugmaterials und des Fliegerpersonals anbelangt, aber zum mindesten dieser gleichwertig, wenn nicht sogar überlegen. Und auch ist es auch nicht ausgeschlossen, daß es der italienischen Flotte auch dann gelänge, Frankreichs Verbindungen mit Nordafrika zu stören oder wenigstens zeitweilig zu unterbrechen, wenn England sich zunächst aus dem Kriege heraushalten und damit auch die englische Flottenmacht noch nicht zur Geltung kommen sollte. England kann seine gesamte Flottenmacht im Mittelmeer zusammenhalten, Frankreich aber muß, wenn es eine schnelle Entscheidung in Deutschland erzwingen und die Bundesgenossen in Ost- und Südosteuropa möglichst schnell die von diesen benötigte Unterstützung bringen will, wenigstens Teile seiner Flotte in der Nordsee

zum Einbruch in die Ostsee bereithalten und einsetzen. Ein solcher Einbruch aber wird selbst bei der Stärke und Materiallage der heutigen deutschen Flotte nicht leicht sein. Er verlangt zunächst einmal Stützpunkte in allernächster Nähe der Aussicht genommenen Einbruchsstelle, die Frankreich nicht hat und die es sich erst durch Wegnahme der deutschen Nordseehäfen und -inseln schaffen muß. Deutschland aber bietet er auch der kleinen deutschen Flotte, da diese von vornherein derartige Stützpunkte zur Abwehr hat, nicht zu unterschätzende Erfolgsmöglichkeiten.

Alles dies beweist natürlich nicht, daß die bekannte französische These in der Abrüstungsfrage recht hat, der zufolge sich Frankreich weigert, abzurüsten; denn diese These stützt sich auf die bedrohte Sicherheit Frankreichs; die Sicherheit Frankreichs wird aber von niemand bedroht; die oben geschilderten Schwierigkeiten Frankreichs vielmehr würden lediglich die Folge eines von ihm selbst heraufbeschworenen und begonnenen Krieges sein. Doch dies nur nebenbei. Fest steht nur, und auf diese Feststellung kommt es uns an: daß Frankreich ein gewagtes Spiel treiben würde, wenn es heute zum Kriege gegen Deutschland schritt. Dieses Spiel aber würde um so gewagter sein, als ein solcher Krieg aller Wahrscheinlichkeit nach nicht ohne tiefgehenden Einfluß auf die politische Entwicklung und Lage in den französischen Kolonien und Schutzgebieten, vor allem in Marokko, in Syrien und in Französisch-Hinterindien, bleiben könnte, in denen Frankreich heute bereits mit nicht unerheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Sie haben ihren Grund in der Unzufriedenheit der von Frankreich beherrschten Völker und in ihrem Freiheitsstreben; sie würden durch kriegerische Verwicklungen Frankreichs in Europa ohne Zweifel eine starke Steigerung erfahren und wahrscheinlich den Verlust der Besitzungen zur Folge haben. Ähnliche Wirkungen aber würden sich auch in allen anderen Teilen der Welt zeigen, wo Völker unter der Herrschaft fremder Mächte oder fremden Kapitals stehen. Damit aber würde ein Krieg in Europa zu einer großen Gefahr auch für England und Nordamerika.

Weltbrand

Die Freiheitsbewegungen in Ägypten, Indien und China, die Loslösungsbestrebungen in den englischen Dominions und die Widerstände in den mittel- und südamerikanischen Ländern gegen die Herrschaft des nordamerikanischen Kapitals würden einen gewaltigen Auftrieb erhalten. In Ostasien aber wird Japan die Gelegenheit ebenso zu nutzen verstehen, wie im letzten Kriege und auch heute wieder da die Weltkrise den anderen Mächten die Hände bindet.

Der Weltbrand würde somit als Folge eines europäischen Krieges ganz ungeheuren Ausmaße annehmen; das Ergebnis eines Deutschland französischerseits aufgezwungenen Krieges muß ein Chaos sein, demgegenüber alles das, was die Welt während des letzten Weltkrieges erlebt hat, nur ein Kinderspiel war. Deutschland wird den Frieden. Es will eine friedliche Verständigung mit Frankreich; aber sie m

die Möglichkeit geben, als Land und Volk frei zu leben, frei sich zu entwickeln. deutsche Volk will keinen Krieg und kein Chaos. Will es die Welt, wollen es insbesondere England und die Vereinigten Staaten? — Das ist die Frage, die Deutschland vor den bevorstehenden schwerwiegenden Verhandlungen seinerseits den Mächten und der Welt zu stellen hat. Nur mit dieser entscheidenden Frage Rückhalt und mit eiserner Entschlossenheit läßt sich heute verhandeln. Und darüber noch das Verständnis und der Mut zu den Folgerungen: dann gibt es heute noch keine Verständigung mit Frankreich.

Ein Beispiel

Deutschland dabei das Verhalten Griechenlands, als Italien im Herbst 1923 unter dem Vorwand von Sanktionen für die Ermordung italienischer Offiziere an der griechisch-albanischen Grenze die Insel Korfu besetzte. Griechenland, die Ruine eines Staates, eben erst in Kleinasien von den Türken vernichtend geschlagen, immer uneinig und von dauernden Revolutionen heimgesucht, erklärte: „Ich lasse mich auf einen Krieg mit Italien ankommen, falls Korfu nicht geräumt wird!“ Es ist genau, welche Folgen ein solcher Krieg haben mußte; aber es war sich nicht bewußt, was er für Europa und die übrige Welt bedeuten mußte. Auch England und damals auch Frankreich wußten es — und deshalb griffen sie ein mit dem Ergebnis, daß sich Italien tatsächlich nach kurzer Zeit von Korfu zurückzog. Das Spiel für Deutschland weit mehr auf dem Spiele stehen, als für Griechenland. Das Spiel ist trotzdem dasselbe. Und Gott steht nicht immer im Lager der schwächeren Bataillone. Er steht mindestens so oft im Lager der stärkeren Nerven.

ERICH OBST:

Berichterstattung aus Europa und Afrika

Deutschland: Grandi in Berlin, Mussolinis außenpolitische Rede in Neapel, die deutsche Grenzland-Sondernummern der „American News“, Senator Borah und der Weichselkorridor, die deutschen Tribute im Vordergrund der Besprechungen zwischen Hoover, Laval und Grandi, Scheitern einer deutschen Umschuldungsanleihe auf dem französischen Geldmarkt, Einkreisung Deutschlands durch ausländische Riesensender, Wahlsiege der Heimatrechtler im Elsaß — Belgien: Fiasko des „Belgischen Tages“ der Wallonen — England: Wahlsieg der nationalen Einheitsfront in England, Ausbau einer panbritischen Planwirtschaft, Scheitern der Indienkonferenz — Spanien: Kampf zwischen Radikalen und Klerikalen, Auseinandersetzung zwischen Zentralismus und Föderalismus, König Alfons in absentia zum Tode verurteilt — Italien: Urbarmachung der Pontinischen Sümpfe, Eröffnung einer deutschen Schule in Turin — Südslawien: Eröffnung einer neuen deutschen Lehrerbildungsanstalt — Baltische Staaten: Enteignung des deutschen Doms in Riga, deutsch-estländisches Abkommen über Entschädigung der reichsdeutschen Grundbesitzer — Polen: Zuchthausstrafe für Anton Preiß, „Schlesiermonat“ des polnischen Westmarkenvereins, die deutschen Schulverhältnisse in Pommern und Posen, der Streit wegen des Danziger Hafens zugunsten Danzigs entschieden — Naher Osten: Abschluß des türkisch-griechischen Freundschaftsvertrages, Aufstand auf Zypern — Afrika: Widerstand der Senussi endgültig gebrochen, Aufgabe einer politischen Vereinigung Kenias, Ugandas und Tanganyikas, aber Plan einer ostafrikanischen Zollunion

Der einst nur ethisch und gefühlsmäßig, dagegen ganz und gar nicht geopolitisch beurteilte Übergang Italiens vom Dreibund zur Entente, die Vergewaltigung Südtirols und die Knebelung des dortigen Deutschtums u. a. m. sind vom deutschen Volk augenscheinlich vergessen worden. Bei der sehr geringen Zahl wirklicher Freunde begrüßt Deutschland jede gütige Geste seitens Italiens mit einer Wärme, als wäre in Italien bereits der entschlossene Partner einer zielbewußten und tatkräftigen Befreiungspolitik gefunden. Der begreiflichen Kühle beim Empfang von Laval und Briand in Berlin stand beim Staatsbesuch des italienischen Außenministers Grandi (Ende Oktober) eine Herzlichkeit gegenüber, die mit der Sympathie der deutschen Nationalsozialisten für das faschistische Regime allein kaum erklärt werden kann. Das ganze deutsche Volk gibt sich offenbar der Hoffnung hin, die Übereinstimmung im Negativen (Abwehrstellung gegen die französische Hegemoniepolitik) werde Deutschland und Italien zum gemeinsamen Handeln im Positiven (Revision des Friedensdiktates von Versailles, Wiederaufbau Deutschlands und Europas) führen. In dieser Auffassung wurde Deutschland durch die glänzende italienische Regie bestärkt; während Grandi mit Brüning verhandelte

It Mussolini in Neapel vor 300 000 begeisterten Anhängern eine außenpolitische Rede, in der er u. a. ausführte:

„Sollen wirklich sechzig furchtbare lange Jahre über die Welt ziehen, bevor das tragische Verrechnungsbuch des Soll und Haben das Wort Schluß gesetzt wird? Es ist ein Schuldbuch, aufgebaut auf den Blutopfern von zehn Millionen Menschen, die nicht mehr das Licht der Sonne erblicken. Und kann man sagen, daß unter den Völkern Gleichberechtigung herrscht, wenn der eine il bis zu den Zähnen bewaffnet dasteht und der andere zur Wehrlosigkeit verteilt ist? Und wie kann man von dem europäischen Wiederaufbau sprechen, wenn nicht einige Bestimmungen gewisser Friedensverträge abgeändert werden, die ganze Völker an den Abgrund des materiellen Zusammenbruchs und der moralischen Verzweiflung gebracht haben! Und wieviel Zeit soll noch vergehen, bis man sich davon überzeugen wird, daß in dem wirtschaftlichen Apparat der Gegenwart etwas festgefahren, wenn nicht zerbrochen ist? In diesen Fragen liegen die genauen Direktiven, mit denen man dem wahren Frieden dient, der sich von dem Gedanken der Gerechtigkeit nicht trennen läßt. Sonst ist er ein in Rache und Furcht diktiertes Protokoll.“

Es bedeutet tatsächlich einen Wendepunkt in der Entwicklung des Abendlandes, daß, mit Ausnahme allerdings von Frankreich, alle Großmächte der Welt nach gerade die politische und wirtschaftliche Torheit von Versailles einzusehen beginnen. Und diejenigen deutschen Kreise, die einst der Erfüllungspolitik das Wort redeten, um den Zerfall des Deutschen Reiches zu verhindern, dürfen und müssen jetzt die große Schwenkung vornehmen und verlangen, daß die Tribute vollständig und rückgängig aufhören, die Rüstungsungleichheit beseitigt, die unhaltbaren Gewalttaten im deutschen Osten geändert werden usw. Oder will man etwa unsere amerikanischen Freunde dem Vorwurf aussetzen, sie seien deutscher als die Deutschen? Wir verweisen auf die ausgezeichnet wirkungsvollen Veröffentlichungen der „American News“, deren Sondernummern Rheinland, Saar, Ostpreußen und Danzig, Ober- und Niederschlesien ein wahrhaft überzeugendes Bild von den unhaltbaren Verhältnissen im deutschen Grenzland bieten. Der Herausgeber, Eugen J. Deuth, hat sich mit diesen Sondernummern ein großes Verdienst um Deutschland erworben und macht seinem Wahlspruch „Americans, let us face the facts!“ in jeder Weise Ehre. — Und wie vorbildlich entschlossen kämpft drüben ein Mann wie Senator Borah für den Sieg von Wahrheit und Gerechtigkeit! Während der Anwesenheit des französischen Ministerpräsidenten Laval in Washington empfing Borah die Vertreter der französischen Presse und erklärte ihnen in unübertrefflicher Offenheit, daß von Frieden in Europa nicht die Rede sein könne, solange nicht wahrhaft und gleichmäßig abgerüstet werde, solange das Gespenst der Reparationen noch spuke, solange die unmöglichen Gewaltgrenzen vor allem im Weichselkorridor und in Oberschlesien

bestünden. Dem darob außer Fassung geratenen polnischen Botschafter Filipowicz blieb Senator Borah die Antwort nicht schuldig. Die Behauptung des Polen, die Bevölkerung im Weichselkorridor sei zu achtzig Prozent polnisch, erfuhr unter Hinweis auf die polnische Gewaltpolitik gegenüber dem Deutschtum im Korridor die gebührende Zurückweisung. Die Vertrauensseligkeit und geographische Unkenntnis, wie sie etwa zur Zeit Wilsons bestand, ist eben inzwischen erfreulicherweise einer kritischen Einstellung und einem Wissen um den Kern der Dinge gewichen, das die polnische Manöver als solche klar durchschaut. Man kennt heute auch jenseits des Atlantik die Ergebnisse der Volkszählung von 1910, und weiß, daß damals im Weichselkorridor 884 719 Deutsche, 469 703 Polen, 106 441 Kaschuben und 17 481 unentschiedene Doppelsprachige ansässig waren. Es ist genugsam auch darüber bekannt geworden, daß die 100 000 Kaschuben, die Polen betrügerischerweise als eigenes Volkstum bucht, einen Stamm für sich bilden, der nichts mit den Polen zu tun hat und seit Jahrhunderten einen erbitterten Volkstumskampf gegen die Polen führt.

Die Beratungen zwischen Hoover und Laval sind ebenso wie die in diesen Tagen stattfindenden Besprechungen Hoover-Grandi im wesentlichen geheimgehalten worden. Private Kreise wollen wissen, daß zwar alle Fragen der politischen und wirtschaftlichen Weltkrise durchgesprochen wurden, daß aber naturgemäß das Problem der deutschen Schulden im Vordergrund stand. Während die Franzosen mit aller Gewalt erreichen wollen, daß die Tribute den Vorrang gegenüber den privaten Schulden erlangen, steht Deutschland und mit ihm wohl auch die USA. auf dem Standpunkt, daß die politischen und die wirtschaftlichen Zahlungen Deutschlands unter keinen Umständen getrennt behandelt werden können. Frankreichs Bestreben, den Young-Plan auf jeden Fall wieder in Kraft zu setzen und sei es auch mit einer 50%igen Herabsetzung, ist naturgemäß von der Angst diktiert, daß eine grundsätzliche Preisgabe des Young-Planes den Auftakt zu einer allgemeinen Revision des Versailler Friedensdiktates bilden könnte. Man weiß selbstverständlich, daß Deutschland unter den gegenwärtigen Umständen an eine Wiederaufnahme der Young-Zahlungen nicht denken kann und daß der größte Teil des deutschen Volkes kategorisch die Einstellung von Tributzahlungen ein für allemal verlangt. Eben deswegen sucht man nach Auswegen, um den Young-Plan und die darauf beruhenden politischen Zahlungen irgendwie zu retten, selbst wenn die Zahlungen vorerst ausgesetzt werden und schon jetzt eine Herabsetzung der Hörsatz erfahren. Als Schmachhaftmachung einer solchen Pille war wohl auch der französische Vorschlag anzusehen, eine große deutsche Umschuldungsanleihe ausschließlich auf dem französischen Markt unterzubringen. Zum Glück hört man davon nichts mehr, denn so wünschenswert an sich eine solche Umschuldungsanleihe wäre, so unmöglich wären für uns die politischen Bedingungen, die Frankreich ohne Frage daran knüpfen würde.

Um das Aufkommen einer für Deutschland günstigen Weltmeinung nach Möglichkeit zu verhindern und die Information des Auslandes durch deutsche Rundfunkmeldungen zu stören, hat Frankreich weitschauend schon seit Jahren eine systematische Einkreisung Deutschlands durch ausländische Riesen- und Sender organisiert. Durch die Verstärkung der Sender von Paris und Toulouse, Brüssel und Löwen, Prag und Warschau u. a. m. ist Deutschland rettungslos ins Untertreffen geraten. Der jetzt geplante Bau eines riesigen französischen Rundfunksenders in Luxemburg (Junglinster) muß den Tod aller west- und südwestdeutschen Sender bedeuten, sofern sich die Deutsche Reichspost nicht ehestens dazu entschließt, das von Frankreich und seinen Trabanten provozierte Senderwettrennen abzumachen.

Von den volkstumspolitischen Vorgängen an der Westgrenze des deutschen Volks- und Kulturbodens verdienen zunächst die Stichwahlen im Elsaß Erwähnung. Die Ersatzwahlen zu den elsässischen Generalräten bedeuteten für die französische Assimilationspolitik eine schwere Niederlage, denn die Heimatschutler errangen namentlich im Unterelsaß überraschende Siege, u. a. sogar in Straßburg, wo der Assimilationsfanatiker Georg Weill in der Stichwahl dem Präkandidaten der autonomistischen Landespartei, Dr. Karl Roos, unterlag, obwohl die Französlinge nicht unterlassen hatten, die „pangermanistische Vergangenheit“ von Roos und sein Wirken als „Agent des Deutschtums im Elsaß“ gebührend an den Tag zu stellen. — Auch bei der Kreistagswahl von Kolmar haben die Heimatsparteien zwei gehässigen Gegnern der Autonomie die Mandate abnehmen können.

In Belgien versuchten die nationalistischen wallonischen Vereinigungen eine Protestkundgebung gegen die flämische Bewegung zu veranstalten. Die blutigen Zusammenstöße, zu denen es infolge dieser Erregung der völkischen Gegensätze vor allem in Hasselt (Provinz Limburg) kam, führte bis an den Rand einer Regierungskrise. Besondere Erbitterung herrschte darüber, daß die wallonischen Hetzansprachen durch den flämischen Rundfunk verbreitet werden mußten, eine Verfügung, die die Flamen mit dem Zerschneiden der Telephonleitung und der Zerstörung der Mikrophone beantworteten. Im übrigen wies sich der mit großer Reklame aufgezogene „Belgische Tag“ der Wallonen durchaus als ein Fiasko. Obwohl den Teilnehmern großenteils freie Eisenbahnfahrt, billigste Verpflegung usw. zugesichert und zu ihrem Schutze eine Abordnung von 500 berittenen Gendarmen aufgeboten war, erschienen in der limburgischen Hauptstadt an Stelle der angekündigten 100 000 höchstens 3000 Mitglieder der „Légion nationale“, der „Fraternelles et jeunesses nationales“ und anderer national-wallonischen Verbände.

In England hat nach dem gewaltigen Wahlsieg der nationalen Einheitsfront MacDonald wiederum den Vorsitz im Kabinett übernommen. Bezeichnenderweise aber mußte das Amt des Schatzkanzlers Neville Chamberlain,

einem ausgesprochenen Schutzzöllner, überlassen werden; man darf einen gewissen Ausgleich dafür vielleicht in der Tatsache erblicken, daß der Liberale Walter Runciman zum Handelsminister bestellt wurde. Ohne Frage schwenkt England mit der neuen konservativen Parlamentsmehrheit und seiner neuen nationalen Regierung in ein Fahrwasser, das praktisch zu einer wirtschaftspolitischen Abkapselung des British Empire führt; ob man sich zunächst auf ein Verbot der Einfuhr von Luxuswaren (Runciman) und einen Ausbau des Safe-Guarding-Systems beschränkt oder sogleich an eine radikale Abänderung des bisherigen Zollsystems herangeht, bleibt dabei belanglos. Die Entscheidung dürfte wohl erst aus der für Ottawa 1932 vorgesehenen Reichswirtschaftskonferenz fallen. Europa wird diesen gigantischen Versuch, sich für den Verlust wichtiger Weltmärkte (Ferne Osten!) durch systematischen Ausbau einer panbritischen Planwirtschaft schadlos zu halten, im eigenen Interesse mit außerordentlicher Aufmerksamkeit verfolgen. Nicht minder wichtig für die Politik Europas und der ganzen Welt wird die Haltung sein, die die neue englische Regierung auf der bevorstehenden Abrüstungskonferenz einnehmen wird. — Von großer Bedeutung für die weitere Entwicklung ist der Umstand, daß die Indienkonferenz in London an der Uneinigkeit zwischen Gandhi und den Mohammedanern endgültig gescheitert ist. Eine indische Verfassung wird nun voraussichtlich nicht so bald zustande kommen; Gandhis Erklärung, daß „es für Indien die Frage der Krone nicht gebe“, hat viele Türen zugeschlagen, auf deren Benutzung die Engländer begreiflicherweise großen Wert legten. Wird man in Indien nun die etwa in Jahresfrist vorgesehene Vollkonferenz abwarten oder werden die indischen Nationalisten sogleich den wirtschaftlichen Widerstand gegen England erneut aufnehmen?

In Spanien tobt der Kampf zwischen Radikalen und Klerikalen weiter und erzeugt stetig neue Verbitterung. In den Verfassungskämpfen ist die Auseinandersetzung zwischen Zentralismus und Föderalismus noch immer nicht beendet; die Autonomisten in den Randprovinzen ringen vor allem darum, daß ihnen in den öffentlichen Schulen das Recht auf Gebrauch der Heimatsprache gesichert und das Übergewicht des zentralen Hochlandes (Kastilien) dadurch eingeschränkt wird. — Die Cortes-Kommission der Regierung Azana hat König Alfons wegen „Meineides“ und „Landesverrates“ in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Für diese theoretische Maßnahme, die den Gebräuchen vergangener Jahrhunderte entlehnt ist, wird man im übrigen Europa nicht eben viel Verständnis aufbringen.

Von Italien war oben bereits die Rede. Wir erwähnen jetzt nur noch kurz das erstaunliche Riesenwerk der Urbarmachung der Pontinischen Sümpfe; das 1926 begonnene Unternehmen soll bis zum Jahre 1934 fertiggestellt werden und die Unterbringung von 30 000 Menschen (5000 Gehöfte) ermöglichen. Mehr und mehr entwickelt sich Italien neben Holland zu dem besten Innensiedler-

Europas. Sollte Deutschland von diesen glänzenden Vorbildern nichts zu lernen haben? — Die Gründung und Eröffnung einer deutschen Schule in Turin hier mit herzlichem Dank an den deutschen Konsul, Dr. Oster, und seine Mitarbeiter verzeichnet.

Auch aus Südslawien kommt eine für die dortige deutsche Minderheit hochfreuliche Nachricht: in Groß-Betscherek ist die neue deutsche Lehrerbildungsanstalt feierlichst eröffnet worden. Dem „Schulfonds der Deutschen in Südslawien“, für den in letzter Zeit mit Zustimmung der Regierung gesammelt wurde, sind innerhalb dreier Monate aus Sammlungen unter der deutschen Minderheit 2,8 Millionen Dinar zugeflossen. Unseren Brüdern und Schwestern in Südslawien ein herzliches Glückauf zu weiteren Erfolgen auf der Bahn einer wahrhaften Kulturautonomie!

An einer anderen Stelle der Ostfront des Deutschtums ist leider ein sehr schwerer Verlust zu verzeichnen: die lettische Regierung Ulmanis hat es fertiggebracht, auf dem Wege der Notverordnung den heißumstrittenen deutschen Dom in Riga zu enteignen! Trotzdem im lettischen Parlament in den letzten Monaten zwei Anträge auf Enteignung der deutschen Domkirche abgelehnt worden sind, trotzdem dann ein Volksbegehren auf Enteignung dieser Kirche trotz Aufgebotes einer Hetzpropaganda größten Stils im Volksentscheid keine Mehrheit auf sich vereinigen konnte, hat sich die Regierung Ulmanis zu dem ebenso unrechtmäßigen wie törichten Schritt verleiten lassen, den Raub des deutschen Domes in Riga auf dem Wege der Notverordnung durchzusetzen. Was wird die deutsche Regierung tun, um für Wiedergutmachung dieses massen Rechtsbruches zu sorgen? Wehe dieser fluchwürdigen Notverordnungs-uche, die in Mitteleuropa zur Zeit grassiert, allenthalben das Recht beugt und die Rechtsgrundlagen des Staates untergräbt, indem der Notverordnungsparagraph für Zwecke herangezogen wird, die dem Gesetzgeber nun und nimmer vorschwebten!

Während die deutsch-estländischen Beziehungen infolge des großzügigen und gerechten Abkommens über die Entschädigung der reichsdeutschen Grundbesitzer in Estland sehr rasch eine noch weitere Besserung erfahren werden, bleibt das Verhältnis Polens zu Deutschland leider auch weiterhin ein sehr gespanntes. Die Verurteilung des über die Grenze abgeirrten deutschen Kriminalbeamten Anton Preiß aus Namslau (Schlesien) zu zehn Jahren Zuchthaus (!) hat naturgemäß in den Grenzbezirken und darüber hinaus in ganz Deutschland helle Empörung ausgelöst. Nicht minder groß ist die Entrüstung darüber, daß der polnische „Westmarkenverein“ vom 1. bis 14. November einen „Schlesiermonat“ unter dem Protektorat des Staatspräsidenten Moscicki veranstaltet, in dem u. a. das zehnjährige Jubiläum der „Befreiungskämpfe“ in Schlesien gefeiert, Kundgebungen gegen die „deutschen Eroberungsgelüste“ (!) veranstaltet und Geldmittel zur „Aufklärung“ der pol-

nischen Bevölkerung in Deutsch-Oberschlesien gesammelt werden sollen!! — Und den deutschen Schulunterricht in den Woiwodschaften Pommern und Posen ist es sehr böse bestellt. Etwa 15000 deutsche Kinder müssen dort polnische Schulen besuchen, weil alle Schulen mit Unterricht in der deutschen Muttersprache geschlossen worden sind. Rund 1100 deutsche Kinder erhalten an anderen Schulen nur vier deutsche Stunden in der Woche, gegen 2400 deutsche Kinder gar nur ein bis zwei Wochenstunden Deutsch! Wo bleibt der feierlich versprochene Minderheitenschutz? — In dem Streit zwischen Danzig und Polen wegen der vollen Ausnutzung des Danziger Hafens durch Polen hat der Völkerbundskommissar Graf Gravina jetzt eine Entscheidung gefällt, die Danzig in allen wesentlichen Punkten Recht gibt. Polen ist demnach verpflichtet, den Danziger Hafen voll auszunutzen, alle Vorzugsmaßregeln, die die Konkurrenz anderer Häfen begünstigen könnten (Gdingen!), zu unterlassen und sich hinsichtlich des Ausbaus des Danziger Hafens nach den Beschlüssen des Danzig-polnischen Hafenausschusses zu richten. Dieser große Erfolg ist den Deutschen in Danzig von Herzen zu gönnen. Hoffentlich sorgt der Völkerbund im Bedarfsfall dafür, daß die Entscheidung seines Hohen Kommissars in Danzig auch seitens Polens strikt nachgekommen wird. Möge auch der jetzt auszutragende Danzig-polnische Kriegsschiffstreit in ähnlich günstigem Sinne entschieden und Polen bedeutet werden, daß seiner Willkür und chauvinistischen Großmannsucht schließlich doch Grenzen gesetzt sind.

Auf dem Balkan hat der Abschluß des türkisch-griechischen Freundschaftsvertrages einiges Aufsehen erregt. Das in Ankara im Oktober 1930 unterzeichnete Abkommen hat dadurch die wünschenswerte Vertiefung und Erweiterung erfahren. Nicht nur die leidige Minderheitenfrage, sondern auch das Problem der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Griechenland und der Türkei ist nun endgültig gelöst, einer der früher immer wieder arg bedrohlichen Gefahrenherde im Nahen Osten dauerhaft beseitigt worden. Ob, wie man gelegentlich vermutet, die weitere Reise des türkischen Ministerpräsidenten Ismet Pascha nach Budapest mit den Plänen eines neuen Balkanblocks in Verbindung gebracht werden darf, ist im Augenblick nicht zu entscheiden.

Der Aufstand in der englischen Kronkolonie Zypern hat Formen angenommen, die England zur Entsendung mehrerer Kriegsschiffe und eines Flugzeugmutterschiffes nötigten. Die zu zwei Dritteln griechische Bevölkerung Zyperns fordert unter Führung des griechisch-orthodoxen Erzbischofs ganz eindeutig die Vereinigung Zyperns mit Griechenland. Wegen der strategischen Bedeutung der Insel denkt England nicht daran, in diesem Falle das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu achten. Gewalt geht wieder einmal vor Recht! Aber wird sich mit diesen Methoden die seit 1878 bestehende britische Herrschaft über Zypern auf die Dauer behaupten lassen?

in der italienischen Kolonie Cyrenaika ist der hartnäckige Widerstand Senussi nach der Gefangennahme und Erschießung des greisen Führers Omar el Muktar endgültig gebrochen. Die Italiener gehen nun mit ihrer Tatkraft daran, dieses nordafrikanische Kolonialgebiet trotz der Ungunst von Boden und Klima systematisch wirtschaftlich zu erschließen.

Anfang November hat sich der englische Parlamentsausschuß (Joint Committee) endgültig gegen die politische Verschmelzung von Kenia, Uganda und Tanganyika Territory (Deutsch-Ostafrika) zu einem einheitlichen Staatswesen, dem Dominion East Africa, ausgesprochen. Als Grund wird ausdrücklich nicht Rücksichtnahme auf den Völkerbund oder auf Deutschland angegeben, sondern die bekannte Differenz über die Regelung der Eingeborenenfrage, die im ehemaligen Deutschostafrika viel fortschrittlicher gehandhabt wird als in Kenia und Uganda. Der Parlamentsausschuß befürwortet aber die Schaffung einer ostafrikanischen Zollunion zwischen den drei in Frage kommenden Kolonien, eine Maßnahme, die mit den Mandatsbestimmungen sicher nicht in Einklang zu bringen sein würde. Unter allen Umständen den stärksten Protest Deutschlands hervorrufen müßte.

(Abgeschlossen am 18. November 1931.)

KARL HAUSHOFER:

Bericht über den indopazifischen Raum

wesensverschiedene Dynamik weiträumiger, indopazifischer und kleineuropäischer Umwelt
Philippinen-Reise des USA.-Kriegsministers — Gandhis Europafahrt — Innenbürtige und
enbürtige Schwierigkeiten in der indischen und mandschurischen Frage — Indien und der
Japan-Streit — Indiens Wachstum auf 353 Mill. — Der Fall Kashmir — Rassenproblem
Indien und Rundtisch-Tagung — Die City und die Verhandlungen zu Zweien zwischen China
Japan — Rote Armee und Abrüstungs-Konferenz-Praktiken — Asiatischer Massendruck —
Gandhis Beklemmungen in England — Weiterentwicklung der mandschurischen Frage und Be-
urteilung der öffentlichen Meinung durch China und Japan — Ursachen und Anlässe der
japanischen Störungen — Das Ausweichen der panpazifischen Tagung von Hangchau nach Shanghai
— dem chinesischen Nationalismus und der panasiatischen Agitation; als Symptom — Die Be-
urteilung der Weltmeeresarbeiten von März und Fels für indopazifische Betrachtungsweise und
geopolitisches Weltbild.

Groß ist der Unterschied zwischen kleinräumiger Krähwinkelei, wie sie in paneuropäischen Kreisen, viel mehr noch in Zwischen-Europa und zwischen
raumweiten Vorstellungen, mit denen man im indopazifischen Raum reich von vornherein auch an Panideen in ihren Verkörperungsgelüsten oder
nur an transpazifische Machtäußerungen herantreten muß. Das wird vielleicht
aus der Philippinen-Informationsreise des USA.-Kriegsministers, Obstlt.
Frederick J. Hurley, am besten deutlich. „Ich bin von Präsident Hoover zu einer
Untersuchung der Philippinen ausgesandt“ — erklärte er in Shanghai —
(19. 1931; North China Herald, S. 303) „und für meine Reise durch alle Inseln

(fast 300000 qkm!), die etwa 17 Tage dauern wird, ist alles so vorbereitet, daß ich schnelle Arbeit tun kann.“ „Das wird Sie scharf in Bewegung halten“, meinte der Frager. „Daran bin ich gewöhnt; auf meinem Weg nach Seattle (von Washington zum Pazifik hinüber) machte ich in sieben Tagen in Sonderflugzeugen 31000 km offiziell Station.“ Auf die Frage nach seiner besonderen Aufgabe in den Inseln antwortete er nur: „Wer fischen geht, weiß nicht genau vorher, wo die Fische sind.“ Inzwischen haben sich außer den Tagalen- und Moroforellen im Süden auch noch einige starke Hechte in der Mandschurei gezeigt, und ein Teich am mittleren Yangtse ist ausgelaufen; aber der richtige Mann der USA. ist wenigstens vorbeugend rechtzeitig im Bild gewesen!

Wie unvollkommen nehmen sich neben solcher Großzügigkeit etwa beispielsweise die Flugversuche des deutschen Reichsbankpräsidiums im gleichen Jahre aus! Es ist kein Wunder, wenn — trotz slump — die geopolitischen Geschäfte am Pazifik erfolgreicher betrieben werden. Im Gegensatz dazu ist der Repräsentant des Mittleren Ostens in Gandhis Gestalt an Bord der „Rajputana“ freilich prunklos ins Abendland gereist. Aber immerhin fuhr auch er (mindestens für negative Zwecke) mit der vollen Wucht von 353 Millionen hinter seinem gebrechlichen, wenn auch zähen Körper — mit linnenem Lendentuch für Londoner Herbstreg und frostiges Lancashire unzulänglich bekleidet. Man muß sich aber solche Symptome und die darin ausgedrückten Kontraste immer bildhaft vor Augen halten, wenn man der wesensverschiedenen Dynamik der indopazifischen und kleineren europäischen Umwelt gerecht werden soll und die Maßstäbe nicht verlieren will, die man gerade beim Abschätzen der Verkörperungsmöglichkeit und Gefahrenwucht von Politideen doppelt nötig hat; zumal dann, wenn sie Weltreiche zu sprengen im Begriff sind.

Besonders scharf wird dabei der Unterschied zwischen innenbürtigen (endogenen) und außenbürtigen (exogenen) Schwierigkeiten klar an den beiden folgenschweren Herbstreibungen des indopazifischen Raumes: der innenpolitischen indischen, nach London übergesprungenen und der außenpolitischen chinesisch-japanischen, z. Zt. in der Mandschurei lokalisierten. Beide haben ihre ausgesprochene Dynamik und beide eine ganz klar betonte Dominante, neben der alle andern Faktoren des Erdteils in zweite Reihe treten. Die eine ist außerhalb Indiens bei der Londoner Rundtischtagung mit der Hindu-Islam-Spannung und dem Mehrheit-Fürstentum-Gegensatz auf einen toten Punkt geraten und trotzdem eine typische indische Innenfrage geblieben, mit deren Zwiespalt aber die britische Außenpolitik sehr verknüpft operiert. Die andere fernöstliche Reibung hat den Völkerbund in höchster Verlegenheit gebracht und im indopazifischen Bereich bedenklich diskreditiert; hat ihre Wurzeln im sogenannten Li-Lobanow-Vertrag (der zwischen China und Russland als Rückschlag auf den chinesisch-japanischen Krieg von 1894/95 abgeschlossen wurde) und in den daraus hervorgegangenen geopolitischen Widersprüchen eines fremdgewaltigen Eisenbahnkreuzes über der chinesisch unterwanderten Mandschu-

Wie sehr aber die ganze kontinentale, panasiatische öffentliche Meinung in der indochinesischen Frage gegen Japan und jede Übersee-Einmischung steht, das veranschaulicht z. B. der Giftspritzer: „The gentle ways of Japan“ (The Week, Sept. 24. 1931; 22) aus Bombay in einem Augenblick, wo man wirklich in Indien mit Pfundsturz Rupiefolge, Censusverarbeitung und Hindu-Mohammedaner-Streit alle Hände voll zu tun hatte. Wie sehr die Weltanschauungserspaltung in Indien eine Lösung der allseitigen Fragen erschwert, das zeigte sich ja nicht nur bei Gandhis Fehlschlag über Macdonald in London (8. und 9. 10. 1931), sondern es erhellt mit geographischer Wucht aus den wichtigsten, leicht zu merkenden neuen indischen Censussen. Sie bestätigen zunächst auch für Indien das überall im indopazifischen Bereich festgestellte Ansteigen der Lebenskraftkurve (Geopol. X/31) mit rund 353 Millionen (10,6% Wachstum seit 1921 „Gazette of India“, 19. 9. 31). Darunter besteht das Gesamtverhältnis von rund 240 Mill. Hindu zu rund 78 Mill. Mohammedanern; 6 Mill. Christen, $4\frac{1}{2}$ Mill. Sikhs; nur 107 000 Parsi. Aber die Verteilung der Minderheiten auf Schlüsselräume gibt dem Islam überwältigende Mehrheiten im Punjab, den Nordwestprovinzen, in Beluchistan und Sind, dem N. W. Bombay, und auch die Anomalien von Kashmir mit 2,8 Mill. Mohammedanern unter der Herrschaft von 0,7 Mill. Hindus und Hyderabad mit 12,2 Mill. Hindus, die von $1\frac{1}{2}$ Mill. Mohammedanern nur durch britische Hilfe beherrscht werden. Diese jüngsten Censussen sind ein sehr notwendiger Hintergrund für die Vorgänge auf der Londoner Welttischbühne.

Im Fall Kashmir muß unter der Fülle geopolitischer Einzelsymptome eigens abgehandelt werden, weil er zeigt, wie sehr bei der Innenstruktur der indischen Staaten sich einerseits Probleme Allindiens im kleinen wiederholen, andererseits die geographisch widersinnige Ballung der Ländermachtkomplexe in willkürlicher Nichtachtung geopolitischer, ethnopolitischer und soziologischer, wie weltanschaulicher Zusammenhänge sich jeder haltbaren Lösung der Länderfrage entstemmt. Die Verhältnisse in Kashmir sind neuerdings von einem indischen Zeugen (Manch. Guardian, 26. 9. 31) unter Berücksichtigung von Sir Henry M. W. L. Durands und wohl auch Younghusbands Erfahrungen zu treffend geschildert. Der Kern des Problems ist die willkürliche Zusammenfügung größtenteils mohammedanischen Hochlands von Kashmir (Herzraum von etwa 10 000 qkm, die Größe der Pfalz um Srinagar) mit dem hindubewohnten Jammu (Sitz der hinduistischen Dogra) und mit raumweiten Randlandschaften (dem tibetischen, buddhistischen Höhenwohnergebiet Ladakh; dem unter Islam-Firnis animistischen, mongoloiden Baltistan und dem umstrittenen Chitral), endlich mit indischen Tieflandstufen (Puna, Chilas, Darel, Tangir) unter dem fremdstämmigen Sikh-Rennen Gulab-Singh. Unter ihm entstand erst seit der Mitte des 19. Jahrhunderts ein äußerlich wunderschönes, aber innerlich kaum verbundenes, dünn (mit nur 10 Mill. heterogener Menschen) bevölkertes Reich von mindestens 220 000 qkm an

der mit Spannungen geladenen Überschneidung angloindischer Grenzsicherungs- sowjetrussischer und chinesischer Kulturpolitik, afghanischer Islam- und tibetischer buddhistischer Einwirkung. Ringsum lagerten zugriffslustige Fremdgewalt, die überall im Lande Anhaftestellen fanden, in dem noch dazu etwa $2\frac{1}{2}$ —2,8 Mill. Mohammedaner sich von kaum $\frac{3}{4}$ Mill. Hindu und einer Handvoll Sikhs (4000) unterdrückt fühlten, während die wenigen (etwa 40000) Buddhisten naturgemäß zu Tibet zurückstreben, und einige Bergstämme, wie die Gujar (1—200000), regionales Sonderdasein führen. „Die diesjährigen Wirren sind nichts Vorübergehendes... Hier bleibt Zündstoff... Es ist eine Bewegung, die wachsen wird und Linien verfolgen muß, die auch Britisch-Indien (als Sprünge? d. Ref.) durchziehen — es sei denn, sie würden an ihrem Ausgangspunkt korrigiert: dem Herrensrecht eines winzigen Teils der Bevölkerung über den Rest ihrer Volksgenossen. Das gilt in Kashmir für die Hinduherrenschicht, in Hyderabad für den Islam. Für wen aber in Allindien?? — „Die Rundtschtagung ist auf den sehr harten Kern von Indiens Rassenproblemen durchgestoßen... es ist schwer, auf eine schnelle, befriedigende Lösung zu hoffen... dennoch steht die Tatsache klar und unleugbar fest, daß ohne ein Einverständnis darin wenig Hoffnung auf irgendeinen Grad von Harmonie und Fortschritt in Indien besteht. An diese Tatsache werden wir durch beklagenswerte Ausbrüche, wie Kawnpur und Kashmir, beständig und zwingend erinnert. Keine britische Regierung kann hoffen, eine Rassenschlichtung zu erfinden oder aufzuzwingen. Die Inder allein können in dieser Lebensfrage ihren Erlösung bewirken; und Macdonald tat recht daran, es ihnen in so starken und berechneten Ausdrücken zu sagen.“

Diese monumentale Wahrheit, an der alle Gandhi-Reden und Sprüche im CC-tongebiet nichts ändern, die wir Wort für Wort stark unterstreichen, steht in der größten britischen Wirtschaftszeitung („Economist“, 3. 10. 31, S. 605) auf demselben Blatt mit einer andern:

„Bei Verhandlungen zu zweien zwischen China und Japan... wird das Gleichgewicht durch japanische Truppen im Besitz von Mukden und Kinn schwer vorbelastet; aber vielleicht müssen wir bei dem gegenwärtigen Zustand der Welt froh sein, wenn Verhandlungen überhaupt, unter irgendwelchen Bedingungen in die Hand genommen werden.“

Auf derselben Seite ist auch noch die späte Erkenntnis verzeichnet, „daß die wirtschaftliche Verzweiflung der jüngeren Generation der deutschen Mittelklasse die Speerspitze der revolutionären politischen Bewegung in Deutschland sein wird. Aber das gilt gleichen Schrittes, nur mit der fünf- und siebenfachen Masse und Wucht auch für die indische und chinesische Menschenballung! Seit dem Fiasco der Hamburger Wahlen sind diese Krisen überall auch über See verschärft worden, und die einlaufende Ostasienpost bringt nicht nur zeitgemäße Erinnerungen an Chinas Zurückweichen vor den Sowjets, als sie im Ostbahnstreit Ma-

li und Dalai Nor wegnahmen und Chailar bedrohten, sondern auch positive panische Angaben über die Landstärke der russischen Roten Armee: mit Mill. sofort auf die Beine zu bringender hochwertiger Präsenz, mit Tank-, Gas- sonstiger Ausrüstung für 4 Mill.; mit der viertstärksten Flugmacht, einigen 100 Piloten und den leistungsfähigsten außereuropäischen Flughäfen in Taschkent und Samarkand. Das bedeutet asienwärts mehr als die Schlagkraft der Zarenzeit! Man sieht: auch im Fernen Osten, nicht nur im Nahen Westen werden vor- gehende Maßnahmen der Nutznießer des Status quo gegenüber der Abrüstungs- ferenz getroffen; und in der Tat: wenn die bisherigen Herrenmächte im glei- chen Maßstab abrüsten, werden von den je vier Millionen Bewaffneten in China



den Sowjetbünden noch immer Räuber oder Soldaten genug übrigbleiben, um die Alte Welt auf den Kopf zu stellen, aber ihnen gegenüber nicht genug Polizeistaaten, um mandschurischen oder sonstigen chinesischen Zuständen vorzubeugen selbst, wenn nicht die Stromdämme reißen und ganz von selber Kriegszustände ein Volksnot für 50 Millionen unmittelbar, oder für 300 Millionen „nackte Arbeits-“ (wie Gandhi in Heys Farm sagte) mittelbar hereinbrechen.

Über angesichts der Gefahr des Chaos erinnert es doch fast an Goethes Zauberling, wenn derselbe Gandhi (Rundtischtagungsbericht vom 18. 9. 31) nach der führenden Hand der britischen Regierung ruft, wenn er fertigbringt, was kein anderer wagen konnte, den Gedanken indirekter Wahlen für die Fürstenstaaten durchzuführen, wenn er selbst zugibt, daß ohne fremde Führung die Auseinandersetzung in Indien „a sense of unreality“ hervorrufe, die praktisch nirgendwohin führen könne. Dieses Gefühl drängt sich allerdings oft bei Diskussionen mit kontinentalen Asiaten

auf, ob sie nun vom Boden der Sowjets aus oder vom chinesischen oder indischen Standpunkt mit unendlichem Zigarettens- und Teeaufwand Probleme zerreden.

Selbst einen Heiligen kann der Schlagschatten einer so ungeheuren Korruptionsmöglichkeit erschrecken, wie er sich an ein vor der Wahlreife in 353 Millionen hineingeworfenes unmittelbares Wahlrecht, namentlich bei den ungleichen Zuständen der Fürstenstaaten heften könnte.

Was ist im Reiche der harten Tatsachen aus der „Herrschaft vom Volk durch das Volk für das Volk“ Sun Yat Sens in China geworden? Klüngelzwang von einigen Tausenden, wie in Rußland, über die hilflosen Millionen! Und dabei sind die Chinesen nüchtern und sachlich, mit den Indern verglichen; und die Russen sind wenigstens immer an Willkür gewöhnt gewesen, ob sie nun von etwa einer Million Tschinowniks des weißen Zaren oder von etwa ebensoviel Kommunistenbeamten ausging.

Begreiflich ist es, daß die besser organisierten Randmächte der Alten Welt sich solchen gärenden Völkerkesseln gegenüber vorsehen. Aber es geschieht allerdings nur zu oft, namentlich von Japan und Frankreich, mit unzulänglichen Mitteln und ohne genügende Voraussicht!

In der Weiterentwicklung der mandschurischen Frage zwischen China, Japan, den pazifischen Anrainern und dem Völkerbund verrät sich, wie geschickt die öffentliche Meinung der Erde geopolitisch durch die Chinesen, zumeist unter Führung von Alfred Sze, und der Botschafter in London, Paris und Washington, der Intellektuellen bearbeitet worden ist, und wie es sich sogar für mächtige und geschlossene Staatsvölker wie das japanische strafft, wenn sie dauernd geopolitische Vertretung ihres Standpunkts nach außen vernachlässigen.

Denn ebenso gewiß wie fremde autonome Eisenbahnzonen, aber auch Flußschiffahrtsrechte, Korridore in der Art, wie sie in der Mandschurei, aber auch Mitteleuropa bestehen, zu Reibungen führen müssen, ebenso gewiß ist es doch auch, daß die Mandschurei durchaus nicht „seit 2000 Jahren“, „seit Urzeiten“ „integrierender Bestandteil des chinesischen Volksbodens“ war, wie man es in Dutzenden von chinesisch beeinflussten Büchern lesen oder in Vorträgen hören konnte. Erst seit der Jahrhundertwende ist das nur durch Dynastieunion mit China seit 1600 verbundene Stammland der erobernden Ta Tsing (Mandschu) von den chinesischen Unterwanderungsströmen erobert worden, die sich zuletzt 1—2 Millionen jährlich hineinschoben und die Bevölkerung von 6 auf 31 Millionen hoben, denen allerdings $\frac{1}{4}$ Million seit 1905 importierte Japaner, auch 800 000 bis 1 Mill. Koreaner und etwa 200 000 Russen, sonstige Weiße und Palaeoasiatenstämme mit der Zeit aufgesogen werden. „Rasse“ ist — wenigstens dort — nicht etwas mystisches Dauerndes, sondern greifbar und sichtbar, wie alle Lebenserscheinungen, veränderlich.

Aber die letzten Störungen im mandschurischen Rassenmischkessel gingen vom chinesischen Nationalismus und von der chinesischen Unordnung aus, und Japan

hrte nur seine momentanen Besitzrechte — den berühmten Status quo —, die illich, soweit sie die Pachten über 1923 hinaus verlängerten, aus der unreinlichen elle der 21 Forderungen von 1915, ursprünglich aber aus dem chinesisch-russischen, noch unreinlicheren Li-Lobanow-Vertrag stammen, der die Souveränität in der Mandschurei zum Zweck einer durch Rußland auszuführenden Rache an den Japanern an den Zaren ausgeliefert hatte. Ungesühnt ließ man von China aus den Angriff und die Verstümmelung des japanischen Generalstabsoffiziers Nakamura, den Angriff auf zwei japanische Eisenbahnbrücken und deren Aufliegenlassen durch chinesische Räubersoldateska. Der Name des Truppenteils, des Regimentskommandeurs (Kuan Yuheng d. III. NOR.-Armee-K.), der Verstümmelter sind in China und Japan bekannt! —

Dann erst schritt Japan zu allerdings durchgreifenden vorbeugenden Besetzungsmaßnahmen und führte in der Südmandschurei Krieg — bis auf den Namen, den man vermied, den nur Chiang-Kai-Shek in einer Drohung aussprach!

Das ist der nackte Rechtszustand in diesem Fall! Voraussetzung der Selbstbestimmung ist Haftenkönnen für die Ordnung auf dem eigenen Boden!

Das kann zur Zeit niemand in China. Daher Japans Chance.

Ein weiteres Symptom von weittragender Bedeutung am Jahresende 1931 ist das chinesische Nationalismus erzwungene Ausweichen der vom 21. 10. bis 11. 31 nach Hangchau einberufenen panpazifischen Tagung in letzter Stunde in das internationale Shanghai. Es verrät, um wieviel bodenstärker, erdvaltiger die gegenstrebige panasiatische Agitation und die geschickt von ihr hochbeitschte großchinesische Volksbewegung ist, als die mit soviel Kunst und Wissenschaft ins Leben gerufene panpazifische Ausgleichsbemühung. Aus vielen Gründen (vgl. „Transpacific“, 17. 9. 1931 v. o.), nachdem die letzte panpazifische Tagung 1929 in Kyoto (Japan) stattgefunden hatte, die nächste, die 1931 fällig war, in China sich abspielen, wozu die chinesischen Tagungsteilnehmer eingeladen waren. Aber die Wahl des Ortes war nicht leicht: Peiping schien zu sehr mit dem dortigen Regime verbunden, auch wohl zu unsicher; Shanghai wurde als Affront gegen die „Souveränität Chinas“ erklärt; in Kanton war eine Sonderregierung aufgeflackert; Nanking saß zwischen mehreren Stühlen. Schon boten die Nordamerikaner einen Ort für die Tagung an. Da schämte sich China. So fiel die Wahl auf das erreichbare, leidlich geordnete Hangchau. Nun aber hieß es plötzlich: Das Institut für pazifische Beziehungen sei eine maskierte imperialistische Organisation; es begünstige in Wahrheit die japanische Mandschureipolitik“ (obwohl die Chinesen in Kyoto ihren Standpunkt sehr breit vertraten!). „Unter dem Vorwand, die Beziehungen zwischen den Anrainern des Pazifik zu fördern, sei das Institut für pazifische Beziehungen bestimmt, den Einfluß der Imperialisten im Fernen Osten zu verstärken. Da aber die Überwältigung der Imperialisten eine von den Yatsens Hauptlehren sei, müßten die Völker des Fernen Ostens, die unter

deren Füßen stöhnten, zusammenstehen, um ihre eigene Erlösung zu betreiben statt Delegierte zur Panpazifischen Tagung zu senden, die den Einfluß der Imperialisten im Fernen Osten zu verankern habe.“

In dem Weichen der Ausgleichsbestrebungen vor dem hochflammenden chinesischen Nationalismus und seinen Hintermännern liegt kein gutes Vorzeichen für verschiedenlich friedliche Lösungen im Osten überhaupt: in der Mandschurei und sonst im Küstenmeerkorridor zwischen Japan und China, aber auch in Hinterindien, Indochina, Indonesien und Indien zwischen Ausgleichsfreunden und Selbstbestimmungsvorkämpfern — auch wenn Völkerbund und USA. mit stärkeren Händen in der von den SSSR. gesäten und üppig in der gelben Erde aufgegangenen Nesseln greifen würden, als sie es in Wirklichkeit zu tun wagen (s. Hangchau-Shanghai-Rückzug!).

Die Berichte 1931 dürfen nicht abschließen, ohne zweier, im Umfang aus der höchsten zusammengedrängter, aber an Gehalt und Wert einzigartiger Arbeiten in ihrer Auswirkung für überseeisches Verständnis indopazifischer Rückwirkungen auf Mitteleuropa zu gedenken: Josef März: „Die Ozeane in der Politik und Staatenbildung“ (Breslau 1931, Ferdinand Hirt) und Edwin Fels: „Das Weltmeer in seiner wirtschafts- und verkehrsgeographischen Bedeutung“ (Leipzig 1932, Quelle & Meyer).

Vorwiegend geopolitisch und politisch-geographisch gestaltet März, der verdienstvolle Vorkämpfer überseeischer Beobachtung von Machtverlagerungssymptomen (Wachstumspitzen!), auf dem winzigen Raum von 120 Seiten mit allerdings 36 sprechenden Karten und gediegenem Literatur- und Sachverzeichnis sein gewaltiges Thema, das gerade dem Binnendeutschen mit seinem zurückgeschnittenen Meerzutritt so unablässig angeschlagen werden muß, und bietet ihm ein ausgezeichnetes Rüstzeug.

Als Wirtschafts- und Verkehrsgeograph zeigt Edwin Fels, nach einer übersichtlichen Zusammenfassung des ozeanographisch unentbehrlichen Stoffes auf nur 45 Seiten mit 5 Abbildungen, die Wirtschaft des Meeres und den Seeverkehr in ihrer gleichfalls im Binnenland namentlich hinsichtlich des Wertertrags weit unterschätzten Bedeutung und geographischen Bedingtheit. Wer dem Forscher dabei für einige Sondergebiete Handreichungen leisten durfte, der weiß, welche bionerz fleißige, umfassende Vorbereitung und Sichtung, welche Fülle von Werkstoff der scheinbar so leichtfaßlichen Untersuchungen zugrunde liegt, wie schwer die Werte und Zahlen zu erlangen waren, die hier auf so schmalem Raum, in so gefälliger Form auf 151 Seiten geboten sind.

Erst Durchpflügen dieser inhaltschweren, einander ergänzenden ozeanopolitischen Leistungen verrät, welchen Gewinn sie für ein umfassendes Weltbild bedeuten, wieviel schwerer solche schlanke Bände mit Unentbehrlichem zu erfüllen sind, als viel breitere und anspruchsvollere mit lockererem Stoff von geringerem geopolitischen Wert, und welcher gediegene Gehalt als Grundlage geopolitischer Arbeit von der Erd- und Meereskunde übernommen werden muß, ehe auch nur an die An-

gründe geopolitischer Urteilsbildung herangegangen werden kann. Diese zwei gehören, vom indopazifischen Standpunkt aus gesehen, zu den Ecksteinen der geopolitischen Bücherei: beide ein Vielfaches dessen an Wert bietend, was dem Erwerber kosten!

(Abgeschlossen 28. 10. 31.).

OTTO MAULL:

Berichterstattung aus der amerikanischen Welt

Unterredung Lavals und Hoovers in amerikanischem Licht — Erklärungen des Senators Borah — Handelschurische Frage — Innere Lage der Vereinigten Staaten — Zerrüttung des kubanischen Wirtschaftslebens — Mexiko (Kabinettsbildung) — Kolumbien (Erschwerung der Wareneinfuhr) — Kanada (Einfuhrerschwerungen) — Peru (Präsidentenwahl) — Paraguay (Rücktritt des Präsidenten) — Brasilien (Nationalisierung der Arbeit; Einstellung des Zins- und Amortisationszinses) — Argentinien (wirtschaftliche Studienkommission) — Kultur Lateinamerikas und Lateinamerikakunde.

Es war ganz unvermeidlich, daß wir — ehrlich besorgt um die Lösung der Weltfrage — Hoffnungen auf die Unterredung Laval und Hoovers gesetzt hatten. Ob es ebenso unvermeidlich war, daß diese Hoffnungen enttäuscht wurden, ist viel weniger zwangsläufig zu erwarten. Es ist dem aber so. Das soll aber nur ein Zeichen einer uns wohl verständlichen Zeit genommen werden im Sinne eines Beitrags über die Besprechung im amerikanischen Lichte. Ob Laval selbst seine Rechnung gekommen ist, ist auch eine Frage; denn offensichtlich hat ihm bei dem Empfang der Einladung und bei der Ausreise eine weitgehendere Befähigung mit den Vereinigten Staaten vorgeschwebt. Der „Temps“ schrieb dazu: „In dieser entscheidenden Stunde führen die Vereinigten Staaten und Frankreich das Spiel der Welt.“ Auch er hat sich geirrt. Von einem „Spiel“ kann wenig die Rede sein. Es standen sich in Amerika, soweit das die Etikette des Besuchs angeht, fast solche Rücksichtnahme mißachtend, Kämpfergestalten gegenüber. Zu dem Spiel war auch die Kräftegruppierung zu ungleich. Später, als man den Verlauf der Unterredung überblickte und ihren Erfolg abschätzen konnte, hat man sie mit einem Handelsgeschäft verglichen und von einer Unterbilanz gesprochen. Das war wesentlich zutreffender. Wer sich freilich schon, wie es uns bei der Niederlegung des letzten Berichts noch nicht vergönnt war, über die Richtlinien orientieren konnte, die sich Laval gesteckt hatte, als er Frankreich verließ, der konnte es annehmen, daß Frankreich nennenswerte Zugeständnisse machen werde: „Die Welt hat große Hoffnungen geboren. Hüten wir uns vor Illusionen... In Washington werden wir in vier Tagen die Nöte der Welt nicht beheben. Wir werden unsere Ideen miteinander vergleichen. Ich werde dem Präsidenten Hoover sagen, was mein Land denkt, was es wünscht und was es tun kann.“ Um das zu erreichen, wird Laval nicht nach Amerika zu fahren brauchen. Das Denken und Wünschen

Frankreichs hat sich viel eindeutiger, als das bei einem Besuch in Worte gefaßt werden kann, zumal wenn Dolmetscher die Gedanken vermitteln, in seinem Handeln während der letzten zehn Jahre für jeden Einsichtigen offenbart. Die Linie, die Frankreich von sich aus zu verfolgen begehrt, liegt sonnenklar vor uns. Es war der Wunsch zu erfahren, wie sich sein Weg mit dem der übrigen Welt treffen sollte. Es ist leider kein Wegweiser aufgestellt worden, der aus der Wirrnis der Gegenwart herausführen könnte.

Zu bald hat sich auch die Erkenntnis verdichtet, daß es gar nicht um die Welt im ganzen oder um die vielen kritischen Fragen im einzelnen geht, sondern daß nur das Verhältnis Amerika—Frankreich im Vordergrund der Besprechungen zu stehen hätte. Diese Beziehungen haben immer offenkundiger gezeigt, daß dabei Amerika die Rolle des Schuldners gegenüber Frankreich hinsichtlich der kurzfristigen Forderungen der französischen Privatbanken, des Schatzamtes und der Notenbank trotz seiner ungeheuren Kapitalanlagen im Ausland und seines gewaltigen Goldbestandes zukäme. Amerika ist tatsächlich finanzpolitisch in einer ganz anderen Weise an Frankreich gekettet, als noch vor relativ kurzer Zeit erkannt wurde. Selbstverständlich ist dieser Wandel erst mit dem Übergreifen der Wirtschaftskrise auf Amerika allmählich eingetreten. Er erweist die Nutzlosigkeit der größten Goldhortung, wenn das Gold in der Wirtschaft nicht zu arbeiten vermag. Der Staat ist eben kein Privatmann, der von seinen Renten leben kann. Das gilt natürlich für den amerikanischen Staat genau so wie für den französischen Staat, dessen finanzielle Machtposition dahin ist, wenn die Krise auch in Frankreich einzieht. Es ist unmöglich, daß die Goldinsel Frankreich in einer splendid isolation auf Dauer existieren kann. Bis jetzt lecken allerdings nur die Brandungswellen der Krise an ihrem Gestade, an dem sie infolge der widerstandsfähigen französischen Wirtschaftsstruktur nur wenig abzubröckeln vermag. Bei solcher Position ist natürlich von Frankreich noch sehr wenig Nachgiebigkeit zu erwarten. Das hat der Versuch Amerikas, mit Frankreich in Unterhandlungen zu treten, gezeigt.

Die finanziellen Beziehungen zwischen Amerika und Frankreich sind aber keineswegs nur von der einen Seite getrübt. Viel zu groß sind die französischen Dollarguthaben, als daß der französische Sparer bei einer Erschütterung des Dollars nicht schwerste Verluste zu verzeichnen hätte. Während bei den Anzeichen einer solchen in anderen Staaten die Flucht aus dem Dollar eintrat, hat es Frankreich in Verhandlungen der Bank von Frankreich mit Amerika — unabhängig vom Lavalbesuch, aber parallel zu ihm — darauf angelegt, sich diese Dollarguthaben in Goldwert garantieren zu lassen. Die Folge davon sind die beträchtlichen Goldvers Schiffungen von Amerika nach Frankreich gewesen, die der Stützung des Dollars ebenso wie der Verteidigung der finanzpolitischen Situation Amerikas dienen sollen. Das Prinzip des Goldstandards soll weder in Amerika noch in Frankreich verlassen werden.

je mehr sich die „Ile de France“ dem amerikanischen Festland näherte, desto mehr ist eine starke Begrenztheit des Erfolges der Besprechung sichtbar geworden, wie sich gezeigt hat, daß Laval nicht geneigt war, beim Thema der Reparationsfrage irgendwelche nennenswerte Konzessionen zu machen, und daß Hoover nicht das geringste Verständnis für einen französischen Sicherheitspakt aufzubringen vermochte und an der Idee der Abrüstung festhält. In Amerika waren auch von vornherein die Erwartungen nicht hochgespannt. Man hielt die währungspolitische Verständigung, eben die Frage, die beide Staaten zu gleichen Teilen angeht, für am wichtigsten. Die ziemlich Ergebnislosigkeit des offiziellen Communiqués hat uns nicht mehr übermäßig überrascht. Es ist nichts weiter als eine höfliche Umdeutung der bestehenden Verhältnisse. Nichts von den kritischen Fragen wurde berührt. Praktisch ist Amerika, da es finanzpolitisch von vornherein im Nachteil ist, in der Reparationsfrage zur Passivität verurteilt, so daß im Hinblick auf das laufende Hoover-Feierjahr kaum irgendwelche amerikanischen Schritte zu erwarten sind. Auch die Abrüstungsfrage ist vertagt worden. Wie zu vermuten war, lag es vor allem um die Aufrechterhaltung des Goldstandards Frankreichs und der Vereinigten Staaten. Darauf kam es den Franzosen besonders an. Im ganzen ist der Laval-Besuch in Amerika Etappe, die unmittelbar nicht gar weit über den bisherigen Stand vorgetrieben worden ist, über deren tatsächliche Bedeutung aber die Zukunft unterrichten kann.

Die Reise hat aber in den Erklärungen des Senators Borah einen Zwischenfall gezeitigt, der an unmittelbarer Wirkung bedeutsamer zu nehmen ist als das Gespräch zwischen Hoover und Laval. Des Senators Eintreten für die Revision des Versailler Vertrags, die Annullierung der Kriegsschulden und die Zurechnung der Reparationsforderungen, nur soweit noch Kriegsschäden wieder gutzumachen seien — diese sind tatsächlich schon überbezahlt —, hat natürlich den französischen Staatsleiter sehr unangenehm berührt und in den Gefolgschaftsstaaten Frankreichs, namentlich in Polen und der Tschechoslowakei, zu ungeliebten Gegenäußerungen Veranlassung gegeben. Laval dürfte kühl ablehnend geantwortet haben. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß durch die Stimme des Senators ein guter Teil des einflußreichen Amerika zu Frankreich gesprochen hat, und daß man sich doch dabei auch nicht in Frankreich des Eindrucks erwehren konnte, daß nicht alle Welt Frankreichs Auffassung von der Regelung der politischen Weltkrise hat. In Parallele dazu mag gesetzt werden, daß über 2000 Papen der internationalen Methodistenkirchen die Aufhebung des Artikels über die Kriegsschuld fordern.

Das zweite Feld des augenblicklichen außenpolitischen Interesses der Vereinigten Staaten ist die mandchurische Frage. Die Aufrechterhaltung der Einbindung des Völkerbundes an die Union, einen Beobachter mit beratender Stimme delegieren, hat zunächst in Japan sehr verstimmt. Später hat dann Japan ein-

gelenkt. Die vereinsstaatliche Regierung, die schon vorher in Erinnerung an den Kelloggspakt den Völkerbund zur Festigkeit gegenüber Japan ermahnt hat, hat keinen Zweifel an ihrer Forderung auf Räumung der Mandschurei durch die Japaner gelassen.

Die innere Lage in den Vereinigten Staaten hat sich seit der letzten Berichterstattung kaum geändert. Den Bankzusammenbrüchen konnte kein Einhalt getan werden, weil sie sich aus der Vertrauenskrise der Einleger gegenüber den Banken ergeben. Der Diskontsatz der Bundesreservebank ist Mitte Oktober auf $3\frac{1}{2}\%$ hinaufgesetzt worden. Auf einer Tagung des amerikanischen Arbeiterverbandes sind Beschlüsse gegen eine obligatorische Arbeitslosenversicherung, gegen die Streichung der Kriegsschulden, solange nicht in den Schuldnerstaaten Ordnung geschaffen sei, und für eine Einschränkung der Einwanderung gefaßt worden. Die Union stimmt einem Flottenfeierjahr zu, sie verstärkt aber ihre Luftflotte. Ein Komitee, an dessen Spitze Murray Butler steht, studiert wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen gegenüber Staaten, die gegen den Kelloggspakt verstoßen. Ersatzwahlen zum Repräsentantenhaus haben Erfolge der Demokraten gezeitigt. Zum erstenmal seit dreizehn Jahren ist der Vorsitz in der Hand der Demokraten. Eine Schätzung der Einwohnerzahl New Yorks und seiner Vorstädte gibt 10,9 Millionen an. Über die zahlreichen Wirtschaftspläne, die die Depression in den Vereinigten Staaten beseitigen wollen, insbesondere über den Swopeplan, referiert Oberascher in „Wirtschaftsdienst“ (H. 44).

Paul Catz berichtet ebendort (H. 40) über die fast völlige Zerrüttung des kubanischen Wirtschaftslebens und ihre Folgen auf innerpolitischem Gebiet.

In Mexiko ist in ein neugebildetes Kabinett der ehemalige Präsident Calles wieder eingetreten. Kolumbien erschwert die Wareneinfuhr. 77 Artikel schließen es von dem Import aus. In anderen Fällen sind Zollerhöhungen um 25 bis 100% eingetreten. Kanada hat ähnliche Maßnahmen gegen Staaten getroffen, deren Valuta unter dem Kurs des kanadischen Dollars stehen, darunter gegen Italien, Spanien, Dänemark, Norwegen, Schweden und die Tschechoslowakei. In Peru wurde Sanchez Cerro zum Präsidenten gewählt. In Paraguay ist dagegen der Präsident zurückgetreten. Die politische Lage ist undurchsichtig. In Brasilien hat sich die Lage inzwischen kaum geändert. Die Ratschläge des Niemeyer-Guthaachens sind bis jetzt anscheinend nicht befolgt worden. Dagegen sind allerlei Maßnahmen zur Abschreckung des Auslandskapitals unternommen worden. Unter dem Programm der Nationalisierung der Arbeit ist es nur noch der Landwirtschaft und dem Bergbau freigestellt, Ausländer nach Belieben zu beschäftigen. In der Industrie und dem Handel müssen zwei Drittel der Angestellten geborene Brasilianer sein. Dazu ist die Einstellung des Zins- und Amortisationsdienstes für alle Anleihen der Städte und Staaten und für fast alle Anleihen des Bundes gekommen. Die Handelsbilanz ist nicht ungünstig. Die Löhne und die Kaufkraft des Milreis sind gesunken. Viele Fabriken sind zu Kurzarbeit übergegangen. Die Unzufrieden-

in Arbeiterkreisen ist groß (vgl. darüber Schück im „Wirtschaftsdienst“, H. 42).
Argentinien hat den Vorschlag Uruguays günstig aufgenommen, eine wirtschaftliche Studienkommission für die Staaten Argentinien, Uruguay und Brasilien zu bilden, die eine wirtschaftliche Union der drei Staaten auf der Basis des Freihandels vorbereiten soll. Das neueste Heft (1931, H. 3) des „Ibero-Amerikanischen Anzeigers“ bringt außer der wertvollen Bibliographie Hans Praesents und den Literaturbesprechungen Quellas, die als wichtigstes Referierorgan über Lateinamerika angesehen werden sind, mehrere Aufsätze, die der Kultur Lateinamerikas und Lateinamerikakunde gewidmet sind. R. Reinhard berichtet über den neuesten Ausbau der Südamerika-Abteilung des Museums für Länderkunde in Leipzig. Quelle gibt einen erschöpfenden Überblick über die Hochschulen in Lateinamerika (mit Verbreitungskarte). Den wertvollsten Beitrag hat Carl Troll in einer schönen Studie über „die geographischen Grundlagen der andinen Kultur und des Inkareiches“ beigezeichnet. Diese andine Kultur findet ihren Ausgang in der Bodenkultur, die ihrerseits ihre Grundlagen im Gebirge oder in unmittelbarer Gebirgsnähe, ganz besonders in der Punazone mit ihren Beckenlandungen und in den Oasenzonen des Gebirges, wo es an die trockene Ebene übergeht, gefunden hat. Geographische Voraussetzungen haben auch die Ausbreitung dieser Kultur richtunggebend und begrenzend beeinflußt.

(Abgeschlossen: 13. 11. 31.)

L. WITTSCHELL:

Die Ostsee als Lebensraum

Eine Betrachtung zum Ostseejahr 1931

Meere trennen und verbinden die Völker, sie bilden für kontinental eingestapelte Nationen Hindernisse, die nicht überschritten werden, sie locken andererseits von Natur der Seefahrt zuneigenden Völker zu Unternehmungen, zu kriegerischen Wagnissen sowohl wie zu friedlichen Entdeckungen. Das Ostseegebiet, ein nordeuropäisches Mittelmeer, das zwar niemals im Lauf der Geschichte so einheitlicher politischer Gestaltung unterworfen gewesen ist wie z. B. das südeuropäische Mittelmeer zur Zeit des Imperium Romanum, zeigt in der heute von uns zu übersehenden geschichtlichen und geopolitischen Entwicklung deutlich diese trennende und verbindende Wirkung des Meeres.

Für alle aus dem russischen und asiatischen Raum kommenden Völkerbewegungen, mögen sie friedlicher oder kriegerischer Natur gewesen sein, war die Ostsee stets eine Schranke, die nicht überschritten werden konnte. Finnen und Lappländer machten einen schwachen Ansatz zur Umgehung im Norden; Hunnen, Mongolen, Ungarn wählten mehr die südwestliche Richtung. Dadurch erhielten Südkandinavien und das nordwestliche Deutschland eine ausgeprägte Schutzlage, die es germanischen Stämmen ermöglichte, sich hier in einer bis auf den heutigen Tag erkennbaren und nachweisbaren Reinheit zu erhalten und relativ geringe Beimischung fremder Volksbestandteile zu empfangen. Andererseits schützte auch die östliche Ostseeküste außerhalb der Richtung der großen, aus dem Osten kommenden Völkerbewegungen, so daß sich hier in einer gewissen Abseitigkeit eine Reihe kleiner Völker bis auf den heutigen Tag ein Eigendasein bewahren konnte, wie z. B. Letten und Litauer, die Volkssplitter der Liven und Kuren bis vor 300 Jahren auch noch die alten Preußen.

Dieser Sperrwirkung, die die Ostsee allen von Osten kommenden Bewegungen gegenüber ausgeübt hat, entspricht auf der anderen Seite jene verbindende Tendenz, die sie unter dem Einfluß der see- und schiffahrtliebenden germanischen Völker seit frühen Zeiten bereits bis in unsere Gegenwart hinein erhalten hat. Befunde anthropologischer Untersuchungen zeigen deutlich die hier von Westen nach Osten hin gerichtete Ausstrahlung des nordischen Rassenelements, die Er-

der Vorgeschichtsforschung erweisen im ostbaltischen Gebiet aufs deutlichste skandinavischen Einflüsse; insbesondere für Ostpreußen ist es wichtig, daß enge Beziehung zu Skandinavien in der vorgeschichtlichen Zeit zu den besten Ergebnissen der prähistorischen Forschung der Nachkriegszeit gehört.

In der Völkerwanderungszeit saßen Goten in Südschweden (Göteborg, Gotland wie an der unteren Weichsel, unser noch heute erhaltener Landschaftsname Wermeland, lat. Warmia) findet sein Gegenstück in der schwedischen Landschaft Wermeland. Das südliche Küstengebiet der Ostsee, etwa der Raum zwischen Weichsel und Trave, war durch die in ostwestlicher Richtung verlaufenden Völkerbewegungen noch am ehesten in Mitleidenschaft zu ziehen. In das Gebiet, das hier nach dem Abzug der Germanenstämme infolge der Hunnennzüge leer blieb, rückten langsam slawische Stämme westwärts vor. Wie alle Slawen naturgemäß rein kontinental eingestellt sind, haben auch diese Stämme zur See kein Verhältnis gewinnen können und sind später in den nach Schwinden des Hunnendrucks hier wieder vordringenden germanischen Völkern, Deutschen und Skandinaviern, willig aufgegangen. Ein letzter Rest jener Folgen der Völkerwanderungszeit, der noch bis heute besteht, ist die Kaschubei, das einzige Gebiet, in dem das Slawentum heute an die Ostsee reicht. Auch dieser slawischen Ost-West-Beziehung gegenüber erwies sich die Ostsee schließlich als hindernde Barre, während sie den weiteren, von West nach Ost gerichteten Einflüssen und Unternehmungen ein aufgeschlossener, erfolgsverheißender Raum wurde.

Von Westen nach Osten ging die Ausbreitung des Christentums, dessen Zentrum nördlich des Finnischen Meerbusens die Schweden, südlich davon die Deutschen waren, und Hand in Hand damit jene kulturelle Beeinflussung der ostbaltischen Bevölkerung, die dem Vordringen des osteuropäischen Kulturbereichs wesentlichen jedenfalls bis auf den heutigen Tag erfolgreich Widerstand geleistet hat. Ohne dies Kulturwerk der Schweden in Finnland, der deutschen Hansevertritter und lübschen Kaufleute im Gebiet des heutigen Estlands und Lettlands und des Deutschen Ordens in Preußen wäre auch die Entwicklung der deutschen Hanse im Ostseegebiet nicht denkbar gewesen. Der festgefügte Ordensstaat der Narwa bis westlich der Weichsel war die politische Voraussetzung und der feste Rückhalt jener von Lübeck ausgehenden deutschen kommerziellen Vormachtstellung im Ostseegebiet während des 14. Jahrhunderts. Und beides, die politischen und wirtschaftlichen Kraftlinien, die den Westen mit dem Osten verbanden, haben schließlich auch zum Siegeszug der Reformation in den Ostseeländern geführt. Die Ostsee ist heute ein protestantisches Meer geworden, und alle an ihr lebenden Völker sind damit durch Gemeinsamkeit der Konfession und kulturellen Bindung einander verbunden. Als der Dreißigjährige Krieg diese Gemeinsamkeit der Ostseevölker und die innere Einheitlichkeit des Ostseeraums bedrohte, schloß sich aus der Schutzlage des skandinavischen Raums heraus jener Zug Gustav

Adolfs, der vor nun gerade 300 Jahren bei Breitenfeld die Glaubenseinheit der Ostseevölker sicherte.

Die Folgezeit sieht bei der damaligen Schwäche und Zersplitterung im deutschen Raum Schweden für lange Zeit zur baltischen Vormacht werden, und viel später und sehr langsam erst geht diese Stellung wieder auf den deutschen Raum über, auf das aufstrebende Preußen über, das 1815 endlich in den Besitz der schwedischen Schlüsselstellung in Vorpommern gelangte und 1864/66 in Schleswig-Holstein das Ausgangsgebiet der alten Hanse erhielt. An die Stelle von Lübeck trat jetzt Kiel. In der Übergangszeit der baltischen Vormachtstellung von Schweden an Preußen war es jedoch dem russischen Raum gelungen, sich seit 1721 in zweihundert Jahre von Riga bis Wiborg, seit 1815 für einhundert Jahre in breiter Front von Libau bis Haparanda an die Ostsee heranzuschieben. Dies russische „Fenster nach dem Westen“ wurde indessen nicht nach außen, sondern nach innen der geopolitischen Tendenz des Ostseeraums entsprechend nach innen geöffnet, es sollte ja nach dem Willen Peters des Großen nicht Rußland nach dem Westen, sondern den Westen nach Rußland führen. Alle entgegengesetzten Bemühungen späterer Nachfolger mußten erfolglos bleiben.

Mit dem Untergang des petrinischen Rußlands, das gerade zweihundert Jahre bestanden hat, wurde auch dies Fenster nach dem Westen bis auf einen ganz kleinen Spalt wieder geschlossen. Eins der wichtigen Ergebnisse des Weltkrieges ist, daß der Einfluß des russischen Raums nach einigen Jahrzehnten vergeblicher Russifizierungspolitik fast völlig von der Ostsee zurückgedrängt ist. Finnland und die baltischen Völker, die trotz politischer Zugehörigkeit zu Rußland immer Bestandteile des europäischen Kulturkreises geblieben waren, sind damit offen in die Gemeinschaft der Ostseestaaten zurückgekehrt. Die immanente geopolitische Tendenz des Ostseeraums hat damit folgerichtig die russische Herrschaft an der Ostsee offen zu dem werden lassen, was sie in Wirklichkeit immer war, zu einer Episode.

Das geopolitische Bild der Nachkriegszeit zeigt bei allem Bestehen von Gegensätzen ein allmähliches Bewußtwerden der gemeinsamen Interessen der Ostseevölker. Namentlich bei den ostbaltischen Staaten tritt Angesichts der Nachbarschaft des russischen Raums das Bedürfnis nach Anlehnung an die west- und südbaltischen Staaten deutlich hervor. Ein Zeichen dafür ist die herzliche Einvernehmen, das zwischen Deutschland und Finnland besteht, ein anderes der jubelnde und begeisterte Empfang, der vor einigen Jahren dem Schwedenkönig bei seinem Besuch in Reval und Riga bereitet wurde, ein drittes Zeichen endlich sind die engen wirtschaftlichen Beziehungen, die alle ostbaltischen Staaten von Helsingfors bis Kowno heute mit dem deutschen Raum verbinden. So gehen auch in der neuen Zeit die geopolitischen Kraftlinien im Ostseeraum allgemein westöstlicher Richtung hinüber und herüber.

ne Gefährdung dieser natürlichen und für die Entwicklung der Ostseer gedeihlichsten Beziehungen ist seit der Zurückdrängung Rußlands jedoch von anderer Seite her eingetreten. Die Schwäche im deutschen Raum infolge des Krieges begünstigte die Entstehung des Weichselkorridors, der dem Erdgemisch des polnischen Staates über die Sandfelder der Kaschubei einen territorialen Zugang zur Ostsee eröffnete. Das trotz aller amtlichen Propaganda Herzen völlig unmaritime polnische Volk bemüht sich seitdem, baltische Politik zu treiben und in der Gemeinschaft der Ostseevölker Anerkennung zu finden, obwohl es den kulturell so viel höherstehenden Ostseeeationen nichts anerkennen kann. Polen gibt sich dabei den Anschein, die alte westöstliche Richtung der politischen Kraftlinien im Ostseeraum in solche nordsüdlicher Tendenz umzuwenden zu wollen, in Wirklichkeit jedoch kann es sich hier der westöstlich getriebenen geopolitischen Tendenz im Ostseeraum auf keinen Fall entziehen. Daher seine wiederholten Anstrengungen, einen ostbaltischen Block von Helsingfors bis Warschau zu scharfen, immer ohne Erfolg geblieben, während andererseits die Tatsache der Anwesenheit Polens an der Ostsee den deutschen Raum auf der östlichsten Seite stört und beeinträchtigt. Alle baltische Politik Polens, des mit der Ostseeunion kulturell niedrigststehenden aller derzeitigen Anliegerstaaten der Ostsee, ist belanglos gegenüber der Bedrohung Ostpreußens und der Ostseemündung, die die Schaffung des Korridors geopolitisch einfach mit sich bringen mußte. Das geopolitische Problem des Ostseeraums ist daher heute der westliche Korridor, der infolge plötzlicher Schwäche im deutschen Raum einerseits, nicht völlig beseitigten Folgeerscheinung der alten Hunneneinfälle zu andererseits stützmäßiger Bedeutung verhalf. Nicht etwa Polen, sondern Kaschuben, der Rest jener nach den Hunnenzügen zur Ostsee vorgedrungenen Westslawen, ohne innere Beziehung zum Meere heute zufällig auf schmalen Abschnitt im Osten des Korridors bodenständig. Das polnische Volk kann nicht einmal die unmittelbare Nachbarschaft zur Ostsee für sich in Anspruch nehmen, aus äußeren und inneren Gründen ist es ein Fremdling im Kreise der Ostseevölker. Vom Westen, vom deutschen und vom skandinavischen Raum aus, ist das Ostseebiet abwechselnd mehrfach sowohl politisch wie wirtschaftlich und kulturell am nachhaltigsten beeinflusst und gestaltet worden; der Osten hingegen, der slawische Raum, mit seiner allem Seewesen im Innern abholden Bevölkerung hat den Ostseeraum im allgemeinen hilflos gegenübergestanden. Gemäß der nach Osten weisenden Tendenz des baltischen Raums hat die Gemeinschaft der Ostseevölker immer noch alle von Osten kommenden Bewegungen und Völker wieder abzuwehren können. Dies Ergebnis einer kurzen Betrachtung über die Geopolitik des Ostseeraums darf nicht nur gerade angesichts der derzeitigen Entwicklung der Ostsee den aufmerksamen Beobachter mit ruhiger Genugtuung erfüllen, sondern weit darüber hinaus Europa darauf hin, daß viel mehr als ein Staat, der

durch seinen Meereszugang stets von seiner nach Osten gerichteten Aufgabe gelenkt wird, die geopolitische Einheit des Ostseeraumes und die kulturelle Einheit der Ostseevölker einen sicheren Schutz vor dem Ansturm des östlichen Bolschewismus gewähren kann.

ERNST RÜDENBERG:

Die Wirtschaftsprovinzen Chinas II

III

Je mehr die internationale Agrarwirtschaft für den Export arbeitet, je mehr die Anwendung von Maschinen fortschreitet, um so ähnlicher werden die Probleme der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion, verknüpfen sich die Interessen von Dorf und Stadt, Binnenland und Küste. Die Chinesen haben diese wirtschaftlich notwendige Umstellung bislang noch nicht oder sehr unzureichend vorgenommen. Sie konnten es nicht, solange sie abgeschnitten vom Weltmarkt lebten. Zum Beispiel erfolgt die Seidengewinnung außer in den Provinzen Kiangsü, Chekiang, Kwantung nur im Nebenberuf*). Absolut ist der Export von Seide in den letzten Jahrzehnten gestiegen, relativ zur japanischen Ausfuhr und zum Weltseidenverbrauch außerordentlich zurückgegangen.

Die Teeausfuhr dagegen ist absolut gesunken**). Bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts war China der einzige Tee exportierende Erdteil. Um 1840 erfolgt die ersten indischen Verschiffungen nach London, 20 Jahre darauf fangen die USA. und Canada an, Japan-Tee zu kaufen, und in den 1870er Jahren entdecken die Londoner den Ceylon-Tee. Der Hauptkäufer bis 1917 war das zaristische Rußland.

*) Die Aufzucht der Raupen geht in China in den kleinen bäuerlichen Betrieben vor sich, meist bei natürlicher Temperatur, während die Abhaspelung der Kokons schon teilweise in industriellen Betrieben erfolgt. Die Raupenzucht in Japan geschieht dagegen in großen beheizten Räumen, was eine frühere Entwicklungsreife der Raupen herbeiführt und eine Vielfachung der Kokonernten ermöglicht. Weitere Gründe zur Überlegenheit der japanischen Seidenproduktion sind wissenschaftliche Methoden der Fütterung und der Eierauswahl. Je saftigere, kräftigere Nahrung der Wurm erhält, desto stärker ist nachher der Seidenfaden. Die Ausscheidung ungesunder Eier ist besonders wichtig, da ein kränklicher Kokon die übrigen gesunden verdirbt. Soweit Japan Rohseide exportiert, geschieht dieses nur aus fabrikmäßig gezüchteten Kokons, die eine gleichmäßige, weltmarktfähige Qualität ergeben. — Seidenausfuhr (1 picul = 60 Kilo):

China: 1870	45,824 piculs	1928	142,000 piculs
Japan: 1870	6,820 „	1928	530,000 „

1929 waren ca. 80% der Seidenwebereien in Chekiang und Kiangsu geschlossen. Die jährige Ernte soll besonders schlecht ausfallen.

**) Teeausfuhr Chinas:

1876	1,760,000 piculs	1917	1,125,000 piculs
1886	2,220,000 „	1928	926,000 „

Sowjets schränkten die Tee- wie alle Lebensmitteleinfuhr sehr ein und verboten, im Kaukasus Teeplantagen anzulegen. Nach dem Eisenbahnstreit von 1929 wurden russische Teekäufe gänzlich auf. Der Hauptgrund für die Verdrängung des russischen Tees vom Weltmarkt liegt an den unwissenschaftlichen Methoden, nach denen er angebaut und verlesen wird (noch keine Anwendung von Maschinen). Er erreicht weder das feine Aroma des Ceylon-Tees noch die Gleichmäßigkeit der in anderen Ländern gezüchteten Qualitäten. Chinesen werfen der Regierung vor, sie nicht die nötige Energie zur Verbesserung des Teehandels aufgebracht habe; es fehle an Finanzierungsbanken, die den Farmern entsprechende Kredite zur Verfügung stellten; es fehle an eigenen Schiffen zur Senkung der Transportkosten auf ein international konkurrenzfähiges Maß.

Die Schaffung einer nationalen Zuckerindustrie ist ein Hauptprogramm der Nankingregierung. Der Konsum von Zucker pro Kopf der Bevölkerung hat zwischen 1912 und 1927 mehr als verdoppelt. Die Folge ist, daß die Zuckereinfuhr mit 120 Mill. Mex. Dollars einer der wichtigsten Passivposten der chinesischen Handelsbilanz ist. Der Zollltarif von 1931 hat dieser Sachlage erstmalig Rechnung getragen; die Einfuhr von raffiniertem Zucker ist erheblich verteuert. Im Frühjahr 1932 war daher eine kubanische Wirtschaftskommission in Nanking und vor kurzem die Eröffnung einer chinesisch-kubanischen Zuckerraffinerie in Shanghai beschlossen worden. Die Provinzen Kwantung, Fukien und Szechuan sind besonders für den Anbau von Rohrzucker geeignet, der ein erwünschter Ersatz für die verbotene Anpflanzung von Opium ist. In der Mandschurei, Hopeh, Shansi und Szechuan sind alle Voraussetzungen für eine große Rübenzuckerernte vorhanden. In den letzten Jahren mußten bestehende Zuckerfelder aufgegeben und zum Getreideanbau verwandelt werden, da die billige ausländische Einfuhr jede Rentabilität ausschloß.

Für den Anbau von Tabak sind die Provinzen Shantung, Honan und Anhwei besonders geeignet, obwohl er in vielen anderen Distrikten ebenfalls gezogen wird. Die Zigarettenfabriken in Shanghai sind von besonderer Bedeutung. Konsum und Einfuhr haben in den letzten Jahren kolossal zugenommen; die Chinesen scheinen dem Laster genau so widerstandslos zu verfallen, wie früher dem Opium. 100 Mill. Mex. Dollars gelten als investiert. Der neue Zollltarif hat sich dieser wie aller anderen Importe sehr wohlwollend angenommen; die Sätze für konsumfähige Zigaretten sind sehr erhöht, dagegen für Zigarettenpapier herabgesetzt worden.

Baumwolle ist seit alters her gepflanzt worden. Nach 1900 setzte vorübergehend eine beträchtliche Ausdehnung der Baumwollsaat auf Kosten der Seidenkulturen ein. Zwischen 1881 und 1891 kam es zur Gründung der ersten Spinner- und Webereien. Von letzteren sind noch mehr als 50% in japanischen Händen, während 70% der Garnproduktion mit chinesischem Kapital betrieben wird. Silberpreise und niedrige Arbeitslöhne ermöglichten im Januar 1931 eine Ausfuhr von

4000 Ballen Garn nach Japan, während der Monatsdurchschnitt in der ersten Hälfte des Vorjahrs nur 100, in der zweiten Hälfte mehrere hundert Ballen betragen hatte. Fast zwei Drittel der Baumwollfabriken liegen in der Provinz Kiangsu, ungefähr die Hälfte in Shanghai. Ziel sowohl der Regierung wie der „Chinese Mill Owner's Association“ ist die vollständige Vernichtung der ausländischen Spinn- und Weber. Die chinesische Baumwollindustrie steht, auf längeren Zeitraum betrachtet, vor einer guten Zukunft; eine Entwicklung, von der zunächst nur das untere Yangtsegebiet Nutzen haben wird. Die überragende Rolle, die zur Zeit noch die Textilindustrie spielt, entspricht dem Eintritt Chinas in das frühkapitalistische Stadium*). Von einer einheitlichen, über das Reich verteilten Industrie kann noch nicht die Rede sein; es handelt sich bisher um lokale Industrien in einzelnen Städten**).

IV

Shanghai, am Ausgang des Yangtzefflusses, ist das Zentrum des chinesischen Finanzkapitals. Auf den Besitz dieses Welthafens gründet sich die Macht der Nankingregierung. Solange Eisenbahnen und Kanäle nicht das ganze Land durchqueren, ist der Yangtze die wichtigste Güterverkehrsstraße Chinas. Die Entwicklung des Rohstoffhandels im Yangtzedelta führte zu der außerordentlichen Bevölkerungszunahme in den Provinzen Kiangsu, Anhwei, Chekiang und Shantung. Hier ließ eine kapitalistische Kaufmannschaft als neue Gesellschaftsklasse entstehen, veränderte von Grund auf die Lebensbedingungen des chinesischen Volkes. Die Revolution begann.

Das reine Handelskapital kann sich seiner Natur gemäß auf die Küstenprovinzen beschränken; das Industriekapital muß den Bodenschätzen nachgehen. Die Entwicklung moderner Industrie wird somit das Binnenland wirtschaftlich und kulturell den Küstengebieten wieder näherbringen, die Entfremdung ausgleichen, die während der Herrschaft des Handelskapitals eingetreten ist. Bewußtes wie unbewußtes Begreifen dieses Zusammenhanges rief den Industrienationalismus Sun Yat-sens, die revolutionäre Kraft der Kuomin-Ideologie, hervor.

Die Neben- und Abfallprodukte der chinesischen Landwirtschaft können durch den Yangtze entlang mit relativ niedrigen Kosten das Meer erreichen. Das Ausland hat steigendes Interesse für solche Produkte (Därme, Häute, Felle, Borsten, Feder-

*) In Shanghai sind von 293 Mill. mex. Dollars 65% in der Textilbranche investiert (fast ausschließlich Baumwollspinnereien); in Tientsin von 31 Mill. Doll. ca. 7%. In Hankow, Wusung und Kanton liegen die Verhältnisse ähnlich; in den beiden letztgenannten Städten ist der Anteil der Seidenspinnereien größer.

**) In Shanghai u. a.: Baumaterialien-, Papier-, Mühlen-, Glas-, Pflanzenölindustrien; Tientsin u. a.: Salz-, Mühlen-, Streichhölzer-, Sodaindustrien; Nord- und Mittelchina: Mühlen- und Streichhölzerindustrien.

schus, Wolle, Menschen- und Tierhaare) bekundet, die heute wichtige Posten der chinesischen Handelsbilanz ausmachen. Biehl hat vor einiger Zeit in der „Ostasiatischen Rundschau“ gesagt, daß an und für sich die Besitzer diese Nebenprodukte zu jedem und dem geringsten Preis abgeben können, da sie keine eigenen Herstellungskosten haben. Je mehr aber die Not der Bauern gewachsen ist, desto zwendiger werden sie mit diesem Sondernutzen rechnen müssen. Äußerst schwierig ist die Lage für die Zwischenhändler geworden, die unter für europäische Verhältnisse unvorstellbaren Abenteuern ihre Waren durch die Kriegszonen in Szechuan, Honan, Hunan usw. nach Shanghai befördern. (Daß das überhaupt gelingt, kann nur durch die jahrtausendlang vererbte asiatische Geduld und Fleißigkeit erklärt werden; Europäer wären hier längst endgültigem Verderben preisgegeben.) Sie sind gezwungen, den weiter im Binnenland wohnenden Händlern der Uerzeugern sehr hohe Kredite einzuräumen und laufen so ein großes Kontrakturrisiko. Die Kreditverschachtelung über das gesamte schiffbare Yangtztal, die nur einmal, zu chinesisch Neujahr, glattgestellt wird, ist ein kunst- und planvoll arbeitendes Wirtschaftssystem, dessen teilweise Durchbrechung durch die letztjährigen Silber-, Revolutions- und Naturereignisse die Not in den Binnenprovinzen katastrophal verschärft hat. Die Lebensinteressen der Küsten- und Binnenprovinzen wachsen immer mehr zusammen. Die Bewohner der westlichen Provinzen können nun, trotz ihres traditionellen Verharrens diesem Tatsachenverhalt von Tag zu Tag weniger entziehen. Die politischen „Überlandwirkungen“ der Nankingregierung sind ökonomisch und wirtschaftsgeographisch verursacht.

Um West- und Südchina zentralistisch regieren zu können, bedarf es eines gemessenen, ausgedehnten Verkehrsapparates. Die asiatischen Entfernungen werden die Technik vor neue Aufgaben stellen. Die Vorbedingung für die Einheit Chinas lautet: Transport von Waren, Arbeitskräften, Soldaten auf einem Minimum an Zeit bewerkstelligen zu lernen. Fliegende Kommandos: heute zur Bekämpfung von Räuberbanden, morgen zum Schutze der Staudämmen. „Chinesische Stoßbrigaden!“ Der Bau von Eisenbahnen und Landstraßen erfordert die Existenz einer eigenen Industrie, mit deren Aufbau die Nankingregierung steht und fällt. Ohne ausgedehntes Verkehrsnetz werden immer wieder hier und dort ehrgeizige Generale und unzufriedene Politiker, gestützt auf hungernde Massen, neue Revolten anzetteln. Selbst wenn Euramerika heute in der Lage wäre, China mit Milliardenkrediten zu helfen, solange nicht die Verteilung heimischer und importierter Lebensmittel von der Küste bis zum äußersten Nord- und Südwesten reibungslos funktioniert, wäre alle „Philanthropie“ vergebens. Sun Fo, der Sohn Sun Yat-sens und ehemaliger Verkehrsminister der Nankingregierung, war auf der vor einigen Monaten einberufenen „Wirtschaftskonferenz“ der eifrigste Sprecher für radikale Industrialisierung. Die Diskussion führte so weit, daß ein generelles Verbot für ausländische Unternehmungen in Erwägung

gezogen wurde*). Der Aufbau von Produktionsmittel-Industrien hat die genügende Versorgung mit Kohlen zur Voraussetzung. Bei der Beschlußfassung über den Bau eines Regierungs-Stahlwerkes in Pukou (bei Nanking) war eine der schwierigsten Fragen die des Kohlenbezuges. Trotz der großen Entfernung soll die Versorgung per Eisenbahn aus den Kailangruben erfolgen. Das Kapital der Kailangruben bei Tientsin ist zu 60% englisch. Die ergiebigsten mandschurischen Kohlenfelder, die Fushungruben bei Mukden, sind in japanischem Besitz, das Haupthindernis für den Aufbau der nord- und mittelchinesischen Montanwirtschaft.

V

Die Eröffnung neuer Eisenbahnstrecken wird eine Verstärkung der Abwanderung vom Land in die Städte zur Folge haben. Wer die Lebensverhältnisse der Shanghai-Fabrikarbeiter aus eigener Anschauung kennt, weiß, daß diese Menschen nur in äußerster Not von Dorf und Sippe fortzutreiben vermag. Eine Untersuchung von 100 Arbeiterfamilien im „Yangtzepoodistrikt“ des „International Settlements“ stellte fest, daß 56 Familien aus der Provinz Kiangsu stammen und 33 aus Chekiang, 3 aus Shantung, je 1 Familie aus Anhwei, Hupeh und Kiangsi zugezogen sind. Bevölkerungspolitisch ergibt sich die Tendenz, daß die Abwanderung aus den Gebieten mit geringerer Bevölkerungsdichte in die Gebiete mit starker Bevölkerungsdichte stattfinden wird. Die Entwicklung der Industrie — zunächst in den Küstenprovinzen — würde einen Teil der Neuankömmlinge Arbeit verschaffen. Solange aber die Lage in der chinesischen Landwirtschaft sich nicht bessert, muß der Druck der Reservearmee immer heftiger werden. Dieser Prozeß ist bis jetzt in den allerersten Anfängen, ebenso wie die Bildung einer spezifischen Industriearbeiterschaft. Haushofer betonte daher mit Recht: „Wir finden überraschenderweise den Druck der Außenlandschaften geringer als den des zentralen Chinas ...“ (**). Ein großes arbeitsloses Proletariat in den Küstenstädten muß auf die Dauer eine Regierung, die unfähig ist, die Massen

*) Beschlüsse und Diskussionsthemen der „Wirtschaftskonferenz“ (auszugsweise wiedergegeben):

Punkt 1) Beseitigung der Exterritorialrechte.

- „ 2) Streichhölzer- und Töpfereiwarenindustrien als Vorbilder. Zunächst sind zu fördern: Seiden-, Soyabohnen-, Porzellanindustrien.
- „ 6) Entwicklung von Schlüsselindustrien: Eisen- und Stahlwerke, Kohlenminen, Baumwollspinnereien, Textil-, Papier-, Kunstseidenfabriken, Zuckerraffinerien, Fabriken für Essig-, Bor-, Salpeter-, Schwefelsäure.
- „ 7) Einführung moderner Methoden in der Landwirtschaft zum Zweck der Exportförderung.
- „ 8) Lage der Arbeiterschaft nur durch industrielle Entwicklung verbesserungsfähig.
- „ 9) Arbeitslosigkeit ebenfalls nur durch Industriebau behebbar.
- „ 10) Eigene Schifffahrtslinien zur Verstärkung des Außenhandels.

**) Vgl. ausführlich K. Haushofer: „Wanderwucht der Monsunländer“, Märzheft 1931 Z. f. Geopolitik.

Land zurückzuführen, stürzen oder zu politischem Imperialismus führen, kann wird nur so lange internationale Flottenabkommen unterzeichnen, als noch eine schlagfertige chinesische Marine existiert.

Im Augenblick gibt es für den chinesischen Bevölkerungsdruck noch ein Abzugsmittel: die Mandschurei*). Hinzu kommen die neugegründeten Siedlungsprovinzen in der inneren Mongolei: Jehol, Chahar und Suiyan. In den Städten Kalgan (Chahar) und Suiyan hat die Nankingregierung Einwanderungsämter eingerichtet, die mit den Viehzucht treibenden Mongolen über Freigabe ihrer Weideplätze verhandeln. Die Mongolen ziehen nach Norden ab; die nachrückenden Chinesen verwandeln den erworbenen Boden in Ackerland. Die Basis der Besiedlung bildet Paotow, Endstation der Peking-Suiyan-Bahn*). Außer Emigranten der durch Bürgerkrieg und Bodenunfruchtbarkeit besonders hart getroffenen Provinzen Honan, Shantung, Szechuan, unternimmt die Regierung den Versuch, die ehemaligen Shansi- und Manchinchuntruppen hier anzusiedeln**), die, solange sie nicht demobilisiert sind, eine stete Gefahr bilden. Der soeben niedergeschlagene Aufstand des Generals Yu-san (monatelanges Ausbleiben der Lohngelder) hat das von neuem gezeigt. Das Siedlungsdorado aber ist die Mandschurei. Entweder mit der Peking-Mukden-Eisenbahn oder per Schiff über Dairen, Yingkow, Antung wanderten 1923 bis 1926 400—600 000 Chinesen in die Mandschurei ein, 1927 aber ca. 1,2 Millionen. 1922 bis 1925 kehrten ca. 50% nach Beendigung der Erntearbeiten zurück. Dagegen betrug 1927 z. B. der Anteil der über Dairen (Ein- und) wieder Abgewanderten nur noch 25% gegenüber 60—70% in den Vorjahren. Die übrigen 75% wurden in der neuen Heimat sesshaft. Die landwirtschaftliche Anbaufläche hat sich seit 1907 annähernd verdoppelt. Da sie sich um das 3- bis 4fache erweitern läßt, ist allein durch agrarische Produktion eine Bevölkerungsvermehrung um das 3- bis 4fache auf 90 bis 120 Millionen Einwohner gegeben. Erst dann beträgt die Bevölkerungsdichte pro qkm 100. — So phantastisch groß aber auch der manchurische Siedlungsraum ist, für den Bevölkerungsdruck eines modernen, industrialisierten Chinas wird er nicht ausreichen.

Wir fassen zusammen: Die Küstenprovinzen Shantung, Kiangsu, Chekiang, Anhwei und Szechuan sind in das frühkapitalistische Stadium eingetreten. Die manchurischen Provinzen Heilungkiang, Kirin, Fengtien arbeiten nach modernen Methoden; sie bilden einen integrierenden Bestandteil des internationalen Agrarmarktes. — Die Binnenprovinzen Szechuan, Honan, Anhwei, Kiangsi produzieren noch in der alten Weise; der Handel mit den sog. Nebenprodukten überwiegt ihre

*) Vgl. v. Zanthier: Nanking, in „Archiv für innere Kolonisation“ Oktober 1929, November 1930.

**) Vor allem kommt die Provinz Chahar in Frage, die aus dem nördlichen Teil des früheren Shansi und aus dem nördlich an Shansi grenzenden Teil der inneren Mongolei gebildet wurde.

Bedeutung als Ackerbauländer. Wachsende Nachfrage nach den tierischen Erzeugnissen dieser Gebiete, die damit beginnende Verflechtung in die Weltwirtschaft haben bisher nur quantitative Veränderungen der Produktions- und Lebensverhältnisse, aber noch keine qualitativen hervorgerufen. — Shensi, Shansi, Hopeh, die rückständigen Provinzen des Nordens, werden mit den mandschurischen Provinzen zum landwirtschaftlichen Exportgebiet zusammenwachsen. Die Kolonisation der Provinzen Jehol, Chahar, Suiyan (innere Mongolei) und Kansu wird China den nördlichen und westlichen Sibirien näherbringen. — Die Bergprovinzen des Südens Kwangsi, Kweichow und Yunnan, für die sich die Amerikaner in den letzten Jahren interessierten, zählen zu den größten mineralischen Vorratskammern der Welt; aber der jetzige Stand von Technik und Verkehr verhindert eine baldige Ausbeutung. Zunächst ist mit der Entwicklung des nordchinesisch-mandschurischen Bergbaus (Fengtien, Chihli, Shansi, Shensi) zu rechnen, mit der Entstehung von Produktionsmittel-Industrien zwischen Yangtzekiang und Hwang-Ho *).

PAUL FREYE:

Die Sungari-Linie

Als uns nachfolgende Notiz zum Abdruck zur Verfügung gestellt wurde, ist nicht vorauszusehen, wie bald die chinesisch-japanischen Interessengegensätze in der Mandschurei zur kriegerischen Auseinandersetzung zwischen beiden Staaten führen würden. Die Notiz, die der Verfasser aus chinesischen Quellen zusammenstellte, hat aber darum ihren Wert nicht verloren, weil aus ihr die große Bedeutung der Mandschurei für China klar wird und weil sie schlaglichtartig erhellt, welche weitgesteckten bahnbaulichen Pläne der chinesischen Nationalregierung jäh unterbrochen wurden und vielleicht überhaupt in Frage gestellt werden.

Die Schriftleitung

Wichtiger Bahnbau in der Mandschurei. — Liefermöglichkeiten für die deutsche Industrie.

Die Mandschurei hat unter dem von der chinesischen Zentralregierung fast unabhängigen Regime des vor zwei Jahren bei einem Eisenbahnattentat auf der Strecke Peking—Mukden ermordeten Marschalls Tschangtsolin und darauf seines Sohnes, des Generals Tschang-hsü-liang, einen geradezu phänomenalen Aufschwung erlebt. Von knapp zwei Millionen Menschen um die Jahrhundertwende ist die Bevölkerung in drei Jahrzehnten auf 28 Millionen, darunter nur 200 000 Japaner und ebenso viele Russen, angewachsen. Vor allem liegt das an der großen Fruchtbarkeit des Landes, das ja mit Recht als das chinesische Kalifornien bezeichnet werden kann und mit seiner riesigen Bodenfläche von 939 000 qkm noch Platz für ein Vi-

*) Alle genannten China betreffenden Zahlen sind bei der Ungenauigkeit chinesischer Berichte und Statistiken nur als „Richtziffern“ der Entwicklung zu werten.

hes seiner heutigen Einwohnerzahl bietet. Dieser Umstand und die Tatsache, daß unter der Verwaltung der beiden Tschang, Vater und Sohn, das Land, trotz eigentlicher Schwierigkeiten mit den beiderseits stark interessierten Japanern und Russen, im Gegensatz zum übrigen China fast gänzlich von Kriegen und inneren Kriegen verschont blieb, waren die Hauptursachen zu dieser raschen Entwicklung. Die chinesische Verwaltung ist natürlich dauernd bestrebt, den Einfluß der Japaner und Russen, die nach wie vor auf den Vertragsrechten in ihren betreffenden Interessensphären bestehen, nach Möglichkeit immer mehr einzuschränken. Diesen Bestrebungen der Mukdener Regierung ist es ja auch gelungen, daß die unter dem Namen Ostchinesische Bahn durch die Mandschurei führende Strecke der transsibirischen Bahn über Charbin nach Wladiwostock nunmehr gemeinsam von Chinesen und Sowjetrussen verwaltet wird. Die von Charbin in südlicher Richtung über Mukden bis zu den japanischen Häfen Dalny und Port-Arthur in der Halbinsel Liaotung führende Südmandschurische Bahn nebst mehreren Nebenbahnen, darunter die Strecken Tschangtschun—Kirin, Taonan—Tsitsihar, Ssu-ghakai—Taonan, Kirin—Hailung sowie Mukden—Peking (Peiping) stehen nach wie vor unter japanischer Kontrolle. Ziel der Mukdenregierung und der Zentralregierung in Nanking ist es, auch hier im Süden die Bahnen schließlich unter chinesische Verwaltung zu bringen.

Im Rahmen dieser chinesisch-mandschurischen Eisenbahnpolitik soll jetzt von der im Herzen des Landes gelegenen, wichtigen Handelsstadt Kirin aus in dem fruchtbaren Talbecken des dort nach Nordosten fließenden Sungari bis zum Mündungsfluß dieses Stromes in den Amur bei der Stadt Tungkiang (gegenüber dem russischen Orte Michailo-Semenowskaja) eine neue Hauptstrecke von rund 100 km Länge gebaut werden. Das Sungari-Tal ist einer der reichsten Distrikte der Mandschurei. Als Transportlinie für den außerordentlich lebhaften Handelsverkehr, insbesondere auch nach Charbin an der Ostchinesischen Hauptbahn, diente bisher der allerdings nur in den Sommermonaten eisfreie Sungari. Die Bahn soll diesen Verkehr auch weiter hinab bis zur Mündung des Sungari in den Amur das ganze Jahr hindurch sicherstellen. Sie wird die Ostchinesische Bahn östlich von Charbin bei der Station Maoerhshan, einem für die Zukunft sehr wichtigen Knotenpunkt für den Handel nach Charbin und nach Wladiwostock, kreuzen und über Pingtschau nach Fangtscheng am Sungari führen. Von dort aus verläuft die Bahn am Westufer entlang über die Orte Sansing, Huatschan, Futschin zur Endstation Tungkiang an der Mündung des Sungari in den Amur.

Der Bau dieser Bahnlinie wird auf 25 Millionen Taels eingeschätzt, die von der Kirin-Provinzialregierung durch eine Anleihe im Lande selbst aufgebracht werden sollen. Die erste Rate von 5 Millionen Taels für die Arbeiten dieses Jahres ist von dem Konsortium chinesischer Banken der Provinz schon zur Verfügung gestellt worden. Zuerst will man den nördlichen Abschnitt vom Schnittpunkt der

Ostchinesischen Bahn bei Maoerhshan bis Tungkiang an der Mündung des Sungari ausführen. Mit den Meßarbeiten sowie der Anlage des Bahnkörpers ist jetzt im Mai begonnen worden. Ab 1932 sollen die Schwellen und Geleise gelegt und so der Abschnitt Maoerhshan—Tungkiang bis 1934 fertig werden. Zugleich will man dann möglichst bald auch die Arbeiten auf dem Südabschnitt Maoerhshan—Kirin beginnen, der bis 1936 vollendet sein soll.

Da die Baumateriallieferungen durch Ausschreibungen geschehen sollen, so bietet sich hier eine Absatzmöglichkeit für die deutsche Industrie.

HUGO FREIHERR VON LAMEZAN:

Die Macht des Weltkapitalismus am Ende?

Der Welthandel und die Weltwirtschaft kam im Zeitalter der Technik zu ungeahnter Blüte. Ein scheinbarer Reichtum wurde in viele Länder getragen, der auch im Sinne der verantwortlichen Staatsführer für die Wirklichkeit verwirrte. Sie irrten von den einfachsten staatspolitischen Erkenntnissen ab und ließen die Grundregeln für jeden freien selbständigen Staat außer Acht, daß der für die Bevölkerung eines Staates lebensnotwendige Wirtschaftsraum nicht größer sein darf als sein Wehrraum.

Im Zeitalter des Welthandels vergrößerten fast alle Großstaaten ihre Wirtschaftsräume ins Ungemessene, weit über ihre Wehrgrenzen hinaus. Der Gedanke der internationalen Arbeitsteilung und des Freihandels gewann immer mehr Boden, immer mehr verflochten sich die Nationalwirtschaften zu einer Weltwirtschaft, aber der Freihandel schränkte in gleichem Maße die Handlungsfreiheit der Völker ein. Kolonien und Überseehandel wurden zur Grundlage von Wirtschaftspolitik solcher Staaten, die nie daran denken konnten, im Falle eines Krieges diese Wirtschaftsräume oder die Verbindungswege von diesen nach dem Mutterlande vor feindlichen Angriffen zu schützen. Schon schien es vor 1914, daß kein Staat mehr trotz aller Rüstungen die Waffen gegen ein anderes Volk erheben konnte, da, vor dem Weltwirtschaftsraum und Welthandel in seinen täglichen Lebensbedürfnissen abhängig, ihm die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Autarkiebildung während der Dauer eines Krieges fehlte.

Noch aber wähten sich die Staatsführungen frei, bis der Weltkrieg ihnen offenbarte, daß sie der Macht verfallen waren, die machtpolitisch ihre entlegenen Wirtschaftsräume beherrschten oder die Kontrolle über ihre Zufahrtsstraßen ausübte. Das Britische Reich mit seiner weltbeherrschenden Flotte hat sich durch die wirtschaftliche Verflechtung der Völker zum Herrn der Welt gemacht.

„Britania rules the waves“ und mit dem Weltmeer beherrschte England den Welthandel und alle Staaten, die nicht in der Lage waren, unabhängig von Überseezufuhr in Notzeiten eine Autarkie zu bilden. Im Weltkriege standen neben Fran-

h und Rußland alle Staaten unter dem Einfluß der englischen Seemacht, der Völker der Erde in den Kampf gegen die Mittelmächte zwang und rücksichtslos die wenigen neutralen Länder angewandt wurde. Auch das deutsche Schicksal in den ersten Kriegsjahren besiegelt gewesen, hätte nicht das siegreiche Vordringen der Truppen in Ost und West den Wirtschaftsraum erweitert und erschaffen für den überseeischen Wirtschaftsraum, den zu schützen oder die Verbindung mit dem Mutterland aufrechtzuerhalten die deutsche Flotte mit ihrer günstigen seestrategischen Lage nie instande gewesen wäre.

Der Welthandel basierte auf der Macht des internationalen Kapitals, nur auf und von Kapitalinvestitionen und großzügigen Kreditgewährungen konnte sich der Welthandel in diesem Tempo entwickeln. In der Hand der Geldgeber war die Macht, die Weltwirtschaft zu entwickeln und zu leiten. Doch wäre es ein grundlegender Fehler, den Leitern des Weltkapitalismus Macht an sich über die Völker zuschreiben zu wollen. Macht an sich ist immer nur das Schwert und so ruhte in Wirklichkeit die Allmacht des Weltkapitals auf der Macht der weltbeherrschenden englischen Flotte, in deren Einflußsphäre alle die Länder gerieten, die ihre Wirtschaftsräume über ihre Wehrgrenzen, über die Weltmeere weg, erweiterten, um am Reichtum der Welt teilzuhaben.

Welthandel, Weltwirtschaft und Weltkapitalismus waren mit der englischen Flotte untrennbar verbunden. Der moderne bankmäßige Geldverkehr, die Anfänge des internationalen Kapitalismus, entwickeln sich nach dem Untergange der spanischen Armada, als das Meer frei wurde für die Entwicklung der englischen Seemacht. Seit dem Ausgang des 16. Jahrhunderts ist London die maßgebende Börse, wird weltbeherrschend im 19. Jahrhundert, als die britische Flotte allein herrschend war und der Welthandel des technischen Zeitalters die Grenzen der geschlossenen nationalen Wirtschaftsräume durchbrochen hatte.

England war als reichstes Land der stärkste Kapitalgeber in langfristigen Anlagen und am kurzfristigen Geldmarkt, doch ist es nicht kontrollierbar, wieweit es sich bei den Anlagen um rein englisches Geld handelte, da alle großen Handels- und Finanzhäuser der ganzen Welt Bankguthaben in London unterhielten. Der Reiz der Kapitalinvestitionen über England war die Sicherheit, die die englische Flotte den überseeischen Anlagen geben konnte. Bekanntlich beschränkte sich der nationale Kapitalexport Frankreichs im wesentlichen auf den europäischen Kontinent. Im Vertrauen auf seine Armee und sein Bündnissystem glaubte es, sein Vermögen nur hier sichern zu können. Deutschlands nationale Kapitalanlagen streckten sich dagegen, soweit sie nicht im Lande durch die wachsende Industrie gebunden war, schutzlos über die ganze Welt, um dem deutschen Anteil am Weltmarkt zu dienen.

Manche Theorien über Kapitalanlagen wurden im Kriege durch die Wirklichkeit überrannt, man braucht nur an die französischen Kapitalverluste in Ruß-

land zu denken. Wohl übte das Weltkapital in den Kriegszeiten seine Macht durch das Bündnis mit der britischen Flotte bis zum äußersten aus, aber der Enderfolg stand auf des Messers Schneide, als deutsche Unterseeboote die englischen Schifffahrtsstraßen bedrohten. Nur die Aufbringung der gesamten Welttonnage in den Dienst Englands und der Ententemächte und eine falsche deutsche Kriegspolitik konnten ein unerwartetes Schicksal des Britischen Reiches und der Londoner Kapitalmächtigen abwenden.

Ein neues Zeitalter brach an. Mitteleuropa gestaltete sich im Kriege unter Deutschlands Führung zu einer Wehr- und Wirtschaftseinheit, die, 4 Jahre abgeschnitten von jeder Überseezufuhr, Krieg führte und mit ihren geringen Seestreitkräften die Seezufahrtsstraßen der britischen Inseln aufs schwerste bedrohte. Wenn auch nicht der Ausgang des Krieges, so haben doch die Kriegserfahrungen den Beweis erbracht, daß das Wasser, das durch die Jahrhunderte durch seine Verkehrs- und Kriegsmittel ein länderverbindendes Element war, diese seine Bedeutung im Zeitalter der Erfindungen der Landverkehrsmittel verloren hat. Weite und weiteste kontinentale Ländermassen lassen sich, im Gegensatz zu früher, heute durch Eisenbahnen, Motorwagen und Flugzeuge wehr- und wirtschaftspolitisch zu einer Einheit formen, die in einem Kriege in der Lage sind oder sein werden, auf jede Überseezufuhr zu verzichten. Mit nur verhältnismäßig geringen Seestreitkräften werden diese kontinentalen Großstaaten die Länder ihrem politischen Willen unterordnen können, die auch im Kriege auf gefährdete Schifffahrtsstraßen angewiesen sind.

1916/17 in den kritischen Jahren Englands und der Londoner Börse, mußte die englische Währung ihren Ruf, die sicherste in der Welt zu sein, an den amerikanischen Dollar abgeben. Sicher haben zu diesem Wechsel geldtechnische Fragen durch die Kriegverschuldung Englands beigetragen, doch sind auch diese nur eine Folge einer unerwartet langen Kriegsdauer, die die Frage auftauchen lassen mußte, ob noch England in der Lage sein wird, dem in aller Welt investierten internationalen Kapital den Schutz seiner Flotte zu geben. Das Schwergewicht des Weltkapitalismus wurde um diese Zeit nach New York verlegt, die Kapitalmächtigen bauten ihre neue Operationsbasis unter dem Schutze der kontinentalen Wehr- und Wirtschaftsmacht Amerikas auf.

Mit dem Kriegsende war auch das Ende der jahrhundertlang währenden Alleinherrschaft der englischen Flotte auf den Weltmeeren gekommen. Nach außen wurde diese Tatsache durch die Washingtoner Flottenkonferenz bestätigt, auf der England den Vereinigten Staaten von Nordamerika die Flottenparität zugestehen mußte. Während heute schon dem Britischen Reich in Amerika ein unangreifbarer Gegenspieler entstanden ist, wenigstens, solange das Inselreich in einem Kriege auf die gefährdeten Schifffahrtsstraßen der offenen Meere angewiesen ist, so werden voraussichtlich nur noch wenige Jahre vergehen, bis auch das russische autark kontinentale Großraumreich in der Lage sein wird, die britischen Besitzungen

Interessensphären mit den Kapitalinvestierungen Londons in Asien zu behaupten, ohne daß England dem russischen Koloß ernstlichen Widerstand entgegenzusetzen könnte. Gelingt es allerdings England und dem in London interessierten Kapital, die europäischen Staaten des Genfer Völkerbundes in seine Front gegen Rußland zu zwingen und Europa zum Aufmarschgebiet oder Kampfplatz für den Schutz seiner asiatischen Interessen zu machen, dann hat auch das Britische Reich Europa und dessen Kolonien in Afrika und Asien ein kontinentales Wirtschaftssystem, das auch dem amerikanischen gleichwertig ist.

Wie man auch die künftige Entwicklung des Weltbildes betrachtet, so steht es fest, daß seit Kriegsende die englische Flotte als weltbeherrschender Faktor ausgeschieden ist, an dessen Stelle kein anderer getreten, auf den sich die Weltmacht internationalen Kapitals einseitig aufbauen könnte. Wohl pflegen heute noch internationale Kapitalgeber indirekte Investitionen in alle Welt über New York oder direkten, etwa von England oder Frankreich aus, vorzuziehen, aber die Macht des amerikanischen Staates hat nie den langen Arm zum Schutze der im Ausland angelegten Kapitalien wie vor dem Kriege die Seemacht des Britischen Reiches. Die amerikanischen Machtmittel bleiben beschränkt, wie auch in Zukunft die Mittel des russischen Großreiches oder eines Paneuropas, wenn einmal der Genfer Völkerbund sein Ziel erreicht hat, die europäischen Staaten im Kampfe gegen die kontinentalen Wirtschaftssysteme Amerika und Rußland zusammenzufassen.

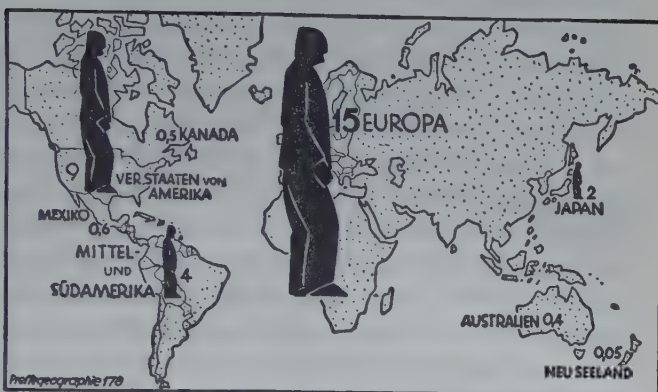
Wie Deutschland und seinen Verbündeten das Kapital, das sie nicht verschleierte, aber London, sondern direkt im Ausland angelegt hatten, im Kriege geraubt und als Raub durch die Friedensdikate sanktioniert, so wird auch in Zukunft Eigentum nur mit staatlichen Machtmitteln zu schützen sein. Die Sicherheit, die die englische Flotte den Investitionen des internationalen Kapitals gab, das über London seinen Weg in die ganze Welt fand und der Weltwirtschaft das Fluidum verleiht, ist nach dem Kriege geschwunden. Die heutige Weltwirtschaftskrise ist das Ergebnis der Tatsache, daß durch Ausschaltung der Alleinherrschaft der britischen Weltmacht, der Weltmacht des Kapitalismus, die Hauptstütze entzogen ist. Dazu kommt, für die Lage des Weltkapitalismus erschwerend, daß sich auf Grund der Kriegserfahrungen bei allen Völkern die Erkenntnis wieder Bahn bricht, daß die staatlichen Machtmittel nur verwendbar sind, wenn der lebensnotwendige Wirtschaftsraum in den Grenzen des mit den Machtmitteln beherrschten Raumes liegt. Nach dem Kriege suchen alle Staaten, die ihre Wehrhoheit begründen oder erhalten wollen, eine Wirtschaftseinheit zu erstreben, die sie in einem Kriege unabhängig macht von entlegenen Wirtschaftsräumen, die sie mit ihren staatlichen Machtmitteln nicht kontrollieren können. Mit dem Wegfall der wirtschaftlichen Vernetzung der Länder, wenigstens in bezug auf lebensnotwendige Waren, vermag das internationale Kapital auch in Zukunft keinen wirtschaftlichen Druck mehr auf die Staaten auszuüben.

Die Macht des in den Großbanken zusammengeballten internationalen Kapitals ist heute nur noch eine Scheinmacht, die aber mit Geschick und Erfolg von seinen Führern genutzt wird, wohl aber nur bis zu dem Tage, an dem die Völker und die Mächtegruppen zu ihrer eigenen Machterkenntnis kommen. Ohne wirkliche Machtmittel, wie sie früher in der britischen Flotte und der Wirtschaftsverflechtung der Länder gegeben waren, sind die Kapitalanlagen des internationalen Kapitals immer dem Zugriff der Empfängerländer ausgesetzt oder der Staaten, deren Machtbereich diese liegen. Die sich selbstgenügenden Großreiche, die über flüssiges Eigenkapital verfügen, geben heute keine Auslandskredite mehr, um durch die Weltwirtschaft Kapitalgewinne zu erzielen, sondern nur auf Grund politischer Gesichtspunkte oder nach Ländern, die in ihrem wehrpolitischen Machtbereich liegen. Der internationale Kapitalist wird sich den neuen Verhältnissen anpassen müssen und sich, nachdem ein geschütztes Weltfinanzzentrum fehlen national binden oder auf eine Mächtegruppe stützen, wenn er nicht das Risiko des Verlustes seiner Kapitalanlagen tragen will.

Nicht das Kriegsschuldenproblem oder andere geldtechnische Fragen tragen die Schuld am Versagen der Arbeit des Weltkapitalismus, die Gründe liegen in der internationalen Unsicherheit der Kapitalanlagen. Die allgemeine Abrüstung, die dem internationalen Kapital und der Weltwirtschaft wieder freies Betätigungsfeld schaffen soll, bleibt aber im neu anbrechenden Zeitalter der handelspolitisch geschlossenen Großraumreiche eine Utopie, ebenso wie etwa ein Völkerrecht zur internationalen Sicherung des Privateigentums, das die internationale Handelskammer und andere Organisationen erstreben. Je mehr die Eigenindustrialisierung der Länder, die früher auf Einfuhr von Industrieprodukten angewiesen waren, fortschreitet, je mehr die internationale Arbeitsteilung wieder schwindet und geschlossene Wirtschaftsräume, geschützt durch Zollmauern oder Außenhandelsmonopole, erstarken, um so kleiner wird schon an sich das Betätigungsfeld des Weltkapitalismus und der Weltwirtschaft.

Wenn auch in Zukunft der Handel mit noch unaufgeschlossenen Ländern fortbestehen wird, so wird sich der Welthandel, der vor dem Kriege durch den Faktor der englischen Flotte immer mehr zu einer einheitlichen Führung gelangte, sich in Handelsgebiete auflösen nach dem Grundsatz: Amerika den Amerikanern, Afrika den Europäern. Umstrittenes Gebiet wird der asiatische Kontinent bleiben, der durch Waffenentscheidungen der Großraumreiche noch fordern wird, ehe die asiatischen Völker Machtansprüche ihrerseits stellen werden. Für die Macht des Weltkapitalismus und der Weltwirtschaft im Vorkriegssinn, ist im Zeitalter der sich selbst genügenden Großreiche kein Platz mehr. Es mehren sich die Zeichen, daß die Krise des Weltkapitalismus und der Weltwirtschaft das Ende einer Epoche ist, in der die Weltwirtschaft als einheitliche Weltmacht das freie Eigenleben der Völker und Völkergruppen bedrohte.

Arbeitslosigkeit (in Millionen) Herbst 1931



GERHARD HERRMANN:

Kapitalismus in der Krise

Neben den stürmischen Ereignissen des hinter uns liegenden Sommers ist vor allem der Zusammenbruch der Pfundwährung, ja die daraus folgende und heute nicht mehr geleugnete Gefährdung des Goldes als internationaler Währungsgrundlage ein flammendes Notzeichen dafür, daß jenes System internationaler Wirtschaftsbeziehungen, dessen Gesamtheit wir als Weltwirtschaft zu bezeichnen pflegen, in Frage gestellt ist. Die Kernfrage, die uns heute gestellt ist und die sich folgerichtig auf allen Teilgebieten von Wirtschaft und Politik weiterverfolgen ließe, lautet also: Krise im Kapitalismus oder Krise des Kapitalismus.

Ist nun dieser Zweifel an einem Wirtschaftssystem, das der Welt immerhin im letzten Jahrhundert unerhörten materiellen Aufschwungs gebracht hat, nur der Ausdruck eines momentanen Katzenjammers, der mit der Überwindung der Krise von selbst wieder verschwinden wird, oder haben sich etwa in den Voraussetzungen des Kapitalismus wesentliche nicht wieder rückgängig zu machende Veränderungen abgespielt? Die Frage stellen, heißt sie beantworten.

Freilich muß man sich hierbei davor hüten, die mannigfachen Krisenerscheinungen, von denen alle Zeitungen heute voll sind, für mehr zu nehmen als sie

sind, nicht Ursachen der Krise, sondern nur ihre Symptome. Um ein Urteil über den Charakter der heutigen Krise zu gewinnen, ist es notwendig, auf das Gestaltungsprinzip, das die treibende Kraft des kapitalistischen Wirtschaftens bildet, einzugehen und seine Wandlungen zu untersuchen.

Selbst auf die Gefahr hin, zu schematisieren, läßt sich sagen, daß das Wesen des Kapitalismus in seinem ungehemmten und anarchischen Drang zum Unbegrenzten liegt. Vermehrung der Produktion, Vergrößerung des Absatzes, Steigerung der Gewinne, Erschließung neuer Märkte, Kampf Aller gegen Alle auf der ganzen Erde, bei dem jeder Einzelne den Marschallstab im Tornister trug oder wenigstens tragen glaubte. Erst der Erdball setzte eine Grenze. Böte die Technik eine Möglichkeit, so hätte man auch den Mond „wirtschaftlich erschlossen“. Folgerichtig konnte man nicht von einer Dreiteilung: Einzelwirtschaft, Volkswirtschaft, Weltwirtschaft, sondern nur von einer Zweiteilung: Einzelwirtschaft, Weltwirtschaft, sprechen. Wirtschaftlich war es irrelevant, ob ein Warenaustausch etwa zwischen Wirtschaftssubjekten in Ostpreußen und Württemberg stattfand, oder ob ein Gütertausch zwischen einer deutschen und einer überseeischen Firma getätigt wurde. Soweit Zölle die einzelnen „Volkswirtschaften“ voneinander trennten, trugen sie nur den Charakter einer Handelsspeise gleich den Transportkosten. Die Überwindung von Zollschranken war lediglich eine Kostenfrage. Das Wirtschaftssystem des Kapitalismus ist also prinzipiell gegründet auf den weltwirtschaftlichen Warenaustausch einer unbegrenzten Zahl von Wirtschaftssubjekten auf der ganzen Erde, der seinen Motor lediglich vom Gewinnstreben der Einzelnen her bekommt. Dieses Gewinnstreben aber ist seiner Natur nach unbegrenzt und empfängt sein Korrektiv nur vom Grundsatz privatwirtschaftlicher Rentabilität her. Dieser geradezu dämische Drang zum Unbegrenzten machte den gesamten Kulturbereich Wirtschaft frei von allen außer ihm liegenden Bindungen. Er wurde autonom, ungehemmt und unbelastet von allen volklichen, nationalen oder gar staatlichen Bindungen. Derjenige Staat galt als ideal, der sich aller Eingriffe in die Wirtschaft enthielt. Dies war im großen und ganzen der Zustand bis zum Ausbruch des Weltkrieges.

Denn wenn auch im Laufe der Jahrzehnte durch staatliche Sozialpolitik, durch Errichtung von Kartellen und Trusts und die Anfänge einer Schutzpolitik in zunehmendem Maße Bindungen gesetzt wurden, die die Unbegrenztheit des Wirtschaftens hinderten, so waren dies doch nur Schönheitsfehler innerhalb eines Systems, das in seinem Wesen nicht in Frage gestellt wurde. In diesem Zusammenhang ist es durchaus kein Zufall, daß gerade in dem Lande, in dem kapitalistisches Wirtschaften seine reinste Ausprägung gefunden hat, in USA., wirtschaftliche Zusammenschlüsse in Kartellen und Trusts durch die Sherman Act verboten sind.

Der Weltkrieg war ein erstes Warnungszeichen. Wenn nicht ausschließlich, doch zu einem entscheidenden Teil, dadurch hervorgerufen, daß die aus dem Wirtschaftskampf Aller gegen Alle erwachsenen Spannungen, daß dieser allseitige

ensionsdrang zwangsläufig zu Kraftproben führte, die nicht mehr mit wirtschaftlichen Mitteln, sondern nur noch mit dem Schwert ausgetragen werden konnten.

dem Maße wie unsere zeitliche Distanz zum Weltkriege sich vergrößert, erkennen wir, daß der Weltkrieg ins Wirtschaftliche gewendet, den Anfang vom Ende des Kapitalismus bedeutet. Die heutige Krise aber stellt nichts anderes dar als den außerordentlich langwierigen und schwierigen Übergang zu neuen Wirtschaftsformen, über deren Wesen und Endformen sich heute natürlich noch nichts Endgültiges sagen läßt. Sicher scheint nur zu sein, daß die neue Wirtschaft eine Weltwirtschaft sein wird, in das volkliche und staatliche Ganze eingebaute Wirtschaft, echte Weltwirtschaft sein wird. Die Formen dieser Bindung weisen starke regionale Unterschiede auf und lassen bisher nur in den Systemen des Bolschewismus und Nationalismus klare Gestalt erkennen. Und es ist wiederum kein Zufall, wie besonders Kautsky darlegt, daß gerade die Wirtschaftsbeziehungen zwischen diesen Ländern ganz bewußt eine zunehmende Intensivierung erfahren. Trotz aller regionalen Unterschiede liegt in der Unterordnung der Wirtschaft unter staatspolitische Erfordernisse eine wesentliche Gemeinschaft dieser beiden politischen Systeme. In Deutschland aber geht heute und in den kommenden Jahren hierum ein Kampf, zu dessen ersten Streikern Fried und Friedländer-Prechtl gehören.

Worin liegt nun die Berechtigung von einer Systemkrise des Kapitalismus zu sprechen? Jener Drang zum Unbegrenzten nämlich, den wir als das Gestaltungsprinzip des Kapitalismus erkannt hatten, ist heute ausgeschaltet oder im Grunde begriffen. Einmal vom Menschen, also von der Wirtschaftsgesinnung aus und zum andern vom Raum her.

Der Einzelne als Arbeitnehmer, dem bei dem heutigen sozialen Aufbau und den vorherrschenden Prinzipien der „Führerauslese“ jede Möglichkeit eines grundlegenden sozialen Aufstiegs genommen ist, kann mit der Freiheit der Wirtschafts- und Lebensgestaltung nichts anfangen. Sie muß ihm ein leerer und ausgehöhlter Begriff bleiben, da sie für ihn nicht realisierbar ist. So verzichtet er gern auf die Freiheit seiner wirtschaftlichen Lebensgestaltung, wenn ihm nur Sicherheit der Existenz garantiert wird. Der Drang zum Unbegrenzten, mit allen Chancen und Risiken, die er der Idee nach in sich birgt, wandelt sich in den Wunsch nach Existenzsicherheit, die mit entsprechender Begrenzung nicht zu hoch bezahlt wird.

Auf demselben Zug, nur in anderer Form, finden wir bei den Unternehmern. Hinweggelassen von der Freiheit des Konkurrenzkampfes und von der Chance unbegrenzter Verwertung der Produktion, des Absatzes, der Gewinne und — der Verluste, suchen sie im Schutz von Kartellen oder Zollschränken Sicherheit und nehmen die notwendigerweise damit verbundene Begrenzung ihrer Handlungsfreiheit gern in Kauf. Der Verbandssyndikus, insonderheit der „Spitzenverbände“ tritt, dem tatsächlichen Bedürfnis nach, an die Stelle des freien Unternehmers.

Jene wirtschaftlich bedingte Wendung der Wirtschaftsgesinnung, hinweg v Drang ins Unbegrenzte zum Wunsch nach Sicherheit, Einordnung und Begrenzung, die Scheu vor dem Risiko, führt also zu einer zunehmenden Erstarrung des Kapitalismus. Erscheint nun jene Wendung zunächst als Alterserscheinung, so sind da in ihr auch bereits die ersten positiven Ansätze zu einer grundsätzlichen Neugestaltung der wirtschaftlichen Organisation angelegt. Diese Einordnung und Begrenzung ist zwar bei den Einen durchaus unfreiwillig erfolgt — Tarife und Kartellbildungen gelten ihnen, mit Recht, als Verstoß wider den echten Geist des Kapitalismus. Auf der anderen Seite aber gewinnt diese Wendung gerade dadurch ihren elementaren Schwung, daß jene Idee der Einordnung proklamiert und getragen wird von einem anders gearteten Menschentum, das sich, schon rein generationsmäßig, scharf abhebt von der instinktiv und selbstverständlich liberalen Gesinnung der Älteren. C. G. Prado salis läßt sich dann sagen, daß jene Älteren vom Einzelnen aufs Ganze hin denken. Eine „Volkswirtschaft“ wäre dann folgerichtig nur die Summe vieler Einzelwirtschaften, und der Kampf Aller gegen Alle, die freie Konkurrenz wäre die Grundlage allen Wirtschaftens.

Die Jüngeren hingegen — wobei ich mir der Unmöglichkeit und Überflüssigkeit einer scharfen jahrgangsmäßigen Scheidung durchaus bewußt bin, denken durchs antiliberal, vom Ganzen aufs Einzelne hin, woraus sich natürlich ganz andere Forderungen für eine Bindung des Einzelnen durch das Ganze und die Stellung des Einzelnen innerhalb der Gesamtwirtschaft, sowie die Beziehung von Staat, Ganzem, zu Wirtschaft als Teilganzem ergeben. Die Spannung, die sich daraus ergibt, daß die individualistische ältere Generation heute noch alle „Kommandohöhen“ in Politik und Wirtschaft innehat, während die nachrückende jüngere autoritär und „ganzheitlich“ eingestellte Generation von gestaltender Betätigung noch ausgeschlossen ist, erklärt die Heftigkeit des Kampfes um die Gestaltung der Wirtschaft in Deutschland ebenso wie die Hoffnungslosigkeit, zu einem gegenseitigen Verstehen zu kommen.

Diese nur scheinbar abliegenden Bemerkungen waren notwendig, um neben den mehr allzusehr betonten, rein symptomatischen Oberflächenerscheinungen der Krise auch ihre Hintergründe hinzuweisen. Denn Wirtschaft steht nicht im luftleeren Raum, sondern ist, wie alle Kulturgebiete, Ausdruck eines gestaltenden Menschentums.

Das Gestaltungsprinzip des Kapitalismus und damit dieser selbst, ist aber nicht nur vom Menschen her, sondern auch vom Raum her in Frage gestellt. Neben dem psychologische tritt das geopolitische Moment. Jener Drang ins Unbegrenzte, hat in seinem wörtlichen Sinn, kann sich nur solange gestaltend auswirken, als die Erde selbst wirtschaftlich unbegrenzt ist, so lange es freie Räume gibt, in die überschüssigen Wirtschaftskräfte abgeleitet werden können. So ist es nicht zufällig, daß sich der kapitalistische Aufschwung am reinsten in den Vereinigten Staaten von Amerika vollzog, wo bis zum Anfang dieses Jahrhunderts „fr

„Grenze“ zur Verfügung standen, die in jener bekannten Wanderung der „Grenze“ schließlich wirtschaftlich erschlossen wurden. Ähnlich entwickelte sich in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts jener bekannte Wettlauf der Großmächte um die Gewinnung der noch verbleibenden freien Räume der Erde als Kolonien, um sie wirtschaftlich zu erschließen. Mit der Freiheit der Räume aber schwand auch die Freiheit des Handels. Der Wirtschaftsraum wurde eng und begrenzt. Und stärker die an Raum zu kurz gekommenen doch nach Expansion drängten, sei in Form von Warenexporten, sei es von Auswanderung, desto kräftiger setzten sie die beati possidentes zur Wehr durch Errichtung von Zollmauern oder Einfuhrbeschränkungen. Der Wunsch nach Sicherung des Errungenen, in irgendeinem Maße politisch bedingt, trat dem rein wirtschaftlichen Expansionsdrang entgegen und rang ihn schließlich nieder. Wieder ist es kein Zufall, daß das klassische Land des Freihandels, England, mit den Safeguardingzöllen — also mit wirtschaftspolitischer Motivierung — den ersten Schritt zum Protektionismus tat.

Diese Entwicklung ist durch den Ausgang der englischen Wahlen weiter beschleunigt worden. Mit der Errichtung eines geschlossenen Schutzzollsystems, dessen Einführung nur eine Frage sehr kurzer Zeit ist und dessen wahrer Charakter durch die Fiktion des Empire-Freihandels nur sehr äußerlich verhüllt wird, verschwindet der letzte große, auf Freihandel gestellte Wirtschaftsraum der Erde, wovon gerade Deutschland, dessen bester Kunde Großbritannien ist, am meisten betroffen wird. Die prinzipiell auf freien Handel und freie Räume gestellte Weltwirtschaft also zerbricht zusehends in Teilräume auseinander, die sich unter der Leitidee, die jeweils einheimische Wirtschaft zu schützen, hermetisch gegeneinander abzuschließen suchen. Der Widersinn, der sich daraus ergibt, daß trotz aller Empfehlungen der Weltwirtschaftskonferenz von 1927 und vieler folgender internationaler Konferenzen, die Zollschränken zu senken oder gar aufzuheben, die Wirklichkeit gerade die umgekehrte Entwicklung zeigte, erklärt sich damit, daß in zunehmendem Maße politische Erwägungen die Wirtschaftsgestaltung bestimmen. Solche Erwägungen aber lassen sich mit dem Prinzip internationaler Arbeitsteilung, auf dem der Kapitalismus gegründet ist, nicht vereinbaren.

Vom Ziel, die einheimische Wirtschaft zu schützen zum Postulat der Unabhängigkeit dieser Wirtschaft vom Ausland ist nur ein kleiner Schritt. Die zunehmende Betonung des jeweiligen Binnenmarktes führt nun ganz zwangsläufig zum Idealziel des geschlossenen Handelsstaates, um den verpönten Ausdruck Markie zu vermeiden. Selbstverständlich ist das nicht absolut zu verstehen. Ein gewisses Minimum internationalen Güteraustausches wird schon aus rein klimatischen Gründen nicht zu umgehen sein. Baumwolle und Ölsaaten sind nun einmal in Europa nicht anbaufähig. Das Wesentliche ist vielmehr, daß hierzulande zum tragenden Prinzip des Wirtschaftens der in sich geschlossene Aufbau des nationalen Wirtschaftsraumes wird, wobei die internationalen Wirtschafts-

beziehungen den Charakter eines unvermeidlichen Übels tragen und nicht mehr wie bisher, die Basis des Wirtschaftssystems als solchen bilden. Hiermit — und dies deckt sich mit unseren Folgerungen aus der Wandlung der Wirtschaftsgesinnung — verliert die Wirtschaft auch von den Gegebenheiten des Wirtschaftsraumes her ihre Autonomie als Kulturgebiet. Sie ist nicht mehr bestimmt vom Expansionsdrang des Einzelnen, der unbegrenzbar ist. Sie erfährt vielmehr ihre Gestaltung aus der Ein- und Unterordnung unter die Besonderheiten des Raumes, des Volkes und des Staates, in dem sie erwächst. Wenn aber eine Wirtschaft nicht mehr grundsätzlich weltwirtschaftlich basiert ist, sondern auf einen ganz bestimmten Raum bezogen wird, so ergibt sich mit dieser Selbstbegrenzung der wirtschaftlichen Kräfte auch die Notwendigkeit, mit ihnen hauszuhalten und sie den wirklich volkswirtschaftlichen Erfordernissen unterzuordnen. Dies ist aber nur dann möglich, wenn der planlose, nur vom privatwirtschaftlichen Interesse der Einzelnen oder Gruppen diktierte Kampf Aller gegen Alle abgelöst wird durch einen volkswirtschaftlich ausgerichteten Plan, dessen Gestaltung zum mindesten in den Grundlinien nur beim Staat liegen kann und muß.

OTTO MAULL:

Systematisch-erdumspannender Literaturbericht

Ule: Grundriß der allgemeinen Erdkunde. 3. Aufl. Mit 106 Textfiguren. 403 S. K. Walter, Stuttgart 22, 1931. Geh. 17 M., geb. 19 M.

Ule legt seine straff zusammengefaßte Einführung in die allgemeine Erdkunde, die stets die Grundlage für alle geopolitische Betrachtung bleiben muß, in dritter Auflage t. Bei dem mittleren Umfang mußte eine enge Auswahl in textlicher, bildlicher Darstellung und in der Nennung der Literatur getroffen werden, die freilich mehr unter dem Gesichtspunkt erdwissenschaftlicher Geflossenheit als unter dem der besonderen Art der Geographie vorgenommen worden ist. „Das Buch soll den Leser in leicht verständlicher Form über das weite Gebiet der allgemeinen Erdkunde auf Grund der gegenwärtigen Kenntnisse belehren.“ Wenn in diesen Satz des Verf. besonders betont wird, wird man zugestehen müssen, daß dieser Zweck ebenso erreicht wird, wie es für den Studierenden ein einführender Leitfaden sein kann, der jedoch naturgemäß zu den ausführlicheren Handbüchern der geographischen Einzeldisziplinen führen muß.

Fred Philippon: Grundzüge der allgemeinen Geographie. II. Bd., 2. Hälfte. 2., neubearbeitete Auflage. Mit 226 Figuren, 8 u. 551 S. Akademische Verlagsgesellschaft, Leipzig 1931.

Diese zweite Auflage des an dieser Stelle von seinerzeit nachdrücklichst empfohlenen Lehrbuchs der allgemeinen Geographie, dessen rein geomorphologischer Teil der vorliegende Band ist, kann am besten der gründlichen Durchbildung des Geographiestudierenden auf dem Gebiet der Geomorphologie dienen. Gegenüber der ersten Auflage ist

diese Philipponsche Geomorphologie um 114 Seiten erweitert, ohne daß hier auf die Einzelheiten dieser Vervollkommenung eingegangen werden kann. Es muß die Meinung des Referenten genügen, daß der vorliegende Band das am tiefsten kritische und doch zugleich, weil es aus langjähriger Vorlesungserfahrung hervorgegangen ist, am leichtesten bis zu den Problemen einführende Handbuch der Geomorphologie ist.

Paul Krische: Bodenkarten und andere kartographische Darstellungen der Faktoren der landwirtschaftlichen Produktion verschiedener Länder. Ein Beitrag zur neuzeitlichen Wirtschaftsgeographie. Mit 77 Karten im Text und auf Tafeln. 112 S. Paul Parey, Berlin 1928. Brosch. 24 M.

Wenn auch etwas verspätet, muß auf diese bedeutsame Veröffentlichung aufmerksam gemacht werden, die in kritischer textlicher Behandlung neben Klima- und Vegetationskarten eine lange Reihe von Bodenkarten der Erdteile und einzelner Länder bringt. Besonders Europa, Deutschland, Frankreich, Rußland, Polen, Tschechoslowakei, Jugoslawien, Österreich, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Thrazien, Italien, Iberische Halbinsel, Britische Inseln, Niederlande, Finnland, Estland, Vereinigte Staaten und Afrika sind so behandelt und mit mehreren Karten belegt. Eine Weltbodenkarte schließt ab. In dankenswerter Weise ist damit eine lange fehlende Grundlage für wichtige Fragestellungen der Wirtschaft im besonderen, der Kultur im allgemeinen gegeben. Nicht selten sind Querverbindungen zu anderen geographischen Erscheinungsreihen geknüpft und z. T. auch durch Karten belegt worden. Die Publikation verdient eindringlichste Beachtung.

Handbuch der Geographischen Wissenschaft, herausgegeben von Fritz Klute. Akademische Verlagsgesellschaft, Wildpark-Potsdam. In Lieferungen zu je 2,40 M.

Von dem unter Mitwirkung eines großen Stabs führender Geographen und ausgezeichneten Landeskenner von dem Gießener Ordinarius herausgegebenen Handbuch, das bei seinem Erscheinen an diesem Ort als die vollkommenste und anschaulichste Länderkunde bezeichnet worden ist, liegen jetzt 43 Lieferungen vor. Im ganzen ist der Umfang des länderkundlichen Teils auf voraussichtlich 140 Lieferungen berechnet worden. Mehr als ehemals, als nur eigentlich Proben gegeben waren, läßt sich heute, nachdem ein Band, der Australien und Antarktika enthält, abgeschlossen, die Darstellung von Südamerika, Afrika, Südost- und Südeuropa weit vorgeschritten ist und die von Vorder- und Süd-asien, von Nordasien, Zentral- und Ostasien begonnen hat, ein Urteil über den Gesamtwert des Ganzen fällen und dabei nur die Prognose erhärten, die seinerzeit gegeben worden ist. Es ist selbstverständlich, daß ein Werk, das von einer Vielzahl von Gelehrten geschrieben ist, weder nach seiner Methode noch nach seinem Inhalt trotz der ausgleichenden Bemühungen des Herausgebers vollkommen gleichmäßig sein kann. Solche Verschiedenheiten brauchen aber keineswegs zu seinem Schaden zu gereichen, sondern können, wie das vielfach zu beobachten ist, zur Belebung des Ganzen und zu besserer Herausarbeitung der Wesenheiten des einzelnen dienen. So sind tatsächlich vorbildliche Gestaltungen einzelner Erdteile, größerer Kontinenteile und Länder entstanden. Dafür ist z. B. der abgeschlossene Band Beleg. Walter Geisler hat in ihm auf Grund eigener Forschungsreisen eine Darstellung von Australien und Neuseeland gegeben, wie wir sie bisher noch von keinem anderen Autor besaßen und zu der nur des gleichen Forschers Buch in der Sievers-Meyerschen Länderkunde in Wettbewerb tritt. Dem Neuguineaforscher Walter Behrmann verdanken wir die fein abgewogene Schilderung Ozeaniens. Die Antarktis hat in Erich v. Drygalski ihren Meister

gefunden. Die Überschau über den afrikanischen Kontinent hat der Herausgeber selbst in ausgezeichnete Weise gegeben. Nordwestafrika, dessen Bearbeiter Wittschell ist, enthält allerdings der packenden Kraft, die in anderen Teilen des Gesamtwerks eigen ist, weniger. Besonders ist die Wüste nicht in ihrer vollen Wesenheit gefaßt. Auch die Schaukraft Alfred Kaufmanns hat trotz reicher Kenntnis nicht voll ausgereicht, um Ägypten zu dem eigenartigen Länderindividuum zu gestalten, das es tatsächlich ist. Bei Südamerika lagen Gesamtüberblick und Brasilien in der Hand des Referenten. Aus Franz Kühns La Plata-Ländern und Walter Knoches Chile sprechen durch langjährige Aufenthalte im Lande erworbene Erfahrungen. Carl Troll's Andenländer (noch nicht abgeschlossen) gehören zu den besten Abschnitten des Handbuchs, in denen sich die Ergebnisse erfolgreicher Forschungsreisen spiegeln. In die Darstellung Südost- und Südeuropas haben sich eine ganze Reihe Bearbeiter geteilt. Es haben Julius Prinz Ungarn, Heinrich Wachner Rumänien, Albrecht Burchard Bulgarien, Richard Marek Jugoslawien und Ernst Nowack Albanien kenntnisreich und oft recht anschaulich behandelt. Die Beibehaltung der politischen Grenzen für diese Abschnitte stört freilich etwas die natürliche und kulturliche Verbundenheit der durch die Grenzziehung zerrissenen Landschaften. Besondere Beachtung verdient Oberhummer's Griechenland, das in schöner Weise mit der Schilderung des heutigen Landes den Blick in die Vergangenheit verbindet. Von Vorder- und Südasien liegen bis jetzt nur die Türkei und Zypern von Ulrich Frey und Persien und Afghanistan (noch nicht abgeschlossen) von Oskar v. Niedermayer, einem der vorzüglichsten Kenner Irans, vor. Das Erscheinen der Abteilung Nordasien, Zentral- und Ostasien hat erst mit einem Überblick über Asien als Erdteil von Konrad Bouterwek begonnen.

Ewald Banse: Neue Illustrierte Länderkunde. Landschaftliche und seelische Umrisse von Ländern und Völkern der Erde. 323 S. G. Westermann, Braunschweig, Berlin und Hamburg 1931. Geb. 8 M.

Banse hat seine „Illustrierte Länderkunde“ 1914 neu herausgegeben, aber dieses Mal die Mitarbeiter verzichtet. So stellt sich die Erde in echt bansecher Schau dar. Trotz der notwendigen Kürze des Ausdrucks ist es eine Freude, in dem Buch zu lesen. Der bansechen Gliederung der Erde, die gegenüber dem früheren Vorschlag abgeändert ist, wird man nicht überall folgen. Grundsätzlich ist dabei Banse recht; nur ist die Frage, ob man die ausgeschiedenen Provinzen der Erde mit dem konventionellen Ausdruck „Erdteil“ bezeichnen darf, in dem ja doch ein anderer steckt als der, den Banse in ihn hineinsetzt. Die Gliederung selbst ist z. T. sehr annehmbar. Die schwächste Stelle ist Halbasien. Schon seiner Größenordnung nach kann dieses mit den übrigen Erdteilen nicht verglichen werden. Zudem erlaubt die Verwandtschaft mit der Umwelt solche Ausscheidung nicht. Auch zwischen Morgenland und Abendland sind die Zusammenhänge z. T. anderer Art (Mittelmeergebiet!). Auch Neuseeland zum Ozeangebiet zu rechnen, geht nicht an. Sehr möglich ist mir auch die Stellung Melanesiens. Im ganzen ist aber der Entwurf ein wesentlicher Fortschritt zur tatsächlichen landschaftlichen Gliederung der Erde, die aber noch weiterer Begründung bedarf.

W. Fels: Das Weltmeer in seiner wirtschafts- und verkehrsgeographischen Bedeutung. Wissenschaft und Bildung Bd. 273. Mit 10 Abb. 151 S. Quelle u. Meyer, Leipzig 1932. Geb. 1,80 M.

In knapper, aber völlig ausreichender Fassung baut Fels seine Darstellungen auf der physischen Meereskunde — räumliche Verteilung, stoffliche Erfüllung der Meeresräume und Bewegungserscheinungen der Meere — auf, die im besonderen von der Wirtschaft des Meeres (Seefischerei, Meersalzgewinnung, übrige Wirtschaftsgüter) und von dem Seeverkehr (Entwicklung, natürliche Bedingungen, Seeverkehrsmittel und -wege) handeln. Das ist ihm gut gelungen. Wenn Fels sagt: „Das Schrifttum ist in deutscher Sprache äußerst spärlich und vermag keineswegs in befriedigender und erschöpfender

Weise Auskunft zu geben, so erwartet man natürlich eine ausreichende fremdsprachliche Ausbeute und ist enttäuscht, wenn etwa ein halbes Dutzend fremdsprachliche Arbeiten, dazu noch in sehr einseitiger Auswahl — vier beziehen sich auf die Fischerei — genannt werden.

Siegfried Passarge: Vergleichende Landschaftskunde. H. 5: Der Mensch in dem heißen Gürtel. 8 u. 216 S. Dietrich Reimer, Berlin 1930. Brosch. 20 M.

Mit diesem umfangreichen Buch schließt Passarge vergleichende Landschaftskunde, deren früher so betitelte Hefte hier besprochen worden sind. Der Leser, der Lücken in dem landschaftskundlichen Gebäude des Verfassers gemerkt hat, wird im Vorwort darauf aufmerksam gemacht, daß er in anderen Büchern Passarges nachzulesen hat, um sie auszufüllen. Das Buch handelt von dem Menschen in den Trockengebieten, in den sommerdürren Subtropen, in den tropischen Hochwaldländern, in den tropischen Steppenländern und in den subtropischen Wald- und Steppenländern mit Sommer- und Jahresregen. Die klimatologisch-pflanzengeographische Orientierung der Landschaftskunde ist wie bisher gewahrt. Das ist ihr bis zu gewissem Grade berechtigtes, aber als Grundlage für die Länderkunde, die sie sein will, zu schmales Fundament. Die Ausführungen über den geographischen Parthenon, die beachtenswert sind, bringen eine erwünschte Klärung über die Stellung der Landschaftskunde im Passarge'schen Sinne: auf dem Treppenfundament der geographischen Grunddisziplinen erhebt sich der Säulenwald der vergleichenden Landschaftskunde. Er wird zusammengehalten durch den Architrav der beschreibenden regionalen Landschaftskunde, auf dem als Dach die Länderkunde mit der an Problemen reichen Giebelwand ruht. Ob da keine Konstruktionsfehler vorliegen, und ob sich nicht die Probleme der Länderkunde aus ihr selbst ergeben, um den Architrav, vielleicht aber auch den Säulenwald einer allgemeinen vergleichenden Länderkunde zu errichten? Es will scheinen, als ob die Landschaftskunde doch den

tiefere Stockwerken einer allgemeinen Geographie zuzuordnen sei. Für den Entwurf der Pläne eines Neubaus der Geographie können allerdings die reichen Bemerkungen, die Passarge, nach seinen Landschaftstypengürteln regional geordnet und auf alle Verhältnisse des Lebens bezogen, gibt, von äußerster Bedeutung sein. Die Wesenheiten der einzelnen Typen sind allerdings viel weniger scharf herausgearbeitet. Auch in der Sammlung des Materials und der Gesichtspunkte fallen Lücken auf. Es ist wohl ebenso unmöglich, ein anthropogeographisches Thema anzuschneiden und in solcher Ausführlichkeit zu behandeln, ohne sich an Ratzel zu orientieren, als es nicht angeht, über die Tropen zu schreiben, ohne die reichen Beobachtungen Sappers zu benutzen. Auch die Namen anderer Autoren vermißt man, z. B. Thurnwald (für die politische Organisation der Primitiven). So ist auch dieses neue Buch Passarges eine recht eigenwillige Auswertung eines weitschichtigen Stoffes; aber es ist als solche sehr wertvoll und äußerst anregend — zum Bau einer objektiveren Länderkunde. „Die ungeographische Politik — von ihrem Zerrbild, der Geopolitik, wollen wir absehen“, ist eine unschöne Entgleisung.

Hans Spethmann: Das länderkundliche Schema in der deutschen Geographie. Kämpfe um Fortschritt und Freiheit.
341 S. Reimar Hobbing, Berlin 1931. Geb. 12 M.

Es gibt sich selbst als ein Kampfbuch aus und enthält darum, wie es ein Kampf leicht mit sich bringt, viele sehr unschöne Seiten mit allzu menschlichen Dokumenten, von denen man ehrlich wünschte, daß sie ungedruckt geblieben wären. Sie stehen auch hier nicht weiter zur Diskussion. Unter solchem Eindruck aber das Ganze verwerfen, wäre vollkommen falsch. Denn der erste Teil bringt entschieden wertvolle Beiträge zur Methode der Länderkunde. Besonders das einführende Kapitel über Herkunft und Entwicklungsgang des länderkundlichen Schemas verlangt volle Beachtung. Dabei sind freilich Varianten ausgelassen worden, die entschieden besonderer

Berücksichtigung bedurft hätten, weil in ihnen der Keim zur Entwicklung lag, und weil sie z. T. auch entwickelt worden sind. Schon bei dem Erscheinen meines „Griechischen Mittelmeergebiets“ schrieb mir Hettner, daß ihm meine Art der Darstellung an die meines Lehrers Theobald Fischer erinnere. Also gab es schon damals kein allgemein übliches Schema. Das soll nur ein mir wohl vertrautes Beispiel für manche andere sein. Es wäre für den Weg in die Zukunft wichtiger gewesen, solche Varianten zu untersuchen, als in den nächsten Kapiteln den Kampf gegen ein Schema aufzunehmen, das in solcher Strenge wie sie Spethmann vorkommt, gar nicht gültig ist und von einigen, die sich um die Länderkunde bemühen, bestimmt abgelehnt wird. Solche Bemühungen berühren sich dann vielfach mit Spethmanns weiteren Untersuchungen über den induktiven Weg, die länderkundliche Verknüpfung, ja selbst mit denen über die Sphärologie und geosophische Erkenntnis, die zwar eine Menge feiner Gedanken offenbaren, aber häufig gar nicht so neuartig sind, wie die leider sehr selten in der Literaturangaben versehenen Kapitel vermuten lassen. Auch die Betonung des Dynamischen — wenn auch in der besonderen Spethmannschen Fassung — tat der Geographie wenig nützlich, als der Verf. meint. Spethmanns Buch leidet, so wertvoll es auch ist, unter einem kardinalen Fehler. Es ist nicht groß, nicht frei und sorglos, an manchen Stellen auch nicht wissend genug. Spethmann ist zu besorgt darum, daß er in der Isolierung erscheinen möchte. Er übersieht darum, daß auf seinen Flanken schon längst der Vormarsch begonnen hat und die Zielpunkte seit geraumer Zeit sichtbar geworden sind. Die Marschdisziplin ist freilich meist anderer Art als die Spethmanns. Gibt er der Revolution und dem Aufstand ihr geborenen vernichtenden Kampf gegen Andersdenkende den Vorzug, so möchte der Verf., ähnlich wie Krebs z. B., an eine Evolution in der Länderkunde glauben und sich um eine solche bemühen. Allein trotz solcher Verschiedenheit bleibt dem Spethmannschen Versuch — mit Ausnahme der ausgenommenen

le — die volle Anerkennung, sich in jeder Art um das Gesamtproblem der Erdkunde bemüht zu haben.

rt Hassert: **Allgemeine Verkehrsgeographie**. Bd. 2. 2., völlig umgearbeitete Auflage. Mit 6 graph. Darstellungen. 375 S. W. de Gruyter, Leipzig 1931.

In Ergänzung der Besprechung des ersten Bandes im letzten Bericht sei der zweite angezeigt, der die umfänglichste geschlossene Vermehrung in den Kapiteln über den Luftverkehr und den drahtlosen Nachrichtendienst zeigt. Auch die anderen Abschnitte sind sorgfältig überarbeitet. Besonders begrüßenswert ist auch das reiche Literaturverzeichnis, das eingehende Register erhöht außerordentlich den Wert der beiden Bände als vorzügliches Nachschlagewerk. Das schon neulich ausgesprochene Urteil über das Buch als des führenden Handbuchs der Verkehrsgeographie kann sich nach Musterung des zweiten Bandes aufrecht erhalten bleiben.

igi de Marchi: **Fondamenti di Geografia Economica**. Terza Edizione, Riveduta e Notevolmente Ampliata. 12 u. 332 S. Casa Editrice Dott. Antonio Milani, Padova 1931.

Bei dem Titel vermutet man kaum, daß in dem ersten Teil nach einer einleitenden Betrachtung über den Handel als geographische Erscheinung so etwas wie ein Abriss der allgemeinen Geographie, freilich in dauernder Beziehung zu den wirtschaftsgeographischen Fragen, gegeben wird. Es wird an Bedingungen gedacht, die sich aus den astronomischen, geologischen Verhältnissen, denen der Land-Meerteilung, der Orographie, Hydrographie, Klimatologie, Pflanzen- und Anthropogeographie ergeben. Dabei geht der Verf. in außerordentlich gründlicher Weise vor, bezieht sich aber sowohl auf Gletschertypen wie auf die Formen eiszeitlicher Ausgestaltung in ihrer Bedeutung für seine Fragen. Der zweite, etwas weniger umfangreiche Teil bringt die wirtschaftsgeographische Anwendung auf die Staaten Europas, die in größeren Regionen zusammengefaßt werden. Diese Einteilung interessiert hier besonders: Britische Inseln, Skandinavische Region (Skandinavien, Dänemark

und Finnland. Nicht das eigentliche Baltikum, das bei Rußland behandelt wird), Russisch-Sibirische Region, Böhmisches-Karpatisch-Danubische Region (mit Einschluß Österreichs), Rumänien, Polnisch-Germanische Region (mit Einschluß der Niederlande und der Schweiz. Hier liegt eine Inkonsistenz vor: gehört die Schweiz zur polnisch-germanischen Region, so kann auch der Alpen- und Alpenvorlandstaat Österreich nur dieser zugerechnet werden), Französische Region (mit Einschluß Luxemburgs und Belgiens), Iberische Region und Balkanische Region. Trotz dieser Regionalgliederung ist dieses Buch aber ein vortreffliches Zeugnis von dem Hochstand der geographischen Wissenschaft in Italien.

Beiträge zur Wirtschaftsgeographie. Ernst Tiessen zum 60. Geburtstage, herausgegeben von Arno Winkler. 181 S. Dietrich Reimer, Berlin 1931. Brosch. 12 M., geb. 15 M.

Freunde und Schüler Ernst Tiessens, darunter Sven Hedin (zum Geleit), Gustav Braun (über Hafenprobleme), Edwin Fels (Einfluß der Wirtschaft auf Naturlandschaft und Pflanzenwelt), Wilhelm Credner (Verkehrswege und Gütertransport in Nord-Kwangtung), haben sich zu einer gehaltvollen Festgabe für Ernst Tiessen zusammengestellt. Auch einige der anderen Arbeiten tragen Beachtenswertes auf dem Gebiete der Anthropogeographie bei.

A. Sartorius von Waltershausen: Die Entstehung der Weltwirtschaft. Geschichte des zwischenstaatlichen Wirtschaftslebens vom letzten Viertel des 18. Jahrhunderts bis 1914. 10 u. 676 S. G. Fischer, Jena 1931. Brosch. 34 M., geb. 36 M.

In einem monumentalen Buch verfolgt Sartorius von Waltershausen die Entstehung und die Weiterentwicklung der Weltwirtschaft, einen Prozeß, der eine Spanne von über 150 Jahren einnimmt. Unter Weltwirtschaft wird dabei die dem Rechtsgedanken unterworfenen Gesamtwirtschaft verstanden, deren Glieder alle die einzelnen staatlich geordneten Verkehrswirtschaften sind. Sie gab es im 18. Jahrhundert noch nicht und war damals auch begrifflich

noch unbekannt. Das steckt die Periode ab, in der die Darstellung zu beginnen hat. Sie setzt mit dem niedergehenden Merkantilismus, den wachsenden zwischenstaatlichen Beziehungen und der Freizügigkeit der Menschen ein. Der überseeische Verkehr spielt sich bis dahin fast nur innerhalb der Kolonialreiche ab. Die nächsten Abschnitte, die wesentliche weltwirtschaftliche Antriebe einschließen, sind die Zeiten des nordamerikanischen Unabhängigkeitskriegs, der Französischen Revolution und der Napoleonischen Periode. Der erste bedeutende wirtschaftliche Aufschwung des 19. Jahrhunderts fällt aber erst in die Zeit von 1830 bis 1848, die in die zweite ähnliche Periode von 1850 bis 1873 (1880) überleitet, die vor allen Dingen durch das Aufkommen des modernen Weltverkehrs und den internationalen Freihandel unterstützt wird. In sie fällt auch die Entstehung des Weltmarktes. Das umfangreichste Kapitel behandelt dann den Ausbau der Weltwirtschaft bis zum Beginn des Weltkriegs. Das Schlußkapitel ist dem Verhältnis von Weltpolitik und Weltwirtschaft gewidmet. Auf die Einzelheiten der in solchem Rahmen gehaltenen Darstellung einzugehen, ist ganz unmöglich. Denn der Verf. wirkt in guter Auswahl unzählige Beispiele eines ungeheuer weitschichtigen Stoffes in den Gang der Darlegungen doch so ein, daß sie nicht nur Beispiele bleiben, sondern daß jeweils periodenhaft der Überblick über das Erdganze gewahrt bleibt. So beantwortet das Buch nicht etwa nur das Kernproblem, die Entstehung der Weltwirtschaft, das nie aus den Augen gelassen wird, sondern ist zugleich eine straff geraffte Geschichte der Entwicklung der Einzelwirtschaften der letzten 150 Jahre vor dem Weltkrieg in ihren Beziehungen zur Weltwirtschaft. Es kann darum ebenso als Nachschlagewerk dienen, wie es eine gründliche Behandlung der Gesamtfrage ist.

Josef März: Die Ozeane in der Politik und Staatenbildung. Jedermanns Bücherei. Mit 36 Karten. 120 S. F. Hirt, Breslau 1931. Geb. 2,85 M.

Das vorliegende Bändchen behandelt eines der wichtigsten Probleme der politischen Geo-

graphie und der Geopolitik, das Verhältnis der Staaten zum Meer. Denn es werden nicht nur, wie der Titel vermuten ließe, die Beziehungen zu den Ozeanen, sondern zu allen Kategorien der Meere behandelt. Der Verf. ist durch frühere Arbeiten, namentlich über Südostasien, dazu besonders geschult. Es ist ihm vortrefflich gelungen, unter Wahrnehmung bekannter Gesichtspunkte, der Lagebeziehungen und der Wachstumserscheinungen (Ströben zum Meer, zur Gegenküste, nach Umrandung der Meere, Etappen und Stützpunkte) und durch Heranziehung zahlreicher mehrfach mit guten Kärtchen belegter Beispiele die politischgeographische Bedeutung des Meeres zu entwickeln.

Otto Junghans: Die nationale Minderheit. Weltpolitische Bücherei Bd. 22. Mit 3 Zeichnungen. 76 S. Zentralverlag, Berlin 1931.

Der Band behandelt die Gesichtspunkte zur Betrachtung der nationalen Minderheiten, die Geschichte der nationalen Minderheit, die Entwicklung des Minderheitenrechts, die tatsächliche Lage in mehr statistischer Darstellung des Zustandes, wobei er sich jedoch nicht auf Europa beschränkt, und den Freiheitskampf der nationalen Minderheit. Er wird allgemein willkommen sein.

Richard Hennig: Geopolitik. Die Lehre vom Staat als Lebewesen. 2., vermehrte Auflage. Mit 81 Karten im Text. 396 S. B. G. Teubner, Leipzig u. Berlin 1931. Geb. 18 M.

Richard Hennigs „Geopolitik“ hat nach knapp drei Jahren eine Neuauflage erlebt, die durchgesehen und wesentlich vermehrt worden ist. Ihr Umfang hat um fast 60 Seiten zugenommen. Sie ist besonders um ein Kapitel über Rasse, Nationalität und Volkstum bereichert worden. Auch in dieser neuen vollkommeneren Gestalt erscheint das Buch als eine anregende und lehrreiche Einführung in den politischgeographisch-geopolitischen Forschungsbereich, ohne daß es aber wirklich erschöpfend bezeichnet werden kann. Doch werden die wichtigsten Probleme behandelt, die sich vielleicht einmal — darauf erhofft der Verf. selbst noch nicht Anspruch —

geschlossenen System runden werden. Zug auf die Bedeutung der Rasse für Staat stehen übrigens Verf. und Referees keineswegs so weit voneinander ab, wie erstere meint. Schon die Annahme des ersten Definition von Volk und Nation zieht ja auch des Verf. Bewertung auf Seite der Nation bzw. des Volkes oder Völker, aus denen die Nation hervorgeht. Ich möchte aber trotzdem bezweifeln, daß es auf der Erde Rassegegensätze gibt, daß sowohl die wichtigsten politischen Entscheidungen der Zukunft bestimmt zwischen Rassen ausgetragen werden? Das wird aber nur der Fall sein, weil sich Teile der Gemeinschaften zu bewußten Nationen haben oder dabei sind, sich als solche bilden. Übrigens gibt der Verf. kaum Befürchtung für die politische Bedeutung der Rassen. Das Verhältnis von Weiß und Schwarz in Lateinisch-Amerika ist bekannt. In Lateinamerika entbehrt dieser Gegensatz dagegen eine besondere Geltung. Daß die Indios sich rassenrein gehalten hätten, kann man bei asiatischer Blickrichtung füglich bezweifeln. Ganz abzulehnen sind aber nach wie vor die Begriffe germanischer, slawischer und romanischer Rasse. Das sind aber einzelwissenschaftliche Ungereimtheiten, die Übereinstimmung im ganzen nicht anstreben.

Offe: Staaten als Persönlichkeiten. Die Hilfe" 1931. 356-360.

Ein beachtlicher Aufsatz, der von der viel üblichen Auffassung des Staats als Persönlichkeit ausgeht und vorschlägt, diese Persönlichkeit folgender generellen Beachtung zu unterwerfen: 1. Material oder Inhalt, d. h. Anlagen, Fähigkeiten, Begabungen; 2. Struktur oder Gefüge einschließlich "Funktion", d. h. Naturell, Ablauf der Handlungen; 3. Qualität oder Artung, System der Befehle.

Graf: Die Geopolitik und die Schule der Gegenwart. Neue Jahrbücher für Wissenschaft und Jugendbildung 1931. 331-343.

Der Verf. gibt der Überzeugung Ausdruck, daß

die Geopolitik unlösbar mit der Problematik der Gegenwart verflochten und darum auf der Schule nicht zu entbehren sei. Wir können nur dem Verf. in seinen Ausführungen restlos zustimmen.

Internationales Handbuch politischer Auskunftsstellen, herausgegeben von dem Völkerbundinstitut für geistige Zusammenarbeit, Paris 1931.

Das Handbuch will in dankenswerter Weise das Studium internationaler Beziehungen erleichtern. Zu diesem Zwecke bringt es eine Liste von Namen und Adressen der als Auskunftsstellen in Frage kommenden Institutionen und fügt jeder Angabe eine kurze Beschreibung des Zweckes, der Organisation, der Tätigkeit, der Beamten, des Datums der Gründung und der wichtigsten Publikationen der einzelnen Institute an. So werden Dänemark, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Neuseeland, Niederlande, Österreich, Polen, Rumänien, Tschechoslowakei, die Vereinigten Staaten, der Völkerbund und sonstige offizielle und private Organisationen behandelt.

Margarete Rothbarth: Geistige Zusammenarbeit im Rahmen des Völkerbundes, Deutschland und Ausland H. 44, herausgegeben von G. Schreiber. 7 u. 195 S. Aschendorff, Münster 1931. Geh. 6,50 M., geb. 7,50 M.

Das vorliegende Buch bietet einen Überblick über die Entwicklung und Leistungen der geistigen Zusammenarbeit im Rahmen des Völkerbundes, die nicht selten erfolgreicher gewesen sind als die rein politischen Bemühungen. Der erste Teil beschäftigt sich mit der Geschichte und der Organisation. Er referiert zunächst über internationale geistige Zusammenarbeit vor und neben dem Völkerbund, die sich auf Kongressen und in internationalen Verbänden abspielt. Von diesen werden eingehender die Akademien, die Brüsseler Organisationen und die Panamerikanische Union behandelt. Der zweite Unterabschnitt beschäftigt sich mit der Organisation der geistigen Zusammenarbeit im Völkerbund. Der zweite Hauptteil skizziert die Arbeitsgebiete. In solcher gründlichen Ausführlichkeit bringt

die Untersuchung wünschenswerte Aufschlüsse. Es kann ebenso Informationsquelle sein, wie von ihm beabsichtigte Werbung für den Gedanken geistiger Zusammenarbeit ausgeht, der viel für sich hat, zu dem sich aber oft — nicht ganz zu Unrecht, weil geistige Zusammenarbeit auf Gegenseitigkeit beruht — die Sachkundigsten nicht bekennen. (Man braucht nur an die irreführenden Darstellungen mancher Geographen der Nachbarstaaten zu denken.)

Alexander Werth-Regendanz: Die *clausula rebus sic stantibus* im Völkerrecht, insbesondere in ihrer Anwendung auf den Young-Plan. Abhandlungen aus dem Seminar für Völkerrecht und Diplomatie an der Universität Göttingen, herausgegeben von Herbert Kraus. H. 1. 199 S. Vandenhoeck u. Ruprecht, Göttingen 1931.

Diese *clausula* bedeutet, daß nach völkerrechtlicher Gewohnheitsrechtsnorm ein Vertrag hinfällig wird, wenn die Verhältnisse, die zu seiner Voraussetzung gemacht worden sind, sich derart geändert haben, daß eine Durchführung des Vertrags nicht mehr möglich ist. Da die im Young-Plan enthaltenen Schutzbestimmungen die *clausula* nicht ausdrücklich aufheben und die Weltdepression die deutsche Leistungsfähigkeit vernichtet hat, so besteht der Young-Plan tatsächlich nicht mehr zu Recht. Der besondere Wert der vorliegenden Untersuchung ist der Nachweis der gewohnheitsrechtlichen Geltung der Klausel, der an einer Reihe von historischen Beispielen geführt wird. Der zweite spezielle Teil betrachtet die Anwendung der Klausel auf den Young-Plan. Er kommt zu dem Ergebnis, daß formell und materiell die in der Klausel verlangten Voraussetzungen erfüllt sind und darum Deutschland bei der Geltendmachung der Klausel in bezug auf den Young-Plan Erfolg beschieden ist.

Heinrich Dörge: Der autonome Verband im geltenden Staats- und Völkerrecht. Ein Beitrag zu den Grundlagen des Rechts der nationalen Minderheit, Quellen und Studien zum Nationalitätenrecht, herausg. von Richard Schmidt und Max Hildebert Boehm. 2. Heft. 110 S. W. Braumüller, Wien u. Leipzig 1931. Brosch. 6 M.

Die Arbeit untersucht das Wesen autonomen Verbände, die auf dem europäischen Kontinent auf die Friedensverträge nach dem Weltkrieg und auf eine Reihe internationaler Nachkriegsverträge zurückgehen, die Gebietskörperschaften Memelland, Kurland, Litauen und die Ålän-Inseln und autonomen Personalverbände der nationalen Minderheiten in Litauen, Estland und Lettland. Das Problem der Betrachtung ist es, zu sehen, daß diese politischen Gebilde den Begriffen der kontinentalen Staatsverträge nicht zu erfassen sind, ohne den realen Verhältnissen, vor allem dem positiven Völkerrecht Gewalt anzutun. Denn es lassen sich überall Merkmale nachweisen, die nur einem Staat eigen sind. Andererseits mangelt es auch wieder an Kriterien, die für den Charakter eines Staates unerlässlich sind. Wesentlich sind darum diese autonomen Verbände weder Staat noch Kommunalverbände. Autonome Länder sind Teile eines Staates, die sich durch den Mangel einer allseitig beherrschenden Staatsgewalt auszeichnet, demnach von der modernen Staatstheorie gefordert durchgehende innere Einheit fehlt. Das wird in klarer Darlegung ausgeführt.

Ar. Poulimenos: Durch Geist zur Macht. 143 S. — Derselbe: Macht und Recht. 284 S. Europa-Verlag, Leipzig 1930.

Der bekannte Verf. der Bücher „Der Geist der europäischen Staaten Europas“ und „Europäische Politik“ hat vor einiger Zeit zwei neue Schriften vorgelegt, die sich allgemeineren Fragen zuwenden. Das erste ist auf der Überzeugung gegründet: Der Geist ist der Zeuge der Macht; die Pflege des Geistes ist daher die Wichtigste im Leben. In diesem Sinne strebt es eine Vertiefung des Geisteslebens. Denn der Wille zur Macht ist der Wille zum Leben, und Macht ist des Lebens innerer Kern. Zur Macht führt der durch Geist gebildete und belebte Wille. Im Mittelpunkt stehen Erörterungen über die Macht des Geistes und Machtentfaltungen in Frieden und Krieg. Das griechische Vorbild wird gestreift. Nutzenanwendungen folgen, und die Grenzen der Macht werden abgesteckt. Das zweite B.

in der Ideenführung eng an. Es ist Aufhellung des Verhältnisses von Macht Recht gewidmet. Recht ist dem Verf. ein Machtbegriff und hat mit Gerechtigkeit, Moral, Ethik, Religion, Tugend verwandten Spekulationen nichts zu tun. Es ist Wille und Imperativ der jeweils eigenen Interessen. Am Anfang des Rechts steht die Macht. Kein Recht ohne Macht! Diese Thesen werden in geistreicher Analyse auf Klärung der Begriffe Berechtigung, Gerechtigkeit, Innehabung, Besitz und Eigentum abgehandelt, die aus Macht und Recht abzuleiten sind. Der zweite Teil beschäftigt sich mit dem Verhältnis von Macht, Recht und Staat. Die Darlegungen zeichnen sich durch Klarheit der Gedanken, große Belesenheit und Sachkenntnis aus und dürfen als Untersuchungen der Grundfragen des Staatenlebens nachdrücklich empfohlen werden.

Busse: Technik, Wirtschaft, Staat. Schriften des Reichsbundes deutscher Techniker. Technisch-wirtschaftliche Reihe, H. 3. S. Reichsbund deutscher Technik, Berlin.

Das Ergebnis der kleinen Schrift ist dieses: Die Errichte der modernen hochtechnisierten Produktion werden der Menschheit nur voll zufließen, wenn die neue Welt sich auf Grundlagen der neuen technischen Produktionsgesetze aufbaut und darin nicht durch politische Rücksichtnahmen gehemmt wird. Wir haben diesen Gedanken als Inkongruenz von staatlicher und weltwirtschaftlicher Entwicklung in dem Bericht über die Weltkrise formuliert.

Rad Tennstaedt: Die neue Kultur. 8 S. Otto Hillmann, Leipzig 1931. Brosch. 3 M.

Der Verf. strebt nichts mehr und nichts weniger als eine neue Kultur an. Es hieße die heutige Kultur mobilisieren, wenn man ein Buch kritisieren wollte. Der zweite Teil streift viel Historisches und Politisches. Der Weg zur neuen Kultur trotz der Aufklärung des Typs des „Großhirn-Menschen“ in Zukunft klar werde oder besser als das Neue erscheine, kann man nicht sagen. Es soll sogar scheinen, als ob der Grund-

gedanken zur „neuen Kultur“ tief in der alten verwurzelt sei.

E. Horneffer: Pazifismus. Eine philosophische Untersuchung. 2., unveränderte Auflage. 68 S. R. Voigtländer, Leipzig.

Staat und Leben sind dem Verf. die beiden Torwächter, deren gründliche Erfragung der Zutritt zur Friedensfrage erlauben. Der Staat allein ist ihm die Macht, die auch die sittlichen Werte zu schützen vermag. Wille zur Form ist ihm Inbegriff des Lebens, und damit findet er die enge Beziehung zum Staat. Auch der Staat ist aus einem solchen Willen zur Form geboren, subordiniert dem allgemeinen Willen zur Form im Leben. Immer nur von dem einzelnen Menschen ist der Pazifismus gepredigt worden, nie ist er vom Staat ausgegangen, weil er dem Staat fremd ist als Zerstörer des Willens zur Form und damit auch als Vernichter eines der Wesenszüge des Lebens. Das ist der beachtenswerte Inhalt der tiefeschürfenden Studie.

Max Ottopál: Antipolitik. Die Welt ohne Grenzen. 171 S. Paul List, Leipzig 1931. Brosch. 4,25 M.

Antipolitik muß natürlich ein ganz anderes System an die Stelle des gegenwärtigen setzen. Es ist infolgedessen natürlich, daß der Verf. mit dem Nationalismus, dem Jesuitismus oder päpstlichen Imperialismus, aber ebenso auch mit dem sozialistischen Imperialismus abrechnen muß. Sie gehören ihm „auf den Kehrhaufen der Geschichte“. Neben dem Historisch-Überkommenen sind Demokratie, auf das Kapital gegründete Wirtschaft und Geld, Marxismus die Triebkräfte der Gegenwart. Das Ziel der Betrachtungen ist eine „übernationale AG. der Erdwirtschaft“. Steckt viel Gesundes in diesen Darlegungen, so vermißt der auf dem Boden der Wirklichkeit stehende Leser leider Betrachtungen über die unvermeidlich nächsten Stufen zu einer künftigen Gestaltung, über die kaum etwas auszusagen ist. Mit anderen Worten: er vermißt des Verf. Einblick in das gegenwärtige Wesen der Erde und der Menschheit. Immerhin ist das Buch anregend.

Zwanzig Jahre Weltgeschichte in 700 Bildern (1910–1930). Mit einer Einleitung von Friedrich Sieburg. 284 S. Transmare Verlag, Berlin 1931. Geh. 4,80, geb. 5,80 M.

Es ist, so leitet Sieburg ein, „die beste Zeit und die schlechteste Zeit, die Zeit der dunkelsten Verblendung und der schärfsten Erleuchtung, die Zeit des rückhaltlosesten Opfermuts und der böartigsten Gewinnsucht, die Zeit des größten Getreideüberflusses und der zahlreichen Hungertode, die Zeit der sportlichen Unschuld und der blutbefleckten Wollust, die Zeit der schlaffen Hände und der geballten Fäuste, die Zeit des Massenmordes und des Heilserums, die Zeit der technischen Triumphe und der Naturkatastrophen, die des weißen und des roten Terrors. Es ist die Zeit, in der es heißt «Voldampf voraus!» und «Wer weitergeht, wird erschossen!»“, durch die dieses weltgeschichtliche Bilderbuch führt, selbst zeitgemäß in einer „Zeit, die keine Zeit hat, und die in jeder Minute eine Ewigkeit zurücklegt“. Vor dem Betrachter spielen sich die Geschehnisse dieser außerordentlichen Zeit ab, die vielleicht in

solcher kaleidoskopartigen Schau am ehesten begriffen werden kann, die die Welt der Trümmer gestürzt hat, an deren Ringen die Alten mit dem Neuen, um neue Formen des neuen Inhalt wir Zeitgenossen sind. Sie ist die Zeit vom tiefsten Frieden zum ungeheuerlichen Krieg und zum neuen Europa (?). Der Kampf fällt auf gestürzte und neue Throne, auf Machthaber, Mörder und Opfer. Die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten von Amerika sind die regionalen Gegenpole. Asien, Afrika und Lateinamerika ordnen sich der neuen Weltzeit unter. Moden, neuer Stil und Mittel der Kunst im 20. Jahrhundert werden gemustert. Bilder für eine Zeit der Frau, des Kindes und des Kindes. Rekorde folgen, in der Kirche und der Gesellschaft mehr mit den wissenschaftlichen und technischen Errungenschaften kontrastieren sie jedoch in den Katastrophen ihre Grenzen finden. Es ist die Zeit, in der wieder einmal die Sehnsucht nach dem Weltfrieden gebrochen wurde, und in der die Welt in Waffen stehen bleibt. Wer sich diese zwanzig Jahre noch einmal vergegenwärtigen will, muß dieses Bilderbuch durchblättern.

GERHARD HERRMANN:

Weltwirtschaftlicher Literaturbericht

Ferdinand Fried: Das Ende des Kapitalismus. Verlag Eugen Diederichs, Jena 1931. Preis kart. 4,80 M., geb. 5,80 M.

Robert Friedländer-Precht: Wirtschaftswende. Die Ursachen der Arbeitslosenkrise und deren Bekämpfung. Paul List Verlag, Leipzig 1931.

Es ist das unbestreitbare, ja geradezu historische Verdienst von Ferdinand Fried als Erster — von Oktober 1929 an — in einer sehr bekannt gewordenen Aufsatzreihe in der „Tat“ mit aller Deutlichkeit und Schärfe auf die Systemkrise des Kapitalismus hingewiesen zu haben. Vor einigen Monaten sind diese Aufsätze auch in Buchform erschienen.

Aufbauend auf der historischen Gestaltung des Kapitalismus im Laufe des 19. Jahrhunderts, schildert F., wie das diesem

System immanente Gelddenken zu einer zunehmenden Versachlichung und Entseelung der Beziehungen des Menschen zur Ware und zwischen anderen Menschen führt. Der Einzelne keinen Beruf mehr, sondern nur eine Stellung, ist Sklave der Wirtschaft, nicht Herr. Im gesellschaftlichen Aufbau vergrößert sich als Ergebnis dieses Entwicklungsprozesses die soziale Kluft. Einer Oligarchie der Vermögenden auf der einen Seite entspricht die Pauperisierung der Massen und die Unterhöhlung eines selbständigen, kulturtragenden Mittelstandes. Diese Spannung innerhalb der Einkommenschichtung wird weiter dadurch verschärft, daß für den Einzelnen die Aufstiegsmöglichkeiten infolge der wachsenden Vertrustung und Bürokratisierung des W

aufbaus gleich Null sind, um so mehr, Führerstellen zu einem erheblichen Händen der alten Wirtschaftsaristokratie bleiben, obwohl die heute am Ruder stehende zweite Generation nicht mehr über die nötige Energie und Beweglichkeit verfügt, um in dem Bestreben zur Erhaltung des Bestehenden ihre Kräfte erschöpft. Die Wirtschaftsordnung, die zu diesem Zustande hinübergeführt ist in ihren Grundlagen erschüttert, im Laufe der Entwicklung die im freien Wettbewerbskampf liegenden Reinigungskräfte allmählich ausgeschaltet wurden, und es zu einer Erstarrung der wirtschaftlichen Kräfte gekommen ist, die in der gegenwärtigen Weltwirtschafts-krise ihren eklatantesten Ausdruck findet. Auf dem Weg aus dieser Auflösung der Weltwirtschaft sieht F. in der Herausbildung einer neuen, planwirtschaftlich organisierter Wirtschaftsräume, die nicht nach liberalen Grundsätzen sich entwickeln, die ihre Entwicklung vielmehr von der Gesamtheit her, durch den Staat erfahren. Die Wirtschaft ist dann nicht mehr selbstherrlich, sondern ein Teil eines umfassenden Ganzen. Diese neue Einschaltung des Staates in die Wirtschaftsgestaltung führt naturgemäß zum Verfall der Weltwirtschaft im prägnanten Sinne, die ja grundsätzlich auf Freihandel gestützt ist. Im Gegensatz hierzu tendieren die geschlossenen Nationalwirtschaften ihrem Wesen nach auf Selbstgenügsamkeit, wenn diese nie erreicht werden kann, sondern ein ständiger Austausch der Produktionsspitzen beider notwendig werden muß. In dem allerseits zunehmenden Hochprotektionismus ist diese Entwicklung bereits weitgehend vorgeformt. Es ist nur notwendig, hieraus die grundsätzlichen Folgerungen zu ziehen. Diese Grundsätze werden von Fried außerordentlich lebendig, ja geradezu suggestiv, dargestellt und mit einer Menge, teilweise wenig bekannten Materials illustriert. Manchen Einwandes im Einzelnen, so ist das Entwicklungstempo der wirtschaftlichen Strukturwandlung, in der wir stehen, zu kurz angesetzt, vermittelt die Lektüre Anregungen und ist sehr zu empfehlen.

Wie sehr derartige Gedankengänge zur Zeit in der Luft liegen, zeigt die Tatsache, daß das Buch von Friedländer-Prechtel, wenn auch von ganz anderen Ausgangspunkten kommend, zu einem sehr ähnlichen Endergebnis gelangt. Ausgehend von dem Problem der strukturellen Arbeitslosigkeit, gelangt Friedländer zu einer plastischen, oft originellen, wenn auch mehr theoretischen Darstellung der volkswirtschaftlichen Zusammenhänge, die geradezu eine Einführung in wirtschaftliches Denken überhaupt darstellt. Er kommt ungefähr zu dem folgenden Ergebnis:

Obwohl gegenüber der Vorkriegszeit die Bevölkerungsvermehrung auf mehr als die Hälfte zurückgegangen ist und für die Zukunft sogar Rückgang zu erwarten ist, stehen heute einige Millionen mehr Arbeitskräfte zur Verfügung infolge des veränderten Altersaufbaus und des Zudrangs von früher nicht arbeitenden Personen. Demgegenüber ist der Arbeitsbedarf der deutschen Wirtschaft vergleichsweise zurückgegangen infolge der Rationalisierung und des verringerten Vorsorgedienstes für den Bevölkerungszuwachs. Vermögensbildung und Unternehmungslust haben gegenüber der Vorkriegszeit eine erhebliche Einbuße erlitten. Eine den Ausgleich herbeiführende wesentliche Steigerung des Exports ist nicht zu erwarten. Im Gegenteil nimmt der Exportdruck der konkurrierenden Industriestaaten auf den Weltmärkten immer mehr zu. Demgegenüber bestehen innerhalb Deutschlands eine Reihe Arbeitsziele volkswirtschaftlich produktiver Natur, die sich allerdings ihrem Wesen nach privatwirtschaftlicher Initiative verschließen und nur durch eine planvolle Staatswirtschaft bewältigt werden können. Eines der wesentlichen Wirtschaftsziele müsse also die möglichste Autarkisierung der deutschen Wirtschaft sein. Da nicht damit gerechnet werden kann, daß das Millionenheer der Arbeitslosen durch die natürliche Entwicklung der Wirtschaft aufgesogen werden kann, vielmehr die Arbeitslosigkeit chronischer Natur ist, müssen die vorhandenen zusätzlichen Arbeitskräfte in zusätzlichen volkswirtschaftlich-produktiven Großarbeiten be-

schäftigt werden. Die bisherigen Maßnahmen, wie Lohnsenkung, Preissenkung, Sparmaßnahmen, stellten nur eine Verlagerung von Kaufkraft, aber nicht eine reale Vermehrung derselben dar.

Da die deutsche Wirtschaft über ausreichende Produktionsstätten und über Arbeitskräfte verfügt, muß es möglich sein, diese beiden Faktoren in Güter bzw. Anlagen umzuwandeln. Eine solche einheitliche Wirtschaftsaktion ist aber nur möglich durch Aufstellung und Durchführung eines Wirtschaftsplanes, der sich auf alle Gebiete des Wirtschaftslebens erstreckt und dem Investitionspolitik, Handelspolitik und Verbrauchspolitik unterzuordnen sind. Dieser Wirtschaftskrieg zur Bekämpfung der chronischen Arbeitslosigkeit, der eine Frage der Wirtschaftsexistenz ist, ist getragen von dem Willen zur Gesamtheit, zum Staatsbestand. Hinter allem steht die ebenso einfache, wie gegenüber dem heutigen tatsächlichen Zustand revolutionäre Erkenntnis, daß echte Volkswirtschaft mehr ist als die Summe einer Reihe von Einzelwirtschaften. —

H. R. Knickerbocker: Der rote Handel lockt. Ernst Rowohlt Verlag, Berlin 1931. Kart. 4,80 M.

Richard Oehring: Sowjethandel und Dumpingfrage. Ernst Rowohlt Verlag, Berlin 1931. Kart. 2,85 M.

Diese beiden Bücher beleuchten die seit ungefähr Jahresfrist sehr aktuell gewordene Frage nach dem Einfluß der russischen Ausfuhr auf die Weltwirtschaftskrise im besonderen und den Kapitalismus im allgemeinen. Ist es für die kapitalistische Welt überhaupt ratsam, mit Sowjetrußland Handel zu treiben? Interessanterweise kommen beide Darstellungen zu recht abweichenden Ergebnissen. Oehring leugnet jede „Gefährdung“ durch Dumping schlechthin, während Knickerbocker im Anschluß an sein vorangegangenes Buch „Der rote Handel droht“ zwar zu einer sehr pessimistischen Zukunftsschilderung kommt, andererseits aber an eine praktische Durchführung wirksamer Gegenmaßnahmen selbst nicht glaubt. So klingt seine Darstellung in ein recht elegisches „Wait and

see“ aus. Knickerbocker machte eine außerordentlich lebendig geschilderte Rundschau durch alle wichtigen Handelszentren Europas und malt, voll Anerkennung der russischen Rührigkeit, die Gefahren der russischen Konkurrenz auf den Weltmärkten in schwärzesten Farben, von der freilich in erster Linie die Rohstoffexporteure des amerikanischen Kontinents betroffen werden. Durch Einigkeit der kapitalistischen Mächte könnte der russischen Warenflut ein Damm entgegengesetzt werden. Alle Gegenmaßnahmen einzelner Staaten seien zum Scheitern verurteilt. Andererseits sei die Rivalität innerhalb Europas viel zu groß, um eine solche Einigung je zu erzielen, die sich, wenn jemals erreicht, dann ebenso gegen Amerika richten würde. Vor allem Italien und Deutschland würden einer starken Boykottbewegung gegenüber das Sowjetsystem stets im Wege stehen.

Oehring hingegen bemüht sich um die Nachweis, daß die meisten Rohstoffpreise bereits vor den Exporten der Russen zusammengebrochen waren und daß die Russen nicht Dumping treiben, daß Dumping vielmehr eine „normale Methode des kapitalistischen Handels“ sei, wogegen für Rußland die Absatzschwierigkeiten auf dem inneren Markt nicht gegeben seien, die sonst Dumpingexporte erzwingen. Der Sowjetexport ist vielmehr ein mittelbares Mittel zum Zwecke des Importes.

Nach einer grundsätzlichen Auseinandersetzung mit der Dumpingfrage entwickelt Oehring die Grundlagen des Sowjetaußenhandels und seine Zusammenhänge mit dem Fünfjahresplan und versucht zum Schluß die Vorwürfe des Russendumpings für die wichtigsten Waren von Fall zu Fall zu entkräften. Zur Erhärtung seiner Thesen stützt sich zwar Verf. überwiegend auf russische offizielle Angaben, natürlich nicht immer stichhaltige Äußerungen, bringt aber daneben auch zahlreiche Meinungsäußerungen von kapitalistischer Seite in seinem Sinne.

Bei aller Gegensätzlichkeit der Anschauungen geben beide Bücher zusammen einen guten und raschen Einblick in die weltwirtschaftlichen Verflechtungen Sowjetrußlands. Für

nahmt auch die Einseitigkeit beider
n daran, wie unmöglich es heute ist,
ussische Wirtschaftsfragen ein unabhän-
und objektives Urteil zu gewinnen.

Haydu: Ins Chaos? Tragödie der
ern, der Arbeiter, des Kapitals. Amal-
-Verlag, Wien 1931. Geh. 3 M., geb.
b M.

es ohne wissenschaftlichen Ehrgeiz ge-
ene Buch gibt einen sehr lebendigen
ick über den Verlauf der Weltwirt-
krise vom Herbst 1929 bis zur Gegen-
Verf. sieht in dieser Entwicklung den
menbruch des Kapitalismus als Wirt-
system. Die farbige, freilich ausge-
en feuilletonistische Form der Dar-
g dürfte besonders für den wirtschaft-
Fragen fernstehenden Laien geeignet
und ihm die an sich trockene Materie
glücklich veranschaulichen. Die Tat-

sachenangaben erwiesen sich auf Grund von
Stichproben als zuverlässig.

**Wilhelm von Kries: Herren und Knechte
der Wirtschaft.** Verlag Deutsche Rund-
schau G. m. b. H., Berlin 1931. Geh. 4,40 M.,
geb. 5,30 M.

Es ist schade um dieses Buch. Die an sich
verdienstvolle Bemühung, die tieferen Zu-
sammenhänge von Mensch und Wirtschaft,
von Kultur und Wirtschaftsform aufzudecken
und von ihnen aus zu einer Kritik am System
des Kapitalismus zu gelangen wird mit völlig
unzureichenden methodischen und begriff-
lichen Mitteln unternommen. Der gestellten
Aufgabe wird hiermit mehr geschadet als ge-
nutzt. Der Versuch, neue Wege zu gehen,
mißlingt so in einem dilettantischen Durchein-
ander allgemeiner Formulierungen, in dem
einige geistvolle Bemerkungen hoffnungslos
versinken.

ERICH OBST UND HANS-JOACHIM RUST:

Literaturbericht aus Europa und Afrika

V. Antonow: Das Sowjetparadies.
erschneit durch die russische Revolution.
S. H. W. Hendriock Verlag, Berlin-
glitz 1931. RM. 4,-.

Verfasser, gezwungenermaßen Tscheka-
issar geworden, erlebte die Revolution
Kerenskis Sturz bis zu Stalins Macht-
sozusagen von Amts wegen. Seine Er-
é gehören bereits der Geschichte an,
als Material der Geschichtsschreibung
auch sehr willkommen sein, sind aber
von entfernt, in ihrer jetzigen Fassung
schichtsschreibung angesprochen werden
nen. Episoden reihen sich an Episoden
größere Kapitel zusammengefaßt: Das
he Massengrab, Warum Buchanan den
ben Ministerpräsidenten Stürmer stürzte,
ombierte Wagen, Die historische Nacht
5. zum 7. November, Das Triumvirat
Trotzki-Dsienrshinski, Die Epigonen,
ewismus und III. Internationale — ohne
ch klare Leitlinien der bolschewistischen
tion erkennen lassen.

**G. Nioradze: Begräbnis und Totenkultus
bei den Chewssuren.** 59 S. mit 33 Ab-
bildungen auf Tafeln. Strecker und Schrö-
der Verlag, Stuttgart 1931. RM. geh. 4,50,
Leinen 6,50.

„Schluchtenbewohner“ sind die „Chews-
suren“, die sich als georgischer Völkerspitter
in Stärke von kaum mehr als 3500 Seelen
in den Hängen beiderseits des Hauptkammes
des Kaukasus erhalten haben. Als „ein rauhes,
unwirtliches Gebiet, das seinen Heimatsöhnen
nur ein karges, hartes Dasein zu bieten ver-
mag“, schildert der Verf. diese zudem un-
wegsame Gebirgswelt. Hier konnte sich eine
Religionsanschauung und Ideenwelt erhalten,
die von der angrenzender Völker verschieden
ist und gemäß der primitiven Sitten und Ge-
bräuche des Volkes uralte sein dürfte. Der Be-
gräbnis- und Totenkult ergibt sich aus den
Glaubensgrundlagen. Aber auch hierher dringt
die umwälzende Macht der Sowjets, und die
Chewssuren sind im Begriff, ihre Sonderheit
der Zivilisation zu opfern.

G. Schwarzenberger: Das Völkerbundsmandat für Palästina. 102 Seiten. 21. Heft der Tübinger Abhandlungen zum öffentlichen Recht. Herausg. von A. Hegler, L. v. Koehler, H. Pohl, C. Sartorius, A. Schoetensack. Verl. Ferdinand Enke, Stuttgart 1929.

Die Einleitung begründet das völker- und staatsrechtliche Schicksal Palästinas bis 1914 aus seiner geopolitischen Lage als Brückenkopf zwischen Nordafrika und Kleinasien, zwischen Mittelmeer und Indischem Ozean. Historisch interessieren im 1. Hauptteil die Fragen der englischen Annexionspolitik (vgl. J. Cohn: England und Palästina, Kurt Vowinckel Verlag, 1931, besprochen in der „Z. f. G.“, 1931, Heft 4). In der Balfourdekларation erblickt Verf. lediglich eine politische Sympathiekundgebung der britischen Regie-

rung für die zionistische Bewegung; einer kerrechtlichen Bedeutung wird verneint. Der 2. Hauptteil behandelt die innere Organisation der Mandate Palästina und Transjordanien. Verf. ist der Ansicht, England habe bewußt die jüdische Minderheit in Palästina geschaffen, um sie gegen die arabische Mehrheit ausspielen zu können. Anschließend terzieht er die Stellung Palästinas und Transjordanien einem Vergleich mit der anderen Mandate und englischer Kronkolonien: in der Palästina-Mandatsfrage vorwiegend politische Hintergründe walten, nähme es im Rahmen des Britischen Imperiums eine Kronkolonien ähnliche Stellung ein. Die Artikel der Mandatssatzung (in englischer Sprache) folgen im Anhang.

*Diesem Heft liegt ein Prospekt der Firma B. G. Teubner, Leipzig, bei,
dem wir besondere Beachtung zu widmen bitten.*

Verantwortlich sind: Professor Dr. K. Haushofer, München O 27, Kolberger Str. 18 / Professor Dr. E. Obst, Hannover
Alleestraße 18 / Professor Dr. Maull, Graz, Hilmteichstr. 23 / Verlag: Kurt Vowinckel Verlag G. m. b. H., Berlin
Grunewald, Hohenzollerndamm 83 / Druck: Spamersche Buchdruckerei in Leipzig / Alfa-Papier von E. A. Ge
Berlin SW 68

REGISTER

ZUM VIII. JAHRGANG 1931 DER ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

te, die man unter C nicht findet, suche man unter K oder Z und umgekehrt; desgleichen Stichworte, die man unter Y nicht findet, unter J.

Müller, K. 500: auf S. 500 beginnt ein von K. Müller verfaßter Beitrag.

Müller, K. 600*: auf S. 600 wird K. Müller im Text zitiert.

Müller, K. 700**: auf S. 700 wird ein von K. Müller verfaßtes Buch im Literaturbericht angezeigt.

d, H. 94*.

on, Lord d' 712*.

inien: Berichterstattung 12.

tung: Berichterstattung 10, 343 bis

502, 736, 744, 751, 802, 867.

, J. 834.

nistan: Berichterstattung 12, 18, 506, 742.

en: Berichterstattung 12, 108-109, 271,

421-422, 506, 589, 592, 737-738,

- Entwicklung der Erdbevölkerung

des Deutschtums in der Welt 125 bis

211-217 - Die Bevölkerungsentwick-

1928-1931 132-139 - Die Mil-

enstädte der Erde 152-154 - Das

Einwanderungsgesetz der Union von

afrika 234-235 - Die französische

ssaharabahn 370-379.

en: Berichterstattung 108, 346, 421,

737-738 - Weltwirtschaftliche Be-

erstattung 158 - Übersicht über den

eren Orient 295-298 - Bibliographie

3-1930 175.

R. H. 672*.

ien: Berichterstattung 351 - Die

olitischen Probleme des Adriatischen

res 683-688 - Albanien 689-692.

t, E. 327**.

: Berichterstattung 506.

K. 649**.

n, G. 187, 355*, 412**, 618, 627*.

sius, E. 336**.

ka: Berichterstattung 21-25, 109, 195

201, 278-282, 430-434, 511-516,

607, 677-682, 746-751, 805-810,

875 - Entwicklung der Erdbevölke-

rung und des Deutschtums in der Welt

125-131, 211-217 - Die Bevölkerungs-

entwicklung 1928-1931 132-139 - Chi-

lenisch-patagonische Grenzprobleme 140 bis

145 - Die Millionenstädte der Erde 152

bis 154 - Die Indianer und ihre Kultur

einst und jetzt 235-239, 306-313, 383

bis 387 - Ursprünge der mexikanischen

Staatspolitik 379-383 - Die nordamerika-

nische Tendenz des Nikaragua-Kanals 628

bis 634 - Argentinische Außen- und

Grenzbeziehungen 699-705, 761-767, 824

bis 829.

Anam: Berichterstattung 17.

Ancel, I. 493**, 719**.

Andréadés, A. 779**.

Andree, S. A. 495**.

Andrews, C. F. 171**, 800*.

Angell, J. W. 254**.

Antonow, W. W. 911**.

Arabien: Berichterstattung 277, 346, 505,

506, 596 - Übersicht über den vorderen

Orient 295-298 - Bibliographie 1928 bis

1930 174-175.

Arabischer Meerbusen: Berichterstattung

596.

Argentinien: Berichterstattung 25, 106, 120,

121, 122, 196, 200, 280, 430, 434, 515,

596, 601-602, 607, 677, 748, 749, 810,

875 - Weltwirtschaftlicher Bericht 394 -

Chilenisch-patagonische Grenzprobleme 140

bis 145 - Argentinische Außen- und

Grenzbeziehungen 699-705, 761-767, 824

bis 829 - Zur Erdölpolitik der Groß-

mächte 705-711, 768-773, 829-833.

Arktis: Berichterstattung 607.

Aubin, G. 537*.

Aufhauser 412**.

Australien: Berichterstattung 14, 109, 113, 114, 115, 193, 271, 272-274, 276, 354 bis 355, 423-424, 600, 676, 798 — Weltwirtschaftlicher Bericht 155 — Zur Erdölpolitik der Großmächte 705-711, 768 bis 773, 829-833.

Baden-Powell 408*.

Baelz, E. 167**.

Bagaria, H. P. 302*, 305*.

Balfour-Deklaration: Berichterstattung 592.

Bandmann, E. 203*.

Banse, E. 173**, 567**, 900**.

Baranskii, I. 473*, 478*.

Barb, A. 617*.

Barness, H. E. 325**.

Bäreninsel: Berichterstattung 607.

Batavia: Berichterstattung 593, 594.

Bauer, P. 173**, 409**.

Bauer-Mengelberg, K. 656**.

Baumann 519*.

Bäumer, G. 666*.

Beebe, W. 173**.

Beelitz 415**.

Behrmann, W. 323**.

Belgien: Berichterstattung 16, 268, 275, 351, 421, 502, 514, 681, 733, 736, 744, 808, 859 — Die internationale Kolonialausstellung in Paris 1931 557-561.

Bell, G. 174**.

Bell, K. 844**.

Bentwich, N. 174**.

Bergius 717*.

Bergsträsser 847**.

Berka, G. 618*.

Bernatzik, H. A. 494**.

Bernatzik, H. R. 720**.

Bernhard, L. 493**.

Berthelot, A. 405**.

Bevölkerungsfragen: Lebenskampf im östlichen Raum 97-102 — Entwicklung der Erdbevölkerung und des Deutschtums in der Welt 125-131, 211-217 — Die Bevölkerungsentwicklung 1928-1931 132-139 — Die Millionenstädte der Erde 152-154 — Rassenspannung in Nordostasien 757-760.

Bhutan: Berichterstattung 17.

Biehl, M. 602*, 749*, 750*, 751*.

Birkenfeld, L. 334**.

Boas, F. 236*.

Böckenhauer, M. 255**.

Boehm, M. H. 324**.

Bolivien: Berichterstattung 25, 120, 122, 200, 679, 749.

Bon, G. 1e 334**.

Bonn, M. J. 254**.

Borchling, C. 649**.

Bosshard, W. 409**, 568**.

Bouron, N. 175**.

Brasilien: Berichterstattung 24, 25,

120, 121, 122, 196, 200, 201, 430-

434, 515, 602-603, 607, 678-679,

809-810, 874-875 — Weltwirtschaftl.

Bericht 155, 157.

Braun, F. 332**.

Braun, G. 413**, 903**.

Brayel, F. L. 597*.

Brendel, J. 328**.

Bride, Mc 312*.

Brinkley 410*.

Britische Besitzungen: Statistik 320.

Britisch-Indien: Berichterstattung 13,

15, 16, 109, 110, 111, 112, 113, 189,

192, 267, 271, 274-277, 278, 351,

354, 422, 423, 424, 428-429 (Kong-

forderungen), 504, 505, 506, 507, 508,

594, 596, 597, 598-599, 670-676,

740, 741-743, 745, 799-800, 801,

860, 864-866, 867-868, 870 +

Kohlenpolitik in Ost- und Südasien 146

152 — Wanderwucht der Monsunlän-

224-234 — Strukturelle Erneuerung

der indischen Industrie und Wirtsch.

298-305.

Britisch-Kolumbien: Berichterstatt.

427.

Brockway, F. 409**.

Brown, A. J. 410**.

Bruce, I. P. 194*.

Brüschwien, H. 247*.

Brutzkus, B. 108*.

Buck, J. L. 194*.

Buck, P. E. 510*.

Bulgarien: Verschiebungen im Donaur

177-182.

Burgdörfer, F. 125, 127*, 130*,

212*, 314*.

Burgenland: Der burgenländische R

608-618.

Burma: Berichterstattung 15, 17, 111,

595, 598-599, 672, 675, 676, 740,

797, 804.

Busse, K. 907**.

am, E. P. Mc 175**.
 antanjen, H. 54.
 el 712*.
 P. 119*, 604*.
 on: Berichterstattung 593, 594.
 T. T. 783**.
 Ta 800*.
 erton, G. K. 848**.
 wode, Ph. 801.
 e: Berichterstattung 25, 120, 121, 122,
 6, 200, 434, 515, 516, 596, 601, 607,
 7-678, 746-748, 810 — Chilenisch-
 antagonische Grenzprobleme 140-145.
 a: Berichterstattung 13, 14, 16, 19, 20,
 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116,
 17, 186, 187, 192, 194, 271, 275, 277,
 8, 351, 353, 354, 355-356, 424 bis
 17, 428, 504-505, 507, 508-510, 595,
 6, 597, 599, 600, 670, 671, 672, 675,
 3, 739-740, 741, 742, 743, 745, 749,
 0, 794, 795, 797, 799, 800-801, 802,
 14, 809, 864, 866, 867, 868, 869, 870
 Die Kohlenpolitik in Ost- und Südasiens
 146-152 — Wanderwucht der Monsun-
 nder 224-234 — Kommunismus, Bauern-
 ewegung und die Kommunistische Partei
 China 618-628 — Chinesisch-Turkestan
 2-699 — Rassenspannung in Nordost-
 ien 757-760 — Das chinesische Wirt-
 schaftsprogramm 760-761 — Die Wirt-
 schaftsprovinzen Chinas 818-824, 880 bis
 36 — Die Sungari-Linie 886-888.
 istoff, Th. 845**.
 ng-Fu-Chang 670*, 672*.
 now, G. 577, 651**.
 perton: Berichterstattung 199.
 n, J. 329**.
 e, R. 174**.
 onnor, Sir Fr. 422*.
 denhove-Kalergi, R. N. 567**, 734*.
 dner, W. 573**, 903**.
 utzburg, N. 413**, 566**.
 cker, W. R. 797*.
 açao: Berichterstattung 743.
 chen, G. Mc 312*.
 emark: Berichterstattung 351, 589, 590,
 7, 796, 874 — Weltwirtschaftlicher Be-
 richt 155 — Die Ostsee als Lebensraum
 76-880 — Statistik 321.
 zig: Berichterstattung 344-345, 419,
 34, 857, 862.
 T. 170**.

Dennergy, E. 186*, 194*.

Denny, L. 176**.

Deuth, J. 857*.

Deutschland: Berichterstattung 7-11, 13,
 14, 18, 23, 24, 103, 104, 105-107, 115,
 120, 124, 184, 199, 266, 267-268, 269,
 270, 275, 341-343, 344, 351, 418-420,
 425, 430, 432, 433, 434, 500, 501-503,
 508, 511, 512, 515, 585-588, 590, 602,
 605, 606, 665, 666, 667, 668, 669, 680,
 681, 682, 731-735, 737, 739, 740, 742,
 750, 751, 791-794, 795, 810, 856-859,
 861, 863, 864, 866 — Weltwirtschaftlicher
 Bericht 156, 157, 391-393, 394-395,
 635, 636-638 — Ein Volk, ein Staat! 1-6
 — Fernöstliche Erfahrung und mittel-
 europäische Praxis (Berichterstattung) 13
 bis 21 — Österreichs Verkehrswesen, seine
 Bedeutung für Weltwirtschaft und Reich
 87-92 — Lebenskampf im östlichen Raum
 97-102 — Entwicklung der Erdbevölke-
 rung und des Deutschtums in der Welt
 125-131, 211-217 — Verschiebungen im
 Donaauraum 177-182 — Wende der Außen-
 politik 257-265 — Raum und Geschichte
 im deutschen Nordosten 282-287, 364 bis
 370 — Kurswagen nach Österreich 317
 bis 320 — Verkehr im Kaiser-Wilhelm-
 Kanal 1913, 1927-1929 322 — Ein An-
 fang 337-340 — Reichsreform und Öster-
 reich 497-499 — Mecklenburg in der
 Neugliederung des Deutschen Reiches 517
 bis 524 — Wirtschaftsraum Niedersachsen
 524-533 — Erdraum und Schicksal 542
 bis 557 — Die internationale Kolonialaus-
 stellung in Paris 1931 557-561 — Deutsch-
 land zwischen Ost und West 577-584 —
 Weltagrarlage und Wende der deutschen
 Landwirtschaft 640-646 — Der deutsche
 Weg 657-664 — Zur Erdölpolitik der
 Großmächte 705-711, 768-773, 829 bis
 833 — Landwirtschaft und Planwirtschaft
 724-730 — Der Kampf um die bayerische
 Ostmark 752-756 — Aufbruch zum Mor-
 gen 785-790 — Das Sicherheitsproblem
 im baltischen Raum 811-818 — Deutsch-
 land gegen Frankreich 849-855 — Die
 Ostsee als Lebensraum 876-880 — Sta-
 tistik 320.

Deutsch-österreichische Zollunion: Be-
 richterstattung 666, 667.

Dix, A. 108*.

Donner, F. H. 358*.

Dörge, H. 906**.

Douillet, J. 652**.

Dschibuti (Freihafenzone): Berichterstattung 12.

Dubosqu, A. 187*.

Dubreuil, H. 253**.

Duceran 601*.

Eckardt, A. 173**.

Eckardt, H. von 489*, 491**.

Eckart 478.

Ekuador: Berichterstattung 121, 122, 603, 746, 748–749, 810.

Enderes, B. von 87.

England (s. Großbritannien).

Erythra: Berichterstattung 420.

Esterer, M. 742*, 757.

Estland: Berichterstattung 514, 861 — Lebenskampf im östlichen Raum 97–102 — Das Sicherheitsproblem im baltischen Raum 811–818 — Die Ostsee als Lebensraum 876–880.

Europa: Berichterstattung 7–12, 103–108, 109, 183–184, 195, 196, 266–270, 341 bis 346, 350, 416–420, 500–503, 504, 511, 512, 513, 516, 585–591, 597, 602, 603, 607, 665–669, 674, 675, 680, 731 bis 737, 740, 791–796, 805, 856–862 — Weltwirtschaftlicher Bericht 155, 156 — Österreichs Mission in Europa 26–31 — Entwicklung der Erdbevölkerung und des Deutschtums in der Welt 125–131, 211 bis 217 — Die Bevölkerungsentwicklung 1928–1931 132–139 — Die Millionenstädte der Erde 152–154 — Wende der deutschen Außenpolitik 257–265 — Die Ostalpen als geographischer Nachbar 287 bis 295 — Europas kolonialpolitische Zergrenzung im indopazifischen Licht (Berichterstattung) 351–353 — Ost gegen West 358–364 — Deutschland zwischen Ost und West 577–584 — Die geopolitischen Probleme des Adriatischen Meeres 683–688 — Albanien 689–692 — Frankreich, die Vormacht Europas 730 (Karte) — Der Kampf um die bayerische Ostmark 752–756.

Europakonferenz: Berichterstattung 105.

Eupen-Malmedy: Berichterstattung 419.

Farbmann, M. 653**.

Feetham, J. 509*, 568**, 781**, 798*.

Feiler, A. 255**, 809*.

Feld, E. 428*, 870*, 901**, 903**.

Fernberger, Chr. M. 173**.

Fester, G. 699, 761, 824.

Filchner 695*.

Finkenwirth, K. 524.

Finnland: Berichterstattung 351, 514,

— Das Sicherheitsproblem im baltischen

Raum 811–818 — Die Ostsee als Lebensraum 876–880.

Fischer, A. 132, 317*, 773, 776*.

Fischer, P. C. 650**.

Fischer, Th. 736*.

Fleißig, A. 256**.

Flemmig, W. 705, 768, 829.

Folkers, J. M. 517.

Forbes, G. W. 232*.

Ford, H. 252**.

Fraas, K. 400*.

Franko, O. 784**.

Frankreich: Berichterstattung 11, 12,

104, 105, 114, 183, 184, 185, 11

187, 188, 199, 266, 267, 268, 269, 2

272, 275, 341, 342, 343, 344, 3

351, 356, 418, 419, 420, 421, 424, 4

434, 500, 501, 502, 505, 506, 509, 5

585, 586, 587, 588, 593, 595, 597, 5

599, 605, 606, 665, 666, 668, 669, 6

680, 681, 731, 732, 733, 736, 737, 7

744, 792, 793, 796, 798, 806, 808, 8

858, 859, 868, 871, 872, 873 — W

wirtschaftlicher Bericht 158, 391, 3

635, 636, 637 — Verschiebungen

Donausraum 177–182 — Die französische

Transsaharabahn 370–379 — Die interna-

tionale Kolonialausstellung in Paris 19

557–561 — Zur Erdölpolitik der Gro-

mächte 705–711, 768–773, 829–833

Frankreich, die Vormacht Europas 7

(Karte) — Deutschland gegen Frankrei-

849–855 — Statistik 321.

Französisch-Guinea: Berichterstattung

738.

Französisch-Indochina: Berichterstattu

114, 186, 187, 192, 351, 505, 509, 5

597–598, 738, 744, 870 — Wanderwu

der Monsunländer 224–234.

Französisch-italienischer Flottenpak

Berichterstattung 183–184.

Französische Südsee-Mandate: Beric

erstattung 187, 188.

Französisch-Westafrika: Berichterst

tung 738.

Frenzel, K. 336**.

- e, P. 760, 886.
 d, F. 908**.
- ndenburg 844**.
- ndländer-Prechtl, R. 908**.
- ndrich, C. J. 605*.
- penius, L. 173**, 406**.
- wängler, F. J. 191*, 782**.
- 8k 844**.
- bringer 809*.
- idhi, M. 505*.
- il Berichterstattung 421.
- edner, Ch. S. 356*.
- tratt 741*.
- ilis, B. G. 175**.
- opolitik: Geopolitik im Unterricht höher
 Schulen 388–390 — Erdrum und
 Schicksal 542–557 — Arbeitsteilungsfrage,
 Geopolitik und Krisenbekämpfung 773 bis
 78.
- aud, A. 593*.
- az, R. 456.
- ilet, J. M. 741*.
- obowsky, A. 330**, 845*.
- odmann, R. 648**.
- f, O. 905**.
- met, M. 194*.
- ntrup, Th. 328**.
- eben 844**.
- echenland: Berichterstattung 184, 351,
 66, 862 — Statistik 321.
- inland: Berichterstattung 417, 418, 589,
 60, 607, 737, 805.
- sgau, H. 603*.
- ßbritannien: Berichterstattung 12, 14,
 103, 104, 105, 109, 112, 114, 183, 184,
 199, 266–267, 270, 271, 272, 274,
 176, 341, 343, 344, 350, 351, 353, 356,
 118, 420, 421, 424, 427, 429, 433, 434,
 500, 501, 502, 505, 508, 511, 514, 586,
 590, 592, 593, 595, 598, 599, 602, 604,
 607, 665, 666, 668, 670, 671, 672, 673,
 680, 733, 735–736, 741, 742, 743, 744,
 745, 750, 795–796, 804, 805, 808, 809,
 810, 857–860, 862, 863, 864 — Weltwirt-
 schaftlicher Bericht 156, 158, 394, 635,
 636, 637 — Die britische Auswanderung
 17–224 — Erdrum und Schicksal 542
 bis 557 — Die internationale Kolonialaus-
 tellung in Paris 1931 557–561 — Zur
 Erdölpolitik der Großmächte 705–711,
 68–773, 829–833 — Die Macht des Welt-
- kapitalismus am Ende? 888–892 — Sta-
 tistik 320.
- Guatemala: Berichterstattung 25, 117, 119,
 121, 122, 750.
- Günther 504*.
- Güttenberger, H. 617*.
- Gusinde, M. 306*.
- Haager Gutachten (Zollunion):** Bericht-
 erstattung 666, 667, 732–733, 751.
- Haensel, P. 255**.
- Hagemann, W. 325**.
- Hagen, R. 192*.
- Halidé, E. 175**, 494**.
- Halkin, J. 330**.
- Handel-Mazetti, P. von 683.
- Handjief, N. 845**.
- Hanslik, E. 47*, 53*.
- Hantos, E. 655**.
- Hanzawa, Sh. 784**.
- Hardy, H. 557.
- Harmsen, H. 97.
- Hartmann 847**.
- Hasan, J. 568**.
- Hassert, K. 414**, 903**.
- Hassinger, H. 47*, 53*, 333**, 617*.
- Haude, W. 595*.
- Haushofer, A. 1, 498*.
- Haushofer, H. K. 395, 724.
- Haushofer, K. 13, 109, 164*, 167, 186,
 224, 271, 350, 405, 422, 473, 504, 567,
 593, 647**, 670, 713*, 721, 739, 753*,
 779, 797, 842, 863, 884*.
- Hawai: Berichterstattung 676, 798.
- Hawkin, R. G. 738*.
- Haydu, J. 911**.
- Hedin, S. 510*, 783**, 903**.
- Hedjas, Berichterstattung 742.
- Heimann, B. 171**.
- Held, J. 247*.
- Hennig, R. 415**, 904**.
- Herre, P. 647**.
- Herrmann, G. 155, 176, 253**, 391, 635,
 653, 893, 908.
- Hersch, L. 776*, 777*.
- Hesse, F. 772*.
- Hesse, P. 323**.
- Hettner, A. 415**, 609*, 617*.
- Hettner, E. 414**.
- Heyer, F. 217.
- Hickmann 335**.
- Hillen-Ziegfeld, A. 332**.
- Himalaya: Berichterstattung 595, 600.

Hodann, M. 652**.

Hoetzsch, O. 650**.

Hoge, I. 234.

Holland (s. Niederlande).

Hollmann, A. H. 656**.

Honduras: Berichterstattung 121, 122, 431.

Hönjo, C. 784**.

Hoover-Moratorium: Berichterstattung 501
bis 502, 516, 585, 587, 593, 605-607,
680, 681, 731-732, 751, 808 - Welt-
wirtschaftlicher Bericht 636, 637, 638.

Horneffer, E. 907**.

Horwitz 254**.

Houston 798*.

Hrdlička 235*.

Hübener, E. 534, 538*, 650**.

Hürlimann, M. 423*.

Husain, Z. 408**.

Indischer Ozean: Berichterstattung 596.

Indonesien: Berichterstattung 110, 114,
115, 116, 187, 351, 428, 594, 744, 870.

Indopazifischer Raum: Berichterstattung
13-21, 109-117, 186-195, 271-278, 350
bis 357, 422-429, 504-511, 593-656,
670-677, 739-746, 797-805, 863-871
- Entwicklung der Erdbevölkerung und
des Deutschtums in der Welt 125-131,
211-217 - Die Bevölkerungsentwicklung
1928-1931 132-139 - Die Kohlenpolitik
in Ost- und Südasien 146-152 - Die Mil-
lionenstädte der Erde 152-154 - Wander-
wucht der Monsunländer 224-234 - Struk-
turelle Erneuerung in der indischen In-
dustrie und Wirtschaft 299-305 - Ost
gegen West 358-364 - Das asiatische
Antlitz der Sowjets 473-481 - Kommu-
nismus, Bauernbewegung und die Kommu-
nistische Partei in China 618-628 -
Chinesisch-Turkestan 692-699 - Rassen-
spannung in Nordostasien 757-760 - Das
chinesische Wirtschaftsprogramm 760 bis
761 - Die Wirtschaftsprovinzen Chinas
818-824, 880-886 - Die Sungari-Linie
886-888.

Irak: Berichterstattung 185, 591 - Über-
sicht über den vorderen Orient 295-298.

Iran: Berichterstattung 742, 743.

Irischer Freistaat: Berichterstattung 671
- Statistik 320.

Ischchanian 245*.

Island: Berichterstattung 737, 805.

Italien: Berichterstattung 104, 105, 1
183, 184, 199, 266, 271, 272, 341, 3
351, 356, 420-421, 434, 500, 514,
bis 589, 665, 666, 667, 668, 731, 7
736, 751, 796, 806, 856, 857, 858,
bis 861, 863, 874 - Weltwirtschaftlich
Bericht 394 - Die französische Tra-
saharabahn 370-379 - Die internation
Kolonialausstellung in Paris 1931 557-
- Die geopolitischen Probleme des Ad-
tischen Meeres 683-688 - Albanien 1
bis 692 - Zur Erdölpolitik der Gr
mächte 705-711, 768-773, 829-833
Statistik 321.

James, E. H. 781**.

Jan Mayen: Berichterstattung 607.

Japan: Berichterstattung 13, 14, 17,
109, 110, 112, 113, 114, 115, 116, 1
187, 192, 194, 272, 276, 343, 351, 3
356-357, 424, 426, 427, 428, 507, 5
510, 594, 671-672, 676-677, 733, 7
741, 742, 744, 750, 794, 795, 797, 798
799, 800, 801, 802, 804, 809, 864, 8
866, 867, 868, 869, 870, 873, 874 - I
Kohlenpolitik in Ost- und Südasien 1
bis 152 - Wanderwucht der Monsunländer
224-234 - Zur Erdölpolitik der Gr
mächte 705-711, 768-773, 829-833
Rassenspannung in Nordostasien 757-7
- Statistik 321.

Jäschke, G. 175**.

Java: Berichterstattung 595, 596.

Johannsen, K. 324**.

Johnson, B. 798*.

Jugoslawien (s. Südslawien).

Junghans, O. 904**.

Jürgen, H. 618*.

Just, A. W. 435*, 445.

Kahn, E. 314*, 315*.

Kanada: Berichterstattung 12, 24, 106, 19
199, 276, 282, 431, 432, 513, 590, 60
809, 874 - Weltwirtschaftlicher Bericht 15

Kanal von Kra: Berichterstattung 18.

Kandl, H. 72.

Kangschengzönga: Berichterstattung 80

Kappe, G. 324**.

Karayoyoff, T. 493**.

Kashmir: Berichterstattung 865-866.

Kästner, A. 331**.

Katanga: Berichterstattung 346.

Kaysenbrecht, R. 640.

- ggpakt: Berichterstattung 795, 809.
 i: Berichterstattung 863.
 dy, M. D. 167**.
 hagl, R. 76.
 s, I. M. 203*, 205*, 206*, 207*, 210*.
 r, E. 282, 364.
 rling, Graf 357*.
 194*.
 n, R. 45*, 555*.
 844**.
 wächter, F. G. 2*, 327**.
 F. 403*, 900**.
 erbocker, H. R. 653**, 910**.
 r, G. 117*, 595*.
 H. 174, 295, 568**, 574, 845**,
 **, 848*.
 nialausstellung in Paris: Bericht-
 attung 275.
 mbien: Berichterstattung 24, 25, 120,
 122, 200, 603, 679, 733, 749, 874
 Zur Erdölpolitik der Großmächte 705
 1711, 768—773, 829—833.
 F. 618*.
 i: Berichterstattung 351, 510, 740, 797,
 804.
 igidor: Berichterstattung 357.
 ika: Berichterstattung 121, 280.
 se, F. E. A. 784**.
 se, K. 403*.
 s, M. 648**.
 s, W. 596*.
 W. von 911**.
 che, P. 899**.
 i: Berichterstattung 24, 119, 200, 679,
 733, 746, 748, 874.
 ynski, R. R. 314*.
 a: Berichterstattung 271, 420.
 ert, H. 618*.
 Min-Tang: Berichterstattung 19, 20.
 s, Fr. 654**.
 en: Berichterstattung 185.
 e, B. 176**.
 arrière, I. L. de 350*.
 ey, B. 811.
 zán, H. Freiherr von 888.
 ners, F. 505*.
 wehr-Pragenau, O. 255**.
 thans-Ratzeburg, M. 331**, 601*.
 ensach, H. 344*, 346, 403, 601*.
 n, R. 327**.
 n, N. 758*.
 z, F. J. 250**.
 Leo, J. 780**.
 Lesch, W. 847**.
 Leser, L. 618*.
 Lessing, Th. 173**, 407**.
 Lettland: Berichterstattung 184, 514, 861
 — Lebenskampf im östlichen Raum 97 bis
 102 — Das Sicherheitsproblem im bal-
 tischen Raum 811—818 — Die Ostsee als
 Lebensraum 876—880.
 Leupold, L. 573**.
 Leuschner 844**.
 Libanon: Berichterstattung 591.
 Liberia: Berichterstattung 108.
 Libyen: Berichterstattung 420.
 Liddell, M. F. 416**.
 Liga gegen den Imperialismus: Bericht-
 erstattung 275.
 Linde, R. 518*.
 Lindner, E. 255**.
 Linhardt, H. 330**.
 Litauen: Berichterstattung 419, 514 — Le-
 benskampf im östlichen Raum 97—102 —
 Das Sicherheitsproblem im baltischen Raum
 811—818 — Die Ostsee als Lebensraum
 876—880.
 Litschauer, G. F. 618*.
 Loesch, K. C. von 324**, 325**.
 Loewy 159*.
 Löhr 847**.
 Loohnis, I. G. 568**.
 Lowie, R. H. 236*.
 Lübke, A. 146, 190*.
 Ludendorff 850*.
 Ludwig, H. 489.
 Lufft, H. 328**.
 Lukas, G. A. 608, 617*.
 Lütgens, R. 250**.
 Luther, H. 159*.
 Lutsch 844**.
 Luxemburg: Berichterstattung 859.
 Lynn, I. Ch. H. 194*.
 Macedo Soares, I. C. de 256**.
 Madagaskar: Berichterstattung 797—798.
 Madariaga, de 348*.
 Maier, H. 168**, 573**.
 Maine, H. S. 408*.
 Malaya: Berichterstattung 113, 510, 674 —
 Wanderwucht der Monsunländer 224—234.
 Männen-Helfen, O. 568*.
 Mandschurei: Berichterstattung 112, 115,
 187, 228, 355, 508, 599, 672, 740, 797,
 804, 805, 809, 864, 865, 867, 868—869,

- 870, 873, 874 — Die Wirtschaftsprovinzen Chinas 818–824, 880–886 — Die Sungari-Linie 886–888.
- Marchi, L. de 903**.
- März, J. 843**, 870*, 904**.
- Massenbach, E. von 692.
- Mauldon, F. R. E. 424*.
- Maull, O. 21, 31, 43*, 54, 117, 195, 201, 250, 278, 330, 330**, 388*, 396*, 413, 430, 511, 600, 677, 712*, 746, 775*, 805, 843*, 871, 899.
- Mayer, R. 617*.
- Mayo, K. 799*.
- Mazur, P. M. 251**.
- Mechinder 475*.
- Mecking, L. 779**, 780**.
- Meisner, A. 256**.
- Memelgebiet: Berichterstattung 419.
- Memmler, H. 515*.
- Merino, A. 346*.
- Metz, F. 415**.
- Metzger, M. 848**.
- Mexiko: Berichterstattung 24, 120, 121, 122, 199, 515, 604, 677, 679, 690, 748, 749–750, 809, 874 — Ursprünge der mexikanischen Staatspolitik 379–383 — Zur Erdölpolitik der Großmächte 705 bis 711, 768–773, 829–833.
- Michalski, H. 416**.
- Michel 843**.
- Mieske, H. 256**.
- Miltschinsky, V. 617*.
- Mitscherlich, W. 104*.
- Mitteleuropa: Berichterstattung 195, 350, 739, 740, 744, 803 — Fernöstliche Erfahrung und mitteleuropäische Praxis (Berichterstattung) 13–21 — Österreich und die Zukunft Mitteleuropas 92–95.
- Mjöberg, E. 173**.
- Mongolei: Berichterstattung 16, 426, 510, 739, 740, 744.
- Monroe, P. 277*.
- Mossul: Weltwirtschaftlicher Bericht 158 bis 159 — Zur Erdölpolitik der Großmächte 705–711, 768–773, 829–833.
- Müller, H. 376*.
- Müller-Langenthal 844**.
- Muß, R. 649**.
- Nachod 410*.
- Nansen, F. 492**.
- Narath, R. 495**.
- Nepal: Berichterstattung 15, 17, 277, 422, 423.
- Neuseeland: Berichterstattung 113, 193, 271, 272, 273, 276.
- Neuwerk, F. 657.
- Newman, E. W. P. 175**, 571**.
- Niederlande: Berichterstattung 115, 595, 598, 599, 674, 675, 733, 736, 744, 808, 860 — Die internationale Konialausstellung in Paris 1931 557–561 Statistik 321.
- Niederländisch-Indien: Berichterstattung 110, 186, 187, 357, 594, 674–675, — Zur Erdölpolitik der Großmächte bis 711, 768–773, 829–833.
- Nielsen-Reyes, F. 515*.
- Niemeyer, O. 678*, 679*.
- Nikaragua: Berichterstattung 25, 118, 122, 279–280, 431 — Die nordamerikanische Tendenz des Nikaragua-Kanals bis 634.
- Nilstaudamm in Djebel: Berichterstattung 738.
- Ninagawa, T. 784**.
- Nioradze, G. 911**.
- Norden, H. 495**.
- Nordenskiöld, E. 313*.
- Normand, W. B. 595*.
- Norwegen: Berichterstattung 351, 589, 607, 750, 796, 874 — Statistik 321.
- Oberascher, L. 123*, 197*, 514*, 608, 874*.
- Obermaier, H. 236*.
- Obst, E. 7, 103, 183, 266, 323, 341, 404, 416, 417, 491, 500, 517*, 518*, 519*, 526*, 566, 585, 647, 665, 718, 731, 784, 843, 856, 911.
- Oehring, R. 910**.
- Offe, H. 388, 905**.
- Oran: Berichterstattung 421.
- Ostafrika: Berichterstattung 421, 592, 593, 738, 863.
- Österreich: Berichterstattung (Anschlußfrage) 7–10, 13, 14, 269, 280–281, bis 343, 351, 418–419, 420, 430, 433, 434, 500–501, 515, 587, 732–736, 740, 751 — Weltwirtschaftlicher Bericht 391–393, 635–636 — Ein Volk in einem Staat! 1–6 — Fernöstliche Erfahrung und mitteleuropäische Praxis (Berichterstattung) 13–21 — Österreichs Position in Europa 26–31 — Die politi-

- ographische Struktur 31-44 — Auswirkungen des Raumes in der Geschichte 53 — Die verstümmelten Grenzen 54 — 63 — Die Landwirtschaft 63 bis — Entwicklung, Lage und Aussichten der Industrie 68-72 — Handel und Gewerbe 72-76 — Geld- und Bankwesen 76 — 79 — Der Hypothekarkredit 79-82 — Die Finanzwirtschaft 82-87 — Das Verkehrswesen, seine Bedeutung für Weltwirtschaft und Reich 87-92 — Österreich und die Zukunft Mitteleuropas 92-95 — Verschiebungen im Donaauraum 177-182 — Kurswagen nach Österreich 317-320 — im Anfang 337-340 — Reichsreform und Österreich 497-499 — Der burgenländische Raum 608-618 — Die geopolitischen Probleme des Adriatischen Meeres 633-688 — Bibliographie 96.
- ppal, M. 907**.
- rbeck, H. 844**.
- anien: Berichterstattung 109.
- st, H. 649**.
- üstina: Berichterstattung 270, 591, 592, 597 — Übersicht über den vorderen Orient 195-298 — Bibliographie 1929-1930 74-576.
- der, H. von 2*, 327**.
- ama: Berichterstattung 25, 118, 119, 121, 122, 200.
- amakanal: Berichterstattung 750 — Verkehr 1931, 1927-1929 322.
- aguay: Berichterstattung 25, 121, 122, 180-281, 679, 680, 749, 874.
- iser Kolonialausstellung: Berichterstattung 350-353, 557-561.
- ck, N. Y. 170**.
- tsch, J. 617*.
- sarge, S. 846**, 901**.
- ilet, P. E. 601*.
- er, J. 496**.
- fer, N. 780**.
- sien: Berichterstattung 185, 354, 422, 506 — Weltwirtschaftlicher Bericht 394 — Zur Erdölpolitik der Großmächte 705 bis 711, 768-773, 829-833.
- u: Berichterstattung 24, 121, 122, 200, 78-279, 431, 515, 601, 603, 677, 749, 74 — Zur Erdölpolitik der Großmächte 705-711, 768-773, 829-833.
- slar 527*.
- ster, J. 609*, 617*.
- Philby, H. St. J. B. 174**.
- Philippinen: Berichterstattung 110, 114, 115, 187, 192, 193, 281, 351, 357, 428, 594, 744, 863 — Wanderwucht der Monsunländer 224-234.
- Philippson, A. 899**.
- Piper, H. 781**.
- Polen: Berichterstattung 10, 12, 24, 103, 269, 344, 345, 351, 419, 514, 587, 665, 669, 675, 733-734, 737, 740, 857, 888 — Weltwirtschaftlicher Bericht 391 — Lebenskampf im östlichen Raum 97-102 — Verschiebungen im Donaauraum 177-182 — Raum und Geschichte im deutschen Nordosten 282-287, 364-370 — Das Sicherheitsproblem im baltischen Raum 811-818 — Die Ostsee als Lebensraum 876-880.
- Portorico: Berichterstattung 603-604.
- Portugal: Berichterstattung 344, 346-350, 351, 736 — Die internationale Kolonialausstellung in Paris 1931 557-561.
- Portugiesisch-Ostafrika: Berichterstattung 346.
- Poulaine, R. 506*.
- Poulimenos, A. 906**.
- Praesent, H. 875*.
- Preller, H. 333**.
- Preyer, W. D. 254**.
- Pritsch, E. 175**.
- Quelle, O. 600*, 601*, 875*.
- Quesada, E. 311*.
- Raabe 173**.
- Rabbath, E. 175**.
- Rabe 519*.
- Rabinowitsch, E. 492**.
- Ratzel, F. 477*, 544*, 683*.
- Rea, G. B. 670*.
- Redlich, J. 48*.
- Regendanz, A. W. 681*.
- Reichard, H. 785.
- Reichwein, A. 312*, 809*.
- Rein, A. 647**.
- Reiners, L. 253**.
- Reinhard, E. 175**.
- Reinhard, R. 403*, 875*.
- Renner, K. 45*, 53*.
- Reymann, H. 324**.
- Rhode, H. 718**.
- Rhodesien: Berichterstattung 346, 595, 596.

- Richarz-Simons, T. 601*.
 Richthofen, B. Frhr. von 236*.
 Riedl 94*.
 Rihani, A. 174**.
 Rohde, H. 415**.
 Rohmeder, W. 140, 250**.
 Rohrbach, P. 247.
 Röllig, G. 650**.
 Roos, H. 410**.
 Röpke, W. 126*.
 Röpneck, A. 628.
 Rosinski, H. 173**, 411**.
 Ross, C. 562, 743*, 745*, 782**.
 Ross, E. A. 126*.
 Roth, H. 618*, 845**.
 Rothbarth, M. 905**.
 Roth-Fuchs, G. 617*.
 Roy, M. N. 353*, 411**.
 Rücker, E. 97*.
 Rüdenberg, E. 818, 880.
 Rudolph, M. 416**.
 Rudolph, Th. 327**.
 Rumänien: Berichterstattung 105, 184, 345, 351, 500, 514, 666, 733 — Weltwirtschaftlicher Bericht 391, 392 — Verschiebungen im Donauraum 177—182 — Zur Erdölpolitik der Großmächte 705—711, 768 bis 773, 829—833.
 Rundtischtagung: Berichterstattung 593, 670, 743, 744, 860.
 Rußland: Berichterstattung 12, 14, 17, 19, 23, 105, 107—108, 114, 115, 185, 186, 187, 269—270, 282, 351, 353, 355, 419, 420, 425, 426, 427, 428, 507, 510, 511, 590—591, 599, 670, 672, 675, 737, 742, 744, 745, 795, 799, 864, 866, 867, 868, 869, 870 — Weltwirtschaftlicher Bericht 394, 395, 638—639 — Fünfjahresplan und kapitalistische Welt 435—445 — Der autarke russische Raum 445—456 — Die Sowjetunion auf dem Weltmarkt 456—461 — Der Fünfjahrplan im Spiegel der Weltpresse 462—465 — Die russische Verkehrspolitik 466—472 — Das asiatische Antlitz der Sowjets 473—481 — Der „Kultur bolschewismus“ in seiner Heimat 481—488 — Erdraum und Schicksal 542—557 — Zur Erdölpolitik der Großmächte 705 bis 711, 768—773, 829—833 — Rassenspannung in Nordostasien 757—760 — Das Sicherheitsproblem im baltischen Raum 811—818 — Die Ostsee als Lebensraum 876—880 — Bibliographie 489—491.
 Rust, H. J. 323, 416, 491, 566, 647, 711, 843, 911.
 Rutter, E. 174**.
 Saargebiet: Berichterstattung 857.
 Sachalin: Zur Erdölpolitik der Großmächte 705—711, 768—773, 829—833.
 Saenger, K. 320.
 Sahni, R. R. 173**, 408**.
 Saller, H. 466.
 Salvador: Berichterstattung 121, 122, 737.
 Salzmann, E. von 192*.
 Samhaber 601*.
 Sansibar: Berichterstattung 595, 596.
 Sante, G. W. 844**.
 Sapper, K. 235, 237*, 306, 306*, 307, 308*, 383, 600*.
 Sarkar, B. K. 169**, 298, 304*, 305, 408**.
 Saunders, K. 412**.
 Schaal, H. 656**.
 Schacher, G. 654**.
 Schaefer 847**.
 Scheffer, E. 82, 92.
 Scheffer, P. 491**.
 Scheliha, R. von 573**.
 Scheu, E. 519*.
 Schiller, O. 653**.
 Schlubach, R. 188*.
 Schlüter 537*.
 Schmerz, I. 177, 401*.
 Schmieder, O. 312*.
 Schmidt, E. L. 333**.
 Schmitt, A. 653**.
 Schneefuß, W. 765*.
 Schneider, H. 662*.
 Schönbauer, E. 63.
 Schrader 191*.
 Schreiber, H. 328**.
 Schreiner 844**.
 Schroeter 541*.
 Schuck, W. 120*, 121*, 515*, 603*, 679, 875.
 Schüler 412**.
 Schultheß 647**.
 Schultze, J. H. 278*, 329**.
 Schulze-Mölkau, R. 720**.
 Schünemann 617*.
 Schüßler, W. 53*.
 Schütz, P. 174**.
 Schütz, W. 168**.
 Schwarzenberger, G. 912**.

- eden: Berichterstattung 740, 749, 796,
— Das Sicherheitsproblem im baltischen
m 811–818 — Die Ostsee als Lebens-
m 876–880 — Statistik 321.
eiz: Berichterstattung 15, 16, 675, 739,
806, 808.
erz 402*.
ert, Th. 651**.
onow, J. 481.
S. D. K. 171**.
ellen: Berichterstattung 595.
itz, E. von 403*.
allah, I. 493**.
ghai: Berichterstattung 18, 869.
h, E. 193*.
ni, S. 784**.
Berichterstattung 18, 187, 427 —
nderwucht der Monsunländer 224–234.
itsch, M. 617*.
nbürgen: Berichterstattung 739.
rg, F. 908**.
r, R. 45*, 53*.
ens, H. 651**.
rs, W. 403*.
ert, W. 712.
pore: Berichterstattung 12, 18, 113.
847**.
dinavien: Berichterstattung 675, 736
Die Ostsee als Lebensraum 876–880 —
n übrigen siehe unter Schweden und
rwegen).
ley, A. 744*.
a, J. 287.
liland: Berichterstattung 420.
part, W. 245*, 774*.
kin, P. 334**.
ien: Berichterstattung 11, 268, 344,
5–350, 351, 588, 733, 736, 860, 874
Statistik 321.
hmann, H. 518*, 567**, 902**.
bergen: Berichterstattung 607.
k, H. Ritter von 497.
ga, R. 655**.
ut von Westminster: Berichterstat-
g 12.
enhagen, K. 414**.
a, A. 510*.
acker, H. 44, 47*, 51*, 53*.
en, K. von den 238*.
mann, G. 235*.
leitner 81*.
il-Sauer, G. 652**.
eruwitz, E. 26, 30*.
Strickland, W. W. 783**.
Studnicki, W. 655**.
Südafrikanische Union: Berichterstattung
109, 276, 351, 592 — Das neue Einwan-
derungsgesetz 234–235.
Südamerika: Weltwirtschaftlicher Bericht
155, 156.
Südslawien: Berichterstattung 281, 351,
418, 500, 514, 666, 737, 861 — Welt-
wirtschaftlicher Bericht 391, 392 — Ver-
schiebungen im Donaauraum 177–182 —
Die geopolitischen Probleme des Adriati-
schen Meeres 683–688.
Südtirol: Berichterstattung 104, 667, 668,
856.
Suez-Kanal: Verkehr 1913, 1927–1929 322.
Suez-Tunnel: Berichterstattung 737–738.
Syrien: Berichterstattung 185, 591 — Welt-
wirtschaftliche Berichterstattung 158.
Taganyi, K. 617*.
Tanganyika: Berichterstattung 863.
Tang-Liang-Li 194*.
Tawney, R. H. 504*.
Tennstaedt, K. 907**.
Termer 600*.
Thalheim, K. C. 240, 246*, 314.
Thürauf, U. 647**.
Thurnwald, R. 592*.
Tibet: Berichterstattung 422, 739, 740, 804,
866.
Tiessen, E. 903**.
Toniolo, A. R. 331**.
Tonking: Berichterstattung 17.
Topf, E. 175**, 571**.
Toynbee, A. J. 194*.
Trampler, K. 647**, 752.
Transjordanien: Berichterstattung 591 —
Übersicht über den vorderen Orient 295
bis 298.
Transsaharabahn: Berichterstattung 185,
421.
Trautz, F. M. 168**.
Treitschke, H. von 518*, 542*, 549*.
Trinkler, E. 422 (zum Gedächtnis), 510*.
Tripolis: Berichterstattung 421.
Troll, C. 875*.
Trumpler 843**.
Tschad-Gebiet: Berichterstattung 271, 421.
Tschechoslowakei: Berichterstattung 16,
24, 269, 341, 342, 343, 351, 514, 587,
675, 740, 859, 873, 874 — Weltwirtschaft-
licher Bericht 391 — Verschiebungen im

- Donauraum 177-182 — Der Kampf um die bayerische Ostmark 752-756.
- Tuckermann, W. 493**, 522*.
- Tunis: Berichterstattung 421.
- Türkei: Berichterstattung 108, 185, 270, 505, 506, 591, 666, 862 — Bibliographie 1928-1930 175.
- Turkestan: Berichterstattung 745 — Chinesisch-Turkestan 692-699.
- Turksib-Bahn: Berichterstattung 17.
- Überschaar, H. 412**, 799*.
- Uganda: Berichterstattung 863.
- Ule, W. 899**.
- Ungarn: Berichterstattung 351, 420, 514, 666, 740, 862 — Verschiebungen im Donauraum 177-182 — Der burgenländische Raum 608-618.
- Ungern-Sternberg, R. von 462, 654**.
- Union von Südafrika (s. Südafrikanische Union).
- Uruguay: Berichterstattung 25, 121, 122, 196, 602, 679, 749, 875.
- Vagts, A. 573**.
- Vandervelde 192*.
- Vatikan: Berichterstattung 588-589.
- Vega, G. de la 238*.
- Venezuela: Berichterstattung 25, 120, 121, 122, 431, 749 — Zur Erdölpolitik der Großmächte 705-711, 768-773, 829 bis 833.
- Venkataranappa 191*.
- Vereinigte Staaten: Berichterstattung 14, 21-24, 25, 104, 106, 107, 109, 112, 114, 115, 118, 119, 120, 122-124, 192, 193, 195, 196, 197-199, 272, 273, 279-280, 281-282, 341, 343, 351, 356, 357, 424, 431-434, 501, 502, 505, 506, 511-515, 516, 590, 602, 603, 604-607, 668, 674, 675, 679, 680-682, 731, 733, 744, 748, 749, 750-751, 795, 796, 806-809, 810, 857, 858, 863, 864, 869, 870, 871-874 — Weltwirtschaftlicher Bericht 155, 156, 157, 394, 636, 637 — Die internationale Kolonialausstellung in Paris 1931 557-561 — Die nordamerikanische Tendenz des Nikaragua-Kanals 628-634 — Zur Erdölpolitik der Großmächte 705-711, 768-773, 829 bis 833 — Statistik 321.
- Verkehr: Berichterstattung: Abessinien 12 — Turksib 17 — Afghanistan 18 — Siam 18 — Motorisierung Afrikas 108/109 — Italienischer Geschwaderflug nach Amerika 122 — Transsaharabahn 185 — Flugselbständigkeit von Szechuan 275 — Vordringlichste chinesische und mandchurische Bahnfragen 278 — Nikaragua-Kanal 280 — Vollendung der ersten Eisenbahn quer durch Afrika 346 — Fahrt Schienenzeppelin von Hamburg nach Berlin 503 — Bahnbauten in Syrien und Libanon 591 — Ausbau des Flugnetzes in Brasilien 602-603 — Verkehr im Panama-Kanal 750 — Versuche neuerer Verkehrsverknüpfungen zwischen Europa und Amerika 805 — Aufsätze: Österreichischer Verkehrswesen, seine Bedeutung für Weltwirtschaft und Reich 87-92 — „Rheinfahrt Main-Donau“ 247-249 — Kurswagen nach Österreich 317-320 — Die russische Verkehrspolitik 466-472 — Die nordamerikanische Tendenz des Nikaragua-Kanals 628-634 — Neueste Bahnprojekte Chinas 760-761 — Die Sungari-Linie 886-887 — Statistik: Bestand der Handelsmarine wichtiger Länder 1914, 1929 und 1930 320-321 — Der Verkehr der wichtigsten Seekanäle 1913, 1927-1929 322.
- Vetter, E. 843**.
- Villiers, E. 670*.
- Völkerbund: Berichterstattung 10, (Gen. Tagung, Januar 1930; Abrüstungskonferenz; Europakonferenz) 103-105, 249, 419, 732, 733, 743, 750, 794-795, 868, 870, 873, 874.
- Volz, W. 326**, 403*.
- Voppel, K. 403*.
- Vorderer Orient: Berichterstattung 1270, 504, 591-592, 737-738 — Übersichten über den vorderen Orient 295-298 — Bibliographie 1928-1930 174-175 — Jüdische Bibliographie 1929-1930 574-576.
- Vulkanismus als geopolitischer Schwächefaktor der indopazifischen Randgebiete III, 112.
- Wagner 194*.
- Walker, G. 596*.
- Waller, P. 120*.
- Waltemath, K. 379.
- Waltershausen, A. Sartorius von 90.
- Walton, W. H. M. 799*.
- Wanderungen: Amerika als Wanderland (Berichterstattung) 195-197 — Die

der Auswanderung 217-224 — Wander-
 ht der Monsunländer 224-234 — Die
 rseeuwanderungen der europäischen Völ-
 als Faktor der Wirtschafts- und Sozial-
 altung 240-246, 314-317.
 renheim, H. U. Frhr. von 159.
 io 799*.
 erthal, J. 317.
 r 844**.
 meyer, A. 168**, 410*.
 ner, A.: Zu seinem Tode 417-418.
 ner, G. 542, 543*.
 li 423*.
 hselkorridor: Berichterstattung 10,
 734, 857.
 241*.
 ch, O. 370.
 irtschaft: Weltwirtschaftlicher Be-
 nt 155-159, 391-395, 635-639 —
 erreichs Verkehrswesen, seine Bedeu-
 g für Weltwirtschaft und Reich 87 bis
 — Deutsch-rumänische Handelsvertrags-
 handlungen 105/106 — Zur Reparations-
 ge 106 — Zum Fünfjahresplan 107/108
 Zur Chilesalpeterfrage 120 — Rangord-
 ng der lateinamerikanischen Staaten nach
 s und Einfuhr 121-122 — Die Kohlen-
 itik in Ost- und Südasien 146-152 —
 elthandelsbelebung? 159-166 — Wirt-
 aftliche Lage in USA. 197 — Die Welt-
 se 201-210 — Die Überseewanderungen
 europäischen Völker als Faktor der
 irtschafts- und Sozialgestaltung 240 bis
 3, 314-320 — Strukturelle Erneuerung
 der indischen Industrie und Wirtschaft
 8-305 — Bestand der Handelsmarinen
 chtiger Länder 1914, 1929 und 1930
 0-321 — Der Verkehr der wichtigsten
 ekanäle 1913, 1927-1929 322 — Be-
 gtheiten der organischen Agrarpolitik
 5-402 — Fünfjahresplan und kapita-
 ische Welt 435-445 — Der autarke rus-
 che Raum 445-456 — Die Sowjetunion
 f dem Weltmarkt 456-461 — Der Fünf-
 rplan im Spiegel der Weltpresse 462 bis
 5 — Die russische Verkehrspolitik 466-472
 Jahresleistungen für Reparationen und
 eralliierte Schulden (Karte) 503 — Welt-

handel 1930 (Karte) 562 — Die Fiktion der
 Weltwirtschaft 562-566 — Weltagrarlage
 und Wende der deutschen Landwirtschaft
 640-646 — Der deutsche Weg 657-664 —
 Zur Erdölpolitik der Großmächte 705 bis
 711, 768-773, 829-833 — Die Krise im
 System 712-718 — Landwirtschaft und
 Planwirtschaft 724-730 — Arbeitsteilungs-
 frage, Geopolitik und Krisenbekämpfung
 773-778 — Die internationale Pelzwirt-
 schaft 834-841 — Die Macht des Welt-
 kapitalismus am Ende? 888-892 — Welt-
 arbeitslosigkeit Herbst 1931 (Karte) 893 —
 Kapitalismus in der Krise 893-898.

Wenzler, J. 152.
 Werner, K. 849.
 Werth-Regendanz, A. 906**.
 Wesendonk, O. G. von 185*.
 Wiedenfeld, K. 721*.
 Wilhelm, F. 111*, 167**.
 Wilkins, G. H. 496**.
 Winkler, A. 903**.
 Winkler, J. K. 252**.
 Winnig, A. 337.
 Winter, G. 649**.
 With, C. 173**, 251**.
 Wittfogel, K. A. 170**, 621*.
 Wittschell, L. 876.
 Wohlthat, H. 630*.
 Woodhead, H. G. W. 508*.
 Woytinski, W. 242*, 323**.
 Wreszinski 847**.
 Wu, Ch-K. 169**.
 Wüst, W. 413**.

Yabe, H. 784**.
 Yokotake 234*.
 Younghusband, F. 173**.
 Youngplan: Berichterstattung 681.

Zaglits, O. 79.
 Zambrano, C. A. 307*, 311*.
 Zanthier, von 885*.
 Ziegler, L. 323**.
 Ziemke, K. 175**.
 Zühlke, H. 168**.
 Zypern: Berichterstattung 862.

